1-2/95

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden **7-2026**

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe November-Dezember 2026

Redaktionsnotiz…… 3
Landtagswahlen in Ostdeutschland…….. 6
Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert:
Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt,
Mecklenburg-Vorpommern und Berlin……... 6
Helmut Loeven: Wahl in Anhalt……. 19
Red. offen-siv: Zum Ziel der Reise……. 20

Türkische Kommunistische Partei (TKP Deutschland): Im Osten Deutschlands steht der Gewinner der Landtagswahlen fest: das Kapital……. 20

Türkische Kommunistische Partei (TKP Deutschland): Während die Proteste gegen die Regierung in Deutschland zunehmen: Die Probleme der gesellschaftlichen Opposition…….. 22

Imperialistisch Konkurrenzen, Bündnisse und die deutsche „Staatsraison“…… 27

Heinz Ahlreip: Der Zustand der Welt nach dem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts……. 27

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert, Frank Flegel: BRICS - die jüngsten Entwicklungen……. 30

TKP und KKE: Gemeinsame Erklärung zu den jüngsten Entwicklungen in den türkisch-griechischen Beziehungen……. 32

S. Weber: Wessen Staatsraison?..... 34

Heinz Ahlreip: Kleine Lehren aus den beiden Weltkriegen…… 40

Revisionismus in der UdSSR und darüber hinaus: Chruschtschow und Gorbatschow……... 42

Heinz Ahlreip: Wir müssen unsere Geschichte begreifen……... 42

Kuba…….. 44

Marxistischer Arbeitskreis, Tim Schoenmakers: Ergänzende theoretische und empirische Betrachtungen zu den aktuellen Entwicklungen der kubanischen Ökonomie…… 44

Anhang…… 48

Deutsches Büro zur Förderung von Außenhandel und Investitionen in Kuba: Reformpaket - Außenhandel und ausländische Investitionen im Fokus…….. 52

Ein Blick auf die Geschichte Italiens…… 55

Gerhard Feldbauer: Vor 110 Jahren wurde der spätere christdemokratische Parteiführer Italiens, Aldo Moro, geboren…. 55

DKP und KPD……... 63

Reiner Kotulla: DKP und KPD – Zwei kommunistische Parteien zwischen gemeinsamer Tradition und politischer Abgrenzung. Versuch einer vergleichenden Betrachtung……. 63

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck, Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Die Jugend hat so langsam die Nase voll von maroden Schulen und Universitäten, von Wohnungsnot und Wuchermieten, steigenden Lebenshaltungskosten, unzuverlässigen Nahverkehrsverbindungen, sie will keine Wehrpflicht, wie sie immer mal wieder angekündigt wird, falls sich nicht genug freiwilliges Kanonenfutter findet. In diesem Zusammenhang gibt es von Seiten der Jugend harsche Kritik an der uferlosen Aufrüstung des Militärs bei gleichzeitigen Sparmaßnahmen im Sozialbereich.

Sehr interessant ist, dass dieser Unmut sich europaweit Bahn bricht: Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Albanien, Belgien, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Spanien steht die Jugend auf. (Quelle: UZ, Zeitung der DKP, 30.10.2026) Inzwischen solidarisieren sich auch abhängig Beschäftigte und ihre Organisationen, die Gewerkschaften sowie Arbeitssuchende und Rentner mit den Schülerprotesten – „convergence des luttes“, also „Zusammenführen der Kämpfe“ lautet die Parole. Am 20. November ist ein europaweiter Aktionstag geplant.

Natürlich zögert die bürgerliche Presse nicht, - angefeuert von Politikern/innen vor allem der CDU/CSU - diese Demonstrationen zu diskreditieren und natürlich auch zu kriminalisieren. Da habe es „Linksextremisten“, „Krawallmigranten“, „Chaoten“ und „Plünderer“ gegeben. Nun wollen wir nicht abstreiten, dass es Plünderungen gab. In der Berichterstattung über die Proteste aber den Plünderungen und der gezündeten Pyrotechnik, die angeblich von Migranten und Linksradikalen zu verantworten seien, wesentlich mehr Raum zu geben als dem Anliegen der Demonstrierenden ist mal wieder typisch für die bürgerlichen Politiker und ihre Medien. „Cui bono?“ (Für wen ist es gut, wem nützt es?) fragten in solchen Fällen bereits die alten Römer.

Und auf der Straße? Selbstverständlich provoziert die Polizei, prügelt, wo sie nicht prügeln muss, sperrt ab, wo sie nicht absperren muss und spart nicht an Festnahmen. Aber das ist ja nichts Neues, das kennen wir.

Nun zu einem anderen Thema, der Enteignung. Bekanntlich will der sich gerade bildende neue Berliner Senat Wohnhäuser enteignen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Da schrillen schon wieder die Alarmglocken: Eingriff in die Garantie des Privateigentums, der Kommunismus stünde vor der Tür, so tönt es. Pikant daran: der Herr Dobrindt, heute Innenminister, hat, als er noch Verkehrsminister war, für den Bau von Autobahnen selbst Enteignungen vornehmen lassen. Jetzt aber, wo es nicht um „freie Fahrt für freie Bürger“ geht, sondern um die Beschneidung der Möglichkeiten von Miethaien, damit es statt Wuchermieten bezahlbaren Wohnraum gibt, will er die geplanten Enteignungen in Berlin verhindern und bereitet dafür bereits eine Gesetzesvorlage namens „Investitionsschutzgesetz“ vor. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hakan Demir sagte dazu: „Dobrindts Gesetz befindet sich auf einem Geisterflug ins rechtliche Bermudadreieck.“

Fazit: Die Widersprüche des Kapitalismus zeigen sich immer deutlicher und sichtbarer auch an der Oberfläche der Gesellschaft.

Nun aber genug der Vorrede, wir kommen zu diesem Heft:

Gleich vorweg: Die Fortsetzung der in der September-Oktober-Ausgabe begonnene Analyse Israels mussten wir auf die Ausgabe Januar-Februar 2027 verschieben, weil wir andere aktuellere Themen für dringlicher hielten. Wir hoffen auf Euer Verständnis. In der Ausgabe Januar-Februar 2027 werdet Ihr dann auch den Rechenschaftsbericht für 2026 finden.

Und nun zu dem, was Ihr in diesem Heft findet: Da ist zunächst die Nachlese zu den vergangenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin. Diesem Thema widmen wir eine ausführliche Betrachtung.

Danach bringen wir den Schwerpunkt imperialistische Bündnisse und Konkurrenzen. Darin findet Ihr Betrachtungen und Analysen über den Zustand der Welt, über das Bündnis BRICS, über das Verhältnis zwischen dem türkischen und dem griechischen Imperialismus, bevor wir zur so genannten „deutschen Staatsraison“ und den Lehren aus den vergangenen beiden Weltkriegen kommen.

Ein Rückblick auf die Geschichte der UdSSR schließt sich an, konkret schauen wir dabei auf die Phasen Chruschtschow und Gorbatschow.

Und die kubanische Ökonomie beschäftigt uns auch immer noch.

Danach geht es nach Italien. Die Geschichte Italiens ist voller lehrreicher Ereignisse: hier geht es konkret um den „Compromisso storico“ zwischen den Christdemokraten und der Kommunistischen Partei, dabei vor allem auch um das Agieren ausländischer, vor allem US-amerikanischer Geheimdienste und der Faschisten in Italien.

Zum Schluss des Heftes bringen wir eine ausführliche Arbeit zu den Übereinstimmungen und den Differenzen zwischen KPD und DKP.

Soweit ein kurzer Überblick über das Heft.

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Wir müssen wieder auf die Finanzen hinweisen. Die Zeitschrift offen-siv finanziert sich allein durch die Spenden ihrer Leserinnen und Leser. Und das seit jetzt 33 Jahren. Wir bitten Euch herzlich darum, mitzuhelfen, diese schöne Strecke noch weiter ausbauen zu können.

Spendenkonto Offensiv:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Landtagswahlen in Ostdeutschland

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Landtagswahlen 2026 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

2026 fanden drei Landtagswahlen in Ostdeutschland statt, die unterschiedlicher nicht sein können. Aber eins haben sie gemeinsam, die führenden großen Volksparteien CDU und SPD, sie nennen sich demokratische Parteien, mussten sich mit großen Verlusten abfinden. Wogegen die Alternative für Deutschland (AfD) großen Stimmenzuwachs hatte. Dazu einige Betrachtungen:

Die Demokratie sei in Gefahr, war immer zu hören. Welche Demokratie ist gemeint, und ist sie wirklich in Gefahr? Es gibt viele Meinungen und Ansichten über die Demokratie. Aber Meinungen und Ansichten sind nicht immer die tatsächliche Realität widerspiegelnde Aussagen. Im Grundgesetz ist festgelegt was in Deutschland dazu gehört, zum bürgerlichen Parlamentarismus.

Lenin stellte fest: „Reine Demokratie, das ist die verlogene Phrase eines Liberalisten, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt nur eine bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst.“ *(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (1918)* Jeder Staat hat einen Klassencharakter. Die bürgerliche Demokratie - besser: der bürgerliche Parlamentarismus - dient der Herrschaft des Bürgertums und des Kapitals, während die proletarische Demokratie die Herrschaft der Arbeiterklasse zur Unterdrückung der Bourgeoisie darstellt, die Diktatur des Proletariats gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft."

Nun konkret zu den Wahlen: Zunächst zur AFD

Sind diese Wahlergebnisse eine Gefahr für den bürgerlichen Parlamentarismus? Egal ob zwischen den Parteien neue Bündnisse entstehen, ob der Bundeskanzler durch einen anderen ersetzt wird, am kapitalistischen System ändert sich nichts. Aber die Angst vor einen neu aufkommenden Faschismus geht um. Wie kann dieser Faschismus entstehen? Was sind die Ursachen?
Faschismus entsteht im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft. Georgi Dimitroff definierte den Faschismus 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) als die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Dieser Faschismusbegriff muss nach unserem Erachten dahingehend geschärft werden, dass auch im Faschismus der bürgerliche Staat die Funktion des ideellen Gesamtkapitalisten übernimmt. Das heißt, die von Dimitroff beschriebenen Elemente, *„die reaktionärsten, chauvinistischen, imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“* sind zwar die führenden, aber nicht die alleinigen Träger der faschistischen Herrschaftsform. Das Festhalten hingegen an dem Teil von Dimitroffs Definition, der den Faschismus als alleinige Herrschaftsausübung der "reaktionärsten" Teile des Finanzkapitals und nicht der gesamten Bourgeoisie begreift, führte nach dem II. Weltkrieg im Resultat zu zahlreichen Niederlagen der kommunistischen Bewegung , z.B. in Frankreich, Spanien, Österreich und zunächst auch in Griechenland, sowie in weiteren Staaten, in denen der "nicht so reaktionäre Teil" der Bourgeoisie als Bündnispartner proklamiert wurde.

Der Faschismus ist keine eigenständige Macht über den Klassen oder eine reine Bewegung des Kleinbürgertums. Er ist stattdessen die direkte Ausübung der Herrschaft des Monopol- bzw. Finanzkapitals unter Einbeziehung des Kleinbürgertums. Er ist auch keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, des bürgerlichen Parlamentarismus, durch eine andere Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - die offene terroristische Diktatur.

Die AfD wird vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Was bedeutet das?

Hiermit wird eine offizielle Einstufung durch deutsche Verfassungsschutzbehörden bezeichnet, bei der erwiesen ist, dass eine Bestrebung oder Organisation gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ gerichtet ist. Dabei

müssen der Behörde gesicherte, nachweisbare Anhaltspunkte und Beweise für verfassungsfeindliche Ziele vorliegen. Diese Bewertung stützt sich im aktuellen Fall meist auf ein völkisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis, das Gruppen von Menschen (wie Personen mit Migrationsgeschichte) herabwürdigt und damit Artikel 1 des Grundgesetzes (Menschenwürde) verletzt.

Interessant ist aber schon, wer diese Partei (AfD) ist, die das bisherige Machtgefüge ankratzt. Hier einige Schwerpunkte aus dem Parteiprogramm:

Das Parteiprogramm der AfD steht für eine nationale, konservative und rechtspopulistische Politik mit den Hauptthemen: strenge Begrenzung von Zuwanderung, Kritik an der Europäischen Union und Förderung einer traditionellen Familienpolitik.

Rassismus: Die wichtigsten Punkte des Programms beinhalten strengere Kontrollen an den deutschen Grenzen. Flüchtlinge sollen keinen Anspruch mehr auf Asyl an den Grenzen haben, wenn sie aus einem sicheren Nachbarland kommen. Abgelehnte Asylbewerber und straffällig gewordene Ausländer sollen schneller und konsequenter das Land verlassen. Die Regeln für den Erhalt des deutschen Passes sollen wieder strenger werden. Und Sozialleistungen sollen stärker an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft werden.

Nationalismus: Die Europäische Union soll deutlich weniger Macht bekommen. Die Nationalstaaten sollen wieder mehr bestimmen. Weiterhin fordert die AfD die Abschaffung des Euro als gemeinsame Währung oder den Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone. Nationale Gesetze sollen immer über EU-Recht stehen.

So genannter Bürokratieabbau: Die Partei will Steuern und Abgaben für Bürger und Unternehmen verringern. Gesetze und Vorschriften für Firmen sollen vereinfacht werden.

Klimawandel: Die Partei bezweifelt den menschengemachten Klimawandel. Sie lehnt die Klimaschutzziele der Bundesregierung ab. Atomkraftwerke sollen wieder in Betrieb gehen. Kohle- und Gaskraftwerke sollen Strom liefern, bis erneuerbare Energien sicher und günstig sind. Verbote von Autos mit Verbrennermotoren werden abgelehnt, ebenso ein Ausstieg aus der Nutzung von Öl und Gas zur Wohnungsheizung.

Familienpolitik: Die Familie aus Vater, Mutter und Kind steht im Mittelpunkt. Andere Lebensmodelle werden kritisch gesehen. Gender-Sprache (z. B. das Sternchen in Wörtern) in Schulen und Behörden wird abgelehnt.

Polizei: Die Polizei soll mehr Rechte bekommen, soll härter gegen Kriminalität vorgehen.

Außenpolitik: In der Außenpolitik sollen die Sanktionen gegen Russland beendet werden. Die Partei fordert eine diplomatische Annäherung.

Bundeswehr: Die deutsche Armee soll stark genug sein, um das Land selbst zu verteidigen.

So weit ein kurzer Überblick über die Programmatik. Nun zu den Wahlen.

Wahlen in Sachsen-Anhalt

Interessant ist auch das Regierungsprogramm, mit dem die AfD in Sachsen-Anhalt in den Wahlkampf ging: Es umfasst zahlreiche Kernpunkte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft, die von Kritikern und Ökonomen als radikal und nicht finanzierbar kritisiert wurden.

In der Bildungspolitik will die AfD das bisherige Modell der Inklusion an Schulen abschaffen. Die deutsche Nationalflagge soll an Schulen gehisst werden und das Singen der Nationalhymne fester Bestandteil des Alltags sein. Die Gewichtung der Lehrpläne soll sich stärker auf prägende nationale Epochen konzentrieren. Unter anderem soll an den Schulen ein verstärkten Russisch-Unterricht stattfinden.

Weiterhin verspricht das Programm Steuersenkungen und neue Leistungen bei gleichzeitigem Verzicht auf neue Landesschulden.

Die Verwendung geschlechterinklusiver Schreibweisen soll in Behörden und Schulen untersagt werden. Die Institutionen der Gleichstellungsbeauftragten sollen durch Familienbeauftragte ersetzt werden.

Öffentliche Fördermittel für Vereine sollen an eine sogenannte „Demokratie- und Patriotismuserklärung“ geknüpft werden.

Diese Partei könnte durchaus ein Wegbereiter zur Herbeiführung einer faschistischen Diktatur sein. Sie ist aber nicht die Ursache. Der Aufwärtstrend in Deutschland widerspiegelt die Entwicklung in Europa und dem Zulauf zu

rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Parteien. Sie ist das Resultat eines komplexen Bündels aus ökonomischen, sozialen und politischen Krisenerscheinungen.

Warum war die AfD in Sachsen-Anhalt so erfolgreich?

Sachsen-Anhalt hat etwa 2,12 Millionen Einwohner. Die beiden größten Städte größten Städte des Landes sind die Landeshauptstadt Magdeburg und Halle (Saale). Ein weiteres Oberzentrum ist Dessau-Roßlau.

Vor der Annektion der DDR gehörte dieses Territorium zum Mitteldeutschen Industriegebiet. Man muss beachten, dass die DDR zu den zehn wirtschaftlich stärksten Ländern der Welt gehörte. Nach der Deindustrialisierung durch die Treuhand lag die Arbeitslosenquote 1991 offiziell bei ca. 10,3 % (Für 1990 gibt es keine Zahlen.). Tatsächlich war sie weit höher, teilweise über 20 %. So wurden z.B. jene, die von der Agentur für Arbeit von einer Arbeitsbeschaffungsmaßname zur anderen geschickt wurden, nicht mitgezählt. In vielen Regionen Sachsen-Anhalts verfestigte sich die Quote von konstant über 20 Prozent. Das Problem wurde ausgesessen, bis die meisten in Rente waren.

Aktuell, also im September 2026, lag die Arbeitslosenquote bei 8,0 Prozent, das sind knapp 88.000 Menschen. Sachsen-Anhalt hat im bundesweiten Vergleich mit Blick auf die Wirtschaftskraft häufig die "rote Laterne", sagt Joachim Ragnitz, der Leiter des ifo-Instituts Dresden. Das belegten Auswertungen von rund 300 Wirtschaftsindikatoren im Vergleich der 16 Bundesländer.

Seit 1990 hat Sachsen-Anhalt durch Abwanderung und demografischen Wandel rund ein Viertel seiner Bevölkerung (etwa 700.000 bis 750.000 Menschen) verloren und gilt damit als das am stärksten schrumpfende Bundesland. Die Abwanderung betrifft vor allem junge, ausgebildete Menschen. Eine Ursache dafür ist auch, dass die Beschäftigten in vielen Unternehmen 30 bis 50 % weniger verdienen als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen bei gleicher Arbeit und im gleichen Unternehmen. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst von Vollzeitbeschäftigten in Sachsen-Anhalt lag laut Statistischem Bundesamt 2025 bei 51.937 Euro und damit deutlich unter dem Bundesschnitt von 65.441 Euro.

Die Landesregierung aus CDU, SPD und FDP ist mit ihrem im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch für eine „Nachhaltige Finanzpolitik für heute und morgen“ gescheitert. Schon 2022 wollte man zu einem grundsoliden regulären Haushalt zurückkehren, was aber nicht gelang. Die finanziellen Probleme der Regierungskoalition sind hausgemacht und wurden durch die expansive Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre sowie dem unnötigen Verbrauch von Rücklagen in wirtschaftlich guten Zeiten verursacht.

Dabei fand im Haushaltsplan für 2025 eine Netto-Neuverschuldung von 1,1 Mrd. Euro vor. Damit wuchsen die Schulden des Landes seit Jahresbeginn 2025 rechnerisch um 36 Euro pro Sekunde – ein neuer Rekordwert. Zum Jahresende 2025 entsprach dies einer Verschuldung von 11.170 Euro pro Einwohner. Der Doppelhaushalt 2025/2026 sieht für das Jahr 2026 dann noch mal eine Neuverschuldung von rund 1,0 Mrd. Euro vor, was die Schuldenspirale noch weiter beschleunigen wird. Sachsen-Anhalt wird damit Ende 2026 ein voraussichtlichen Schuldenstand von mindestens 25 Milliarden Euro erreichen. Das bedeutet mit rund 11.650 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer bei den Landesshaushalten.

Rund die Hälfte aller Führungspositionen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden sind mit Personen besetzt, die aus westdeutschen Bundesländern kommen. Das sind anders ausgedrückt 80 % der führenden Positionen. Obwohl das Land geografisch im Osten liegt und historisch zur DDR gehörte, zeigt sich in den Chefetagen der Verwaltung, Wirtschaft und Justiz bis heute eine deutliche Dominanz westdeutscher Personen.

Sachsen-Anhalt hat mit einem Ärztemangel zu kämpfen, und das sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Dem soll durch Einstellung von Ärzten aus Osteuropa und Österreich begegnet werden. Im Jahr 2000 gab es 1654 Hausärzte, 2007 waren es 1437. Die Zahl der berufstätigen Ärzte stieg zwar an, aber fast ausschließlich bedingt durch die Zunahme der Zahl ausländischer, berufstätiger Ärzte, von 9200 (2016) auf 9499 (2019).

Da die Zahl der Patienten immer weiter gestiegen ist und immer mehr Ärzte nur in Teilzeit arbeiten, ist die ärztliche Versorgung im Lande nicht hinreichend gesichert. Auch die leicht steigende Zahl der Ärzte reicht nach Informationen der Ärztekammer bei Weitem nicht aus, um den Mangel an Medizinern auszugleichen.

An den Schulen führt der Lehrermangel zu spürbarem Unterrichtsausfall und einer starken Belastung des Schulpersonals. Die durchschnittliche unterrichtliche Versorgung liegt bei rund 93,6 bis 94 % (angestrebt werden im Regelfall über 103 %). Ohne freiwillige Mehrarbeit der Lehrkräfte wäre die Lage deutlich schlechter. Vor allem an Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen ist die Personalnot groß. Stundenausfall findet täglich statt. Laut Prognosen des Bildungsministeriums (unter Leitung von Bildungsminister Jan Riedel) ist erst im nächsten Jahrzehnt ab etwa 2030 mit einer grundlegenden Entlastung zu rechnen, da erst dann die Schülerzahlen spürbar sinken werden.

Der Ausländeranteil (Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit; Doppelstaatler zählen nicht als Ausländer) betrug 2022 in Sachsen-Anhalt 7,4 Prozent und ist damit im Vergleich zu den anderen Bundesländern, nach Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen, der viertniedrigste.

Das Wahlergebnis

Der Landeswahlausschuss hat in seiner Sitzung am 22. September das Gesamtergebnis der Landtagswahl 2026 festgestellt.

77,8 Prozent der Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt haben am Sonntag, 6. September 2026, die neue personelle Besetzung des Landtags in Magdeburg gewählt, den Landtag der 9. Wahlperiode. Es werden wieder sechs Fraktionen im Parlament vertreten sein. Als Wahlsiegerin geht die AfD mit 43,8 % hervor, gefolgt von der CDU mit 17,2 % und der SPD mit 9,3 %. Zudem werden wieder Bündnis 90/Die Grünen (8,9 %) und Die Linke (8,6 %) vertreten sein. Das BSW zieht mit 5,3 % erstmals in den sachsen-anhaltinischen Landtag ein. Die FDP erhielt nur 2,6 % und ist somit nicht mehr vertreten.

Insgesamt wird es 83 Abgeordnete geben, die absolute Mehrheit bilden demnach 42 Abgeordnete, die die AfD nicht erreichte. Die konstituierende Sitzung des Parlaments fand 6. Oktober 2026 statt.

Tobias Rausch ist neuer Landtagspräsident in Sachsen-Anhalt. Der AfD-Politiker wurde im ersten Wahlgang mit 48 der 82 abgegebenen Stimmen gewählt.[1] 29 Abgeordnete stimmten gegen den 35-Jährigen, fünf enthielten sich.

[1] Die AFD verfügt im sachsen-anhaltinischen Landtag über 39 Stimmen, das BSW, das im Vorfeld bereits die Unterstützung für Tobias Rausch angekündigt hatte, über fünf Stimmen. Vier Stimmen müssen also von einer oder mehreren anderen Parteien

Der Kandidat der CDU viel durch. Die Wahl des Ministerpräsidenten findet voraussichtlich im Dezember statt.

Zwar ist Sachsen-Anhalt klein. Es hat 2,1 Millionen Einwohner, von denen etwa 1,7 Millionen wahlberechtigt sind. Das ist weniger als die Wählerschaft beispielsweise der Stadt Hamburg. Doch niemand in Deutschland versucht auch nur vorzugeben, dass das, was in Sachsen-Anhalt geschehen ist, auch in Sachsen-Anhalt bleiben wird. Im Gegenteil: Alle – quer durch die gesamte Medienlandschaft und das politische Spektrum – halten es für selbstverständlich, dass diese Wahl zwangsläufig massive nationale Auswirkungen haben werde. Ebenso bedurfte es nicht einmal des ungewöhnlichen Social-Media-Beitrags von US-Präsident Donald Trump, um deutlich zu machen, dass das Erdbeben in Magdeburg auch international Nachhall findet.

Erklärungen zu den Wahlen:

Berichterstattungen finden sich von Japan über China und die arabische Welt bis nach Brasilien.

In den USA verbreitete selbstverständlich Präsident Trump den Wahlerfolg der AfD. Er hat der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) nach ihrem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt gratuliert. "Wow, die populistische Partei in Deutschland hatte eine wirklich große Nacht", schrieb er auf seiner Plattform Truth Social. Er betonte, dass die Bewegung nun "im Aufwind" sei. Und er meinte auch den Grund für den Wahlsieg der AfD zu kennen: die Wähler seien mit der Migrationspolitik des Landes unzufrieden, sie hätten die "absolut schrecklichen Einwanderungsregeln" satt. Trump beendete sein Posting mit dem Slogan "MGGA!!!", was offenbar als "Make Germany Great Again" zu verstehen ist. Das ist eine Anspielung auf Trumps berühmten Slogan "Make America Great Again" (MAGA).

Der Unternehmer Elon Musk gratulierte der AFD. Er zeigte sich mit der Entwicklung dort sehr zufrieden: „Gut gemacht!“, lobte er am frühen Montag auf X die Bundessprecherin Alice Weidel. In einer weiteren X-Nachricht bestritt der Tesla-Chef, dass die Partei als rechtsextremistisch einzustufen ist. Weitere Zustimmung für die AFD kam von Rechtsaußenparteien verschiedener Staasten.

---

gekommen sein.)

Der russische Präsident Putin sieht das Ergebnis als Ausdruck von Verunsicherung der Bürger, die angeblich völlig ohne Grund in einen Konflikt mit Russland gezwungen werden. Alles, was derzeit in Europa passiere, sei das Ergebnis systematischer Fehler westlicher Staaten in Fragen der Politik, Sicherheit und Wirtschaft, sagte Putin bei einer Pressebegegnung in Neu-Delhi. Die Bürger der europäischen Länder verstünden, was passiere.

Auch der russische Förderationsrat-Senator Alexej Puschkow schrieb, ein Teil Deutschlands scheine aufzuwachen. Die antinationale Politik von Kanzler Merz stoße in Sachsen-Anhalt auf Widerstand. Der russische Präsidentenberater Dmitrijew kommentierte das Ergebnis als „Demütigung“ für Merz‘ CDU.

Polens Regierungschef Tusk meinte indes, „nur Idioten oder Verräter könnten sich in seinem Land am Triumph der AfD erfreuen“.

Der französische Finanzminister Lescure sprach von einem „sehr, sehr besorgniserregenden Signal“. Italiens Außenminister Tajani von einer sehr schlechten Nachricht, von der man hoffe, dass sie eine lokale Ausnahme bleibe.

Der tschechische Oppositionspolitiker Rakusan forderte, Lehren zu ziehen, statt sich über den Erfolg „von offen prorussischen Extremisten in Deutschland nur zu empören“.

Bundeskanzler und CDU-Chef Friedrich Merz schloss nach der schweren Wahlniederlage der CDU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September 2026 einen persönlichen Rücktritt aus. Er betonte, dass „Aufgeben keine Option“ sei, und kündigte an, den eingeschlagenen Reformkurs trotz des starken Abschneidens der AfD fortzuführen. Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) ist gegen eine Ausgrenzung einer AfD-Regierung in der Ministerpräsidentenkonferenz, um die Partei nicht in der Opferrolle zu lassen. Nach den Wahlniederlagen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sieht Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze die CDU in "einer extrem großen Krise". Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert einen Neustart.

Die SPD Vorsitzende Bas kündigte nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt inhaltliche Konsequenzen für die Bundespolitik an. Eine arbeitnehmerfeindliche Rhetorik sei schädlich.

Die Bundesvorsitzende der Linken, Schwerdtner, sagte in Berlin, der soziale Kahlschlag der Bundesregierung müsse gestoppt werden. Die SPD sei Teil des Problems.

Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern leben (Stand: 31.12.2019) rund 1,6 Millionen Menschen. Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Bundesland.

Die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns konnte sich nach der Deindustrialisierung in den 1990er Jahren neu strukturieren, die Zahl der Arbeitsplätze hat sich dem Bundesdurchschnitt angenähert und die Wirtschaftskraft wächst. Die Struktur ist von vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen und einigen großen Betrieben geprägt. Die maritime Wirtschaft, der Maschinenbau, die Energietechnik, die Automobilzulieferer und die Konsum- und Lebensmittelindustrie sind die hauptsächlichen Zweige der verarbeitenden Industrie. Starke Wachstumsbranchen sind vor allem in den Bereichen der Spitzentechnologie zu finden, zu nennen sind hier besonders die Biotechnologie, die Medizintechnik, die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Informationstechnik. Aber auch der Tourismus, die Dienstleistungen, die Landwirtschaft und die Gesundheitswirtschaft tragen erheblich zur Wirtschaftsleistung in Mecklenburg-Vorpommern bei.

Ein erheblicher Bevölkerungsverlust nach 1989 (zwischen 1990 und 2013: −17 %) war eine Folge der Westabwanderung und des Einbruchs bei den Geburtenzahlen. Diese Trends haben sich in den 2010er Jahren verlangsamt bzw. wurden gestoppt; es wandern wieder mehr Menschen zu und es werden mehr Kinder geboren. Die Schülerzahlen sind aber insgesamt seit dem Jahr 2000 zurückgegangen. Im Jahr 2009 kamen in Mecklenburg-Vorpommern auf 100 Einwohner etwa acht Schüler.

Einen Migrationshintergrund hatten im Jahre 2022 rund 8,0 % der Einwohner. Damit hat Mecklenburg-Vorpommern den bundesweit niedrigsten Ausländer- und Migrantenanteil an der Bevölkerung. 2014: Die größte Gruppe der Bürger ausländischer Herkunft kam damals aus Polen (16 Prozent), gefolgt von Russland (9 Prozent) und der Ukraine (7 Prozent). Seit 2015 ist vor allem aufgrund der Flüchtlingswellen durch den Syrischen Bürgerkrieg und dem Ukrainekrieg der Anteil der gesamten ausländischen Bevölkerung an der Landesbevölke-

rung auf 7,6 Prozent gestiegen (Stand Dezember 2023). Die größten Gruppen von Ausländern stammen inzwischen aus der Ukraine (22,7 Prozent), Polen (14,1 Prozent) sowie Syrien (11,0 Prozent).

Am Sonntag, dem 20. September 2026, haben die Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag gewählt. 78,1 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme an den Wahlurnen oder per Briefwahl ab und entschieden damit über die Zusammensetzung des neuen Parlaments.

Es werden künftig vier Fraktionen im Landtag vertreten sein. Die AfD erhielt 38,2 Prozent der Stimmen, und geht in die Opposition. Die SPD erzielte 35,5 Prozent, Die Linke 6,5 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen 5,7 Prozent. Insgesamt werden dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern der 9. Wahlperiode 71 Abgeordnete angehören. Von den 71 Sitzen entfallen künftig 32 Sitze auf die AfD, 29 auf die SPD, 5 auf die Die Linke sowie ebenfalls 5 auf Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU (4,9 Prozent) sowie die FDP (1,0 Prozent) scheiterten an der 5%-Hürde und verfehlten den Wiedereinzug in den Landtag.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ist trotz starker Konkurrenz durch die AfD die gestaltende politische Kraft und führt Gespräche zur Regierungsbildung. Die Partei gewann vor allem in den großen Städten wie Rostock alle Direktmandate, während der ländliche Raum stark von der AfD geprägt ist.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig genießt im Land hohe persönliche Beliebtheit und Zufriedenheitswerte (über 60 Prozent). Die Partei setzte im Wahlkampf stark auf das Thema soziale Sicherheit und einen verlässlichen Anti-Reform-Kurs bei der Rente, was besonders bei älteren Wählern punktete.

Die AfD wurde mit 38,2 % der Stimmen erstmals stärkste Kraft. Sie profitierte von einer Kombination aus starker Wählermobilisierung, ausgeprägtem Frust auf die Bundespolitik und Wählerwanderungen vor allem im ländlichen Raum. Sie profitierte auch von der Mobilisierung vorheriger Nichtwähler und konnte allein aus diesem Lager rund 66.000 Stimmen hinzugewinnen. Sie mobilisierte aber auch ehemalige SPD- und CDU-Wähler. Die AfD gewann 22 von 36 Direktmandaten und schnitt besonders in kleinen Gemeinden mit schwacher Infrastruktur und spürbarem demografischen Wandel stark ab. In Regionen wie der Mecklenburgischen Seenplatte erlebten viele Familien finanzielle Sorgen und Unsicherheiten. Die AfD nutzte diese Stimmung durch

eine hohe Social-Media-Präsenz, wo sie sich gezielt jungen Menschen zuwandte.

Der neue Landtag von Mecklenburg-Vorpommern trat am 20. Oktober zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin

Berlin ist mit rund 3,7 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste und mit 891 Quadratkilometern die flächengrößte Gemeinde Deutschlands sowie die bevölkerungsreichste Stadt der Europäischen Union.

Berlin zählt zu den ökonomischen Zentren in Europa. Unter den wichtigen Zweigen der städtischen Wirtschaft zählen unter anderem der Tourismus, die Biotechnologie, die pharmazeutische Industrie und die Optoelektronik. Berlin ist ein internationaler Standort für innovative Unternehmensgründer und verzeichnet seit 2010 hohe Zuwachsraten bei der Zahl der Erwerbstätigen.

Die Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus in Berlin fand am 20. September 2026 für eine Legislaturperiode von fünf Jahren statt. Rund 2,5 Millionen Menschen waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,2 %. Die Linkspartei erreichte mit 25,7 % zum zweiten Mal nach der Landtagswahl in Thüringen 2019 die Rolle als stärkste Kraft in einer Landtagswahl, während andere Parteien - außer der AfD, die 16,3 % erreichte - überwiegend Verluste hinnehmen mussten. Das BSW verpasste den Einzug ins Abgeordnetenhaus mit 4,7 %.

Der Berliner Landesverband der Partei Die Linke ist mit 19.020 Mitgliedern der zweitgrößte Landesverband der Partei sowie die mitgliederstärkste Partei Berlins. Der Landesverband wird von Kerstin Wolter und Maximilian Schirmer geführt. Die wichtigsten Gründe für den Wahlerfolg der Linken war das Hauptthema Wohnen und Mieten. Die ungelöste Krise auf dem Wohnungsmarkt war das entscheidende Thema im Wahlkampf. Die Linke positionierte sich unmissverständlich für die Vergesellschaftung (Enteignung) großer Wohnungskonzerne und traf damit den Nerv vieler Mieter. Grundsätzlich wird das Wohnungsproblem damit aber nicht gelöst.

Bei den 16- bis 24-Jährigen bekam die Partei bis zu 43 Prozent der abgegebenen Stimmen, bei den 25- bis 34-Jährigen sogar bis zu 49 Prozent. Die Linke profitierte stark auch von Erstwählern und Personen, die bei früheren Wahlen

nicht an die Urnen gegangen waren. Und die Partei wurde bei Akademikern zur beliebten Wahl und konnte ihren Kreis über das klassische Milieu hinaus erweitern. Viele Wähler nutzten die Stimme für Die Linke als Protest gegen den bisherigen politischen Kurs und die angespannte Lage in der Hauptstadt, wogegen die regierende Koalition aus CDU und SPD für ihre bisherige Politik abgestraft wurden.

Hinsichtlich der Sozialindikatoren erwies sich Die Linke mit 27,2 % besonders stark in Regionen mit geringen Anteilen an christlich gebundenen Wahlberechtigten. Und es darf nicht übersehen werden, dass Die Linke gerade in Berlin-Ost ihre Hochburgen hat. Nur den Ostteil betrachtend wurde das beste Resultat mit 28,9 % dort erreicht, wo besonders viele Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV leben. Die Linke ist ganz klar zur "jungen Großstadtpartei" geworden. Mit Elif Eralp an der Spitze gelang es der Partei, ein geschlossenes und durchsetzungsstarkes Auftreten im Wahlkampf zu vermitteln.

Nach der Wahl galten Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp und der Finanzsenator Stefan Evers, dessen CDU mit 18,8 % zweitstärkste Kraft wurde, als mögliche Kandidaten für das Amt des Regierungschefs. SPD und Grüne traten in Verhandlungen mit der Linkspartei ein.

Schlagartig war in vielen Medien der BRD die Debatte über die AFD-Stärke und die Gefahr des Faschismus. An ihre Stelle trat die absurde Behauptung, eine Koalitionsregierung aus Linken, SPD und Grünen in Berlin werde „den Sozialismus errichten“.

Zur AFD in Berlin: In Wahlgebieten mit niedrigem Ausländeranteil schöpfte die AfD deutlich mehr Stimmen ab (15,9 %) als in Wahlgebieten mit hohem Ausländeranteil (8,7 %). Auch dort, wo mehr ältere Menschen leben, bekam die AfD mehr Stimmen(13,0 %) als in Gebieten mit wenigen älteren Menschen (8,4 %). Neben den eigenen Hochburgen (19,9 %) überzeugte die AfD auch bei der Mobilisierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern (16,2 %).

Helmut Loeven: Wahl in Anhalt[2]

Wenn die Dummheit der Böswilligkeit zur Macht verhilft…

Was sich schnell herausgestellt hat: Die AFD hält es nicht mehr für nötig, Kreide zu fressen und sich als bürgerliche Partei zu tarnen. Ihr schlechtes Benehmen im Bundestag schadet ihr nicht, im Gegenteil. Es kommt gut an bei den unzufriedenen Hutbürgern, die nicht wissen, womit sie unzufrieden sind, sondern: „das alles!“ und „die da oben!“ „und überhaupt“.

Der Tort der Anhalter Wahl ist ein doppelter: Dass jetzt auch noch die Doof-Partei von der Wagenknecht reingekommen ist und „Zünglein an der Waage“ bzw. Steigbügelhalter spielen darf. Auch das noch!

Was bedeutet das alles, was bahnt sich da an in Verwaltung, Landespolitik, Justiz? Da wird der Teufel in vielen Details stecken.

Es geht nicht allein um Kontrolle über den Staat. Es geht auch um die Kontrolle über den Alltag. Es geht nicht nur um institutionelle Macht, sondern auch um kulturelle Hegemonie.

Ich erinnere mich noch gut an diese Zustände, die nie ganz ausgetrieben, aber doch wirksam zurückgedrängt werden konnten: Wenn eine Frau mit 28 Jahren „noch“ unverheiratet war, dann hatte sie „keinen abgekriegt“. Wenn eine Ehe nach acht Jahren noch kinderlos war, dann musste man mit denen mal reden. Da fühlte die ganze Nachbarschaft – schlimmer noch: die ganze Verwandtschaft sich auf den Plan gerufen. Oder wenn einer eine Frau heiraten wollte, die älter ist als er!

Die Volksgemeinschaft des Wohnhauses wird es nicht zulassen, dass ein Schwarzer einzieht – oder ein unverheiratetes Paar – oder ein Mann mit Freund oder eine Frau mit Freundin in „dieses ehrenwerte Haus“, von der Mutter mit „unehelichem Kind“ gar nicht zu reden (mit denen dürfen die anderen Kinder nicht spielen – warum, wird ihnen nicht erklärt).

Die Rechtsextremen können nicht verstehen und nicht ertragen, dass es Menschen gibt, die nicht so sind wie sie. Wer AFD wählt, ist der böse Nachbar, dem es nicht gefällt, dass der Frömmste in Frieden lebt.

[2] Aus: „Der Metzger, Satirisches Magazin, situationspresse@gmx.de

Die Poetin Lütfiye Güzel hat es mal - auf diesen Blättern – mit einem Satz gesagt: „Wie man nicht sein darf geht jeden etwas an, der so ist wie alle."

Der Faschismus formiert sich zum Parademarsch. Es handelt sich durchaus nicht um Bagatellen, wenn der Faschismus schleicht.

Red. offen-siv: Zum Ziel der Reise

Ulrich Siegmund (AFD), Ministerpräsidenten-Kandidat in Sachsen-Anhalt, zur Rüstungsproduktion:

„Unsere Position ist ganz klar. Wir verteufeln nicht pauschal die Produktion von Rüstungsgütern, weil wir bei späteren Remigrations- und Abschiebeoffensiven natürlich entsprechende Hilfsmittel brauchen. Auch im Sinne der inneren Sicherheit."

Türkische Kommunistische Partei (TKP) Deutschland: Im Osten Deutschlands steht der Gewinner der Landtagswahlen fest: das Kapital

In Deutschland schreiten die umfangreichen Kriegsvorbereitungen mit dem Aufrüsten der Bundeswehr in vollem Tempo voran. Doch es gibt einen anderen Krieg, der längst begonnen hat: den großen Krieg des Kapitals gegen die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen im Inneren.

Von der Senkung der Löhne über die Anhebung des Renteneintrittsalters und die zunehmende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens bis hin zur Verlängerung der Arbeitszeiten – zahlreiche neue Gesetzesvorhaben bedeuten einen offenen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse, die diese in mehr als hundert Jahren des Kampfes errungen hat.

Dabei finden diese Angriffe insbesondere in den ostdeutschen Gebieten der ehemaligen DDR seit Jahrzehnten statt. Dass den arbeitenden Menschen in einer Zeit, in der die Reichen immer reicher werden und die Monopole ihren Anteilseignern hohe Gewinne ausschütten, auch noch vorgeworfen wird, „faul" zu sein, zeigt die Rücksichtslosigkeit der Kapitalistenklasse.

Unter diesen Bedingungen hat die AfD nicht nur ihre Stimmenzahl erhöht. Sie hat – wie das Beispiel Sachsen-Anhalt zeigt – den Status einer stärksten Partei

erreicht und verfügt inzwischen über die politische Stärke, eine Landesregierung zu bilden.

Die bürgerlichen Medien fragen: „Warum?“ Warum wählen die Menschen in Ostdeutschland eine rechtsextreme Partei wie die AfD? Ihre Antwort ist bekannt: „Weil die Menschen in Ostdeutschland mit nichts zufrieden sind, die Chancen, die ihnen die Wiedervereinigung geboten hat, ablehnen und undankbar sind. Statt zur Entwicklung des Landes beizutragen, wenden sie sich extremen Optionen zu.“

Doch die AfD existiert gerade zu dem Zweck, die aus der Gesellschaft aufsteigenden Proteste innerhalb des bestehenden Systems zu halten: Sie kann gleichzeitig NATO-orientiert sein und sich als vermeintlich kriegskritisch darstellen; sie kann sich gegen staatliche Kontrolle über das Kapital stellen und zugleich den Eindruck erwecken, sich um die arbeitenden Menschen zu kümmern. Vor allem aber lenkt sie den Zorn der arbeitenden Menschen auf Migrantinnen und Migranten, indem sie die eigentliche Ursache der Probleme – den Kapitalismus und die Ausbeutung – verschleiert. Sie spaltet und hetzt die Arbeiterklasse entlang von Identitäten gegeneinander auf. Was könnte für die kapitalistische Ordnung nützlicher sein?

Die gesellschaftlichen Dynamiken, die den Aufstieg der AfD ermöglichen, sind zwischen den Zeilen der einschlägigen Berichterstattung deutlich zu erkennen. In ländlichen Regionen gibt es keine Busverbindungen, keine Krankenhäuser, keine Ärztinnen und Ärzte. Die Städte verlieren aufgrund der Abwanderung in den Westen kontinuierlich Einwohner. Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsängste nehmen zu. Die Menschen haben die Hoffnung in die traditionellen Parteien verloren und suchen nach einem radikalen, schnellen Wandel.

Nicht vergessen werden darf: Es ist dieses kapitalistische System selbst, das faschistische Bewegungen nährt, indem es Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit hervorbringt. Der Aufstieg der AfD ist daher keine Anomalie, sondern eines der Ergebnisse des kapitalistischen Systems. Auch alle Parteien des politischen Establishments – von links bis rechts –, deren gemeinsamer Nenner ihre Kapitalorientierung und ein in ihrer politischen DNA verankerter Antikommunismus sind, tragen ihren Anteil an diesem Bild.

Dass die Menschen in Ostdeutschland beginnen, sich wieder an die Errungenschaften der DDR-Zeit zu erinnern und ihre DDR-Identität stärker hervorzuheben, ist trotz der seit Jahrzehnten betriebenen antikommunistischen Propaganda ein Beleg dafür, dass der Sozialismus nach wie vor eine aktuelle Option ist. Dass die AfD versucht, diese Sehnsüchte zu verdrehen und für ihre eigene Politik zu vereinnahmen, zeigt zugleich, dass die Arbeiterbewegung bislang noch keinen kraftvollen Ausweg aus dieser Situation aufzeigen konnte.

Der Sozialismus bleibt in Deutschland die einzige Option für die Befreiung der arbeitenden Massen – gegen die Angriffe des kapitalistischen Systems, das ihre faschistischen politischen Parteien erneut zu einer „Opposition" stilisiert.

TKP (Deutschland-Organisation): Während die Proteste gegen die Regierung in Deutschland zunehmen: Die Probleme der gesellschaftlichen Opposition

Wenn man sich die politischen Entwicklungen, Debatten und Protestaktionen der vergangenen zehn Tage in Deutschland ansieht, wird deutlich, dass im Land einiges in Bewegung geraten ist.

Bei den drei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen im Osten erzielte die AfD enorme Stimmenzuwächse und wurde in zwei Bundesländern stärkste Partei. Obwohl dieses Ergebnis erwartet worden war, schlug es in der deutschen Politik wie eine Bombe ein. Während die Debatte über die Gefahr des Faschismus und darüber, die AfD notfalls durch ein Verbot zu stoppen, weiterging, scheiterte die CDU von Bundeskanzler Merz bei der jüngsten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an der Fünfprozenthürde und verpasste damit erstmals in ihrer Geschichte den Einzug in ein Landesparlament. Innerhalb der CDU flammte erneut die Diskussion über eine Absetzung oder einen Rücktritt von Merz auf. Der eigentliche Schock ereignete sich jedoch in Berlin.

Im Land Berlin, das als Hochburg der liberalen Linken gilt, wurde Die Linke mit einem bemerkenswerten Stimmenanteil stärkste Partei. Im Mittelpunkt ihres Wahlkampfs stand die Wohnungsfrage. Sie gehört in Berlin zu den drängendsten Problemen, da ein großer Teil der Bevölkerung unter hohen Mieten und Wohnungen leidet, die zu Spekulationszwecken leer stehen. Die Forde-

rung der Linken, Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen zu vergesellschaften, um dieses Problem zu lösen, wurde zum Ziel einer antikommunistischen und gegen die Linke gerichteten Kampagne, wie man sie seit 1945 kaum erlebt hat.

Während sich die AfD in den Bundesländern auf Koalitionsverhandlungen vorbereitet, war die Debatte über die Gefahr des Faschismus plötzlich beendet. An ihre Stelle trat die absurde Behauptung, eine Koalitionsregierung aus Linken, SPD und Grünen in Berlin werde „den Sozialismus errichten".

Was die kapitalistische Ordnung tatsächlich beunruhigte, war, dass die Frage des Reichtums und seiner Verteilung auf die Tagesordnung kam und zugleich die Unterstützung für Die Linke unter jungen Menschen immer weiter zunahm.

Angesichts dieser Angriffe erscheint es sehr wahrscheinlich, dass Die Linke – wie bereits in der Vergangenheit – Rückzieher machen und Zugeständnisse eingehen wird, um erneut in eine Koalitionsregierung einzutreten, diesmal sogar mit dem Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft

Inmitten dieser unübersichtlichen Lage fanden zunächst am Freitag in zahlreichen deutschen Städten Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Kriegsvorbereitungen und die Wehrpflicht statt. In mehr als 100 Städten gingen rund 45.000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße, statt zum Unterricht zu gehen. Angesichts der Tatsache, dass der Verfassungsschutz sämtliche Schulen gewarnt hatte und auch die Schulleitungen keine Genehmigung erteilten, war dies keineswegs eine geringe Beteiligung. Auch die erfolgreiche Arbeit der DKP-nahen kommunistischen Jugendorganisation SDAJ an den Schulen trug zu der hohen Beteiligung bei.

Die Reaktion der Gewerkschaften, während hart erkämpfte soziale Rechte von den Sozialdemokraten abgebaut werden

Einen Tag später, am Samstag, dem 26. September 2026, standen bei den vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Protesten der Erhalt des Sozialstaats sowie der Widerstand gegen die von der Regierung geplanten Sozialkürzungen und die Sparpolitik im Mittelpunkt. In 15 Großstädten im gan-

zen Land beteiligten sich rund 175.000 Menschen an den Demonstrationen unter dem gemeinsamen Motto: „Hart erkämpft! Arbeit. Gesundheit. Rente."

In den Reden der Gewerkschaftsvorsitzenden dominierten Verwunderung darüber, dass die Unternehmer ihre Zusagen nicht eingehalten hatten, obwohl die Gewerkschaften im Gegenzug Zugeständnisse bei den erkämpften Rechten der Arbeiter gemacht hatten, und eine Empörung, von der jeder wusste, dass sie übertrieben war. Denn die Unternehmer setzten ihre Entlassungen und Werksschließungen fort.

Während die Regierung kritisiert wurde, forderte man von der SPD, diese Angriffe innerhalb der Regierung zu verhindern – als hätten die Sozialdemokraten mit der Ausarbeitung und Verabschiedung all jener Gesetze, die soziale Rechte angreifen, nichts zu tun.

Mit anderen Worten: Die Werktätigen, die Arbeiterklasse, die Rentner und die Armen sollen ausgerechnet von den Parteien des Kapitals und vom Regierungspartner SPD Hilfe erwarten, obwohl diese auf eine Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung, längere Arbeitszeiten, ein höheres Renteneintrittsalter sowie niedrigere Löhne und Sozialleistungen abzielen. Das kommt natürlich nicht von ungefähr: Ein großer Teil der Gewerkschaftsfunktionäre ist Mitglied der SPD. Ihre direkten Verbindungen und Beziehungen zu den Arbeitern – von der Arbeiterklasse ganz zu schweigen – sind schwächer als ihre Beziehungen zu den Unternehmern.

Proteste ohne gemeinsames Ziel und ohne Zusammenhalt

Nachdem die Agenda 2010 der Koalitionsregierung aus SPD und Grünen im Jahr 2003 in Kraft getreten war und zu erheblichen Verlusten bei den sozialen und wirtschaftlichen Rechten der Werktätigen geführt hatte, fanden am 3. April 2004 auf offiziellen Aufruf der Gewerkschaften beziehungsweise des DGB zentrale Demonstrationen und Kundgebungen in ganz Deutschland statt. Von insgesamt 500.000 Demonstrierenden kamen rund 250.000 allein bei der Großkundgebung in Berlin zusammen. Danach geschah nichts mehr, und die Arbeiterklasse wurde in ihrer Hoffnungslosigkeit – bis zum Aufstieg der AfD – ihrem eigenen Schicksal überlassen.

Doch wie sieht die Lage heute aus?

Zwischen den Protesten gegen die Wehrpflicht, die am vergangenen Wochenende an zwei Tagen stattfanden, den Protesten etwa gegen das NATO-Manöver in Hamburg und den Gewerkschaftsaktionen entstand weder inhaltlich noch hinsichtlich der Beteiligten ein gemeinsamer Zusammenhang – beziehungsweise wurde ein solcher nicht hergestellt.

Können Berlin und Die Linke eine Alternative sein?

Im vergangenen Jahr gingen deutschlandweit in Industrie und produzierendem Gewerbe, also in den Fabriken, netto zwischen 124.000 und 177.000 Arbeitsplätze verloren. In diesem Jahr verschärft sich die Krise in den Fabriken weiter, und jeden Monat verlieren durchschnittlich 15.000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Rüstungsindustrie kann nur einen sehr kleinen Teil der Arbeitslosen beschäftigen.

Betrachtet man diese Zahlen, hätte es bereits ausgereicht, wenn nur die Hälfte der seit dem vergangenen Jahr entlassenen Arbeiter – ohne ihre Familien – an den Protesten des vergangenen Wochenendes teilgenommen hätte, um die gesamte Teilnehmerzahl der Aktionen der vergangenen Woche zu erreichen. Dabei beteiligten sich am Samstag auch zahlreiche andere gesellschaftliche Gruppen an den DGB-Protesten.

Warum waren die Millionen Arbeiter, die aus Angst vor Entlassungen und voller Hoffnungslosigkeit in den Fabriken arbeiten, die Millionen Leih- und Subunternehmerbeschäftigten, die für den Mindestlohn und ohne viele grundlegende Sicherheiten in den Fabriken beschäftigt werden, und die Millionen Armen, die von Sozialleistungen leben, nicht auf den Kundgebungen?

Wie bereits erwähnt: natürlich deshalb, weil sie seit Jahren von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften im Stich gelassen wurden, weil sie die Hoffnung verloren haben und weder den Parteien noch den Gewerkschaften des bestehenden Systems vertrauen. Sie wollen inzwischen eine schnelle und radikale Lösung.

Da ist die faschistoide AfD, die eine „radikale Lösung“ verspricht. Doch was ist mit der Linken, die in Berlin einen enormen Zuwachs an Stimmen und Hoffnungen ausgelöst hat? Wie bereits erwähnt, verhält sich die bestehende Ordnung, als befänden wir uns nicht im Jahr 2026, sondern im Weimarer

Deutschland des Jahres 1926 und als müsse sie gegen eine KPD kämpfen, die kurz vor der Machtübernahme steht.

Die Linke, die als linke Alternative dargestellt wird, erhielt bei der Berliner Landtagswahl rund 470.000 Stimmen. Rechnet man die SPD und die Grünen hinzu, die in Deutschland ebenfalls als links gelten und mit denen Die Linke in Berlin eine Koalition bilden möchte, kommen die drei Parteien zusammen auf nahezu eine Million Stimmen.

Genau eine Woche nach der Berliner Wahl, die bei der Linken und in Teilen der politischen Linken große Begeisterung ausgelöst hatte, fand die Berliner DGB-Demonstration statt. Alle diese Parteien unterstützten die Aktion.

Doch wie viele Menschen nahmen in Berlin daran teil? Nach Angaben der Polizei waren es 5.500, nach Angaben des DGB 12.000.

Die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften in Berlin wird auf 210.000 bis 230.000 geschätzt.

Es zeigt sich also, dass weder die Gewerkschaftsmitglieder noch die Wähler der Linken an diesen Protesten teilnahmen – nicht einmal der weitaus größte Teil der rund 19.000 registrierten Berliner Mitglieder der Partei. Noch schlimmer ist, dass neben den Gewerkschaften und den anderen Parteien auch Die Linke keinen Finger rührte, um ihre Mitglieder zu mobilisieren.

Während unter Arbeitern, Werktätigen und Armen angesichts von Angst und Hoffnungslosigkeit die Suche nach einem Retter zunimmt, zieht sich Die Linke, die als Alternative zur AfD, zum allgemeinen Rechtsruck und zur Gefahr des Faschismus präsentiert wird, aus der Politik auf der Straße zurück und versucht stattdessen, sie in die Zwangsjacke parlamentarischer Verhandlungen zu stecken. Damit rechnet sie sich aus, sich gegenüber der bestehenden Ordnung beweisen zu können.

Inmitten all dieses Durcheinanders bereitet sich die bestehende Ordnung mit ihrem historischen Bewusstsein auf den Krieg nach innen wie nach außen vor und stattet Polizei, Nachrichtendienste und Armee mit weitreichenden Befugnissen aus. Dahinter steht die Angst, die Werktätigen könnten außer Kontrolle geraten und sich unerwartet Raum für eine systemoppositionelle Linke öffnen. Wenn es dieser systemoppositionellen Linken in einer solchen Situation nicht

einmal gelingt, aus ihrem eigenen Schneckenhaus herauszukommen, wird der Preis dafür noch höher sein als im vergangenen Jahrhundert.

Eine Lösung innerhalb des bestehenden Systems wird immer nur eine Lösung sein, die diesem System selbst nützt – ganz gleich, ob sie sich rechts oder links nennt.

Solange sich die Hinwendung der Jugend nach links auf Die Linke beschränkt, wird sie in der Enttäuschung enden, die diese Partei hervorrufen wird. Der Kampf junger Kommunisten innerhalb der Jugend hingegen wird der Politik der Arbeiterklasse Kraft und Hoffnung geben.

Imperialistisch Konkurrenzen, Bündnisse und die deutsche „Staatsraison“

Heinz Ahlreip: Der Zustand der Welt nach dem ersten Viertel des 21. Jahrhunderts

Wir leben ohne Zweifel in einem Zeitalter abgrundtiefer Dekadenz im Vorfeld des dritten großen Krieges, die gleichgeschalteten imperialistischen Massenmedien dressieren die Menschen unentwegt darauf hin. Das heißt, dass die zwei ersten Weltkriege und vor allem deren Ursachen bis heute nicht behoben sind – wie sollten sie auch, existiert doch das sie hervorbringende kapitalistische Wirtschaftssystem und damit der Imperialismus weiter und nimmt an innerer Konkurrenz und Dynamik rasend schnell zu. Die Kriegsgefahr steigt immer höher und wirft immer weitere Schatten auf eine Periode des Zerfalls. Es ist eine Zeit der Raserei der Rüstungsindustrien - und dies ist auch ganz normal im Rahmen der imperialistischen Weltordnung Der imperialistische Krieg erwächst aus dem kapitalistischen Stadium des Imperialismus. Der Imperialismus trägt die Keime des Krieges, *niemals* die Keime des Friedens in sich.

Seit 1900 hat es global betrachtet keine kriegsfreie Zeit im Imperialismus gegeben und es hat sie auch nicht geben können. Wie kein Zeitalter vor ihm ist das imperialistische Zeitalter kriegsaffin. Das wortreiche Versprechen der imperialistischen Politiker muss es sein, für ein Zeitalter des Friedens zu arbeiten und ihr Tun in den schönsten Farben auszumalen. Es kommt aber nicht darauf

an, wie die imperialistischen Politiker reden, sondern wie sie handeln. Und da ist offenkundig, dass der Imperialismus kriegsradikal ist, darauf aus, nach und nach alle Stimmen des Friedens zu brechen, zu ersticken, den Frieden zu kriminalisieren. Wer gegen den imperialistischen Krieg kämpft, um der Welt den Frieden zu bringen, muss immer damit rechnen, diffamiert und repressiert zu werden.

Denn dem imperialistischen Krieg werden mehrspurige Autobahnen gebaut, dem Weg des Friedens nicht eine kleine Seitengasse. Es ist ein Trugbild zu glauben, dass bürgerliche Diplomaten, bürgerliche Humanisten, bürgerliche Friedensfreunde, die Notwendigkeit des imperialistischen Krieges aufheben oder in andere Bahnen lenken könnten. Diese Illusion ist gefährlicher als alles andere, sie liegt auf der Ebene der schönen Worte der Pfaffen und Politiker, und diese gebrauchen sie demagogisch.

Illusionsfrei und geschickt hat der Imperialismus es verstanden, sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Friedenssehnsüchte der Völker nutzbar zu machen. Schuld waren immer die anderen. Wir waren zur Aufrüstung ja immer nur gezwungen. Das Resultat ist dieses: Es gibt stehende Heere en masse, paramilitärische Verbände, Bürgerkriegsarmeen, Spezialverbände mit Spezialaufträgen, Söldnertruppen.

Die erste wichtige Erkenntnis ist die, dass von allen Händen, die zum Frieden gereicht werden, nur die starken Arme der Arbeiterinnen und Arbeiter und eventuell der mit ihnen Verbündeten die Kraft haben, die Faust für den Weltfrieden ballen.

Wer sollte ihn sonst erzwingen, nur das Proletariat und die bäuerlichen Kleineigentümer sind revolutionär, die anderen Klassen sind pervertiert und können keine Rettung aus dem imperialistischen Krieg verheißen. Leeres Gerede, der armen Rechte, leeres Gerede, der Reichen Pflicht.

So viel ist sicher: Der imperialistische Weltkrieg ist unvermeidbar, und die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts müssen auf alles gefasst sein. Es ist ja nicht nur der imperialistische Krieg, der knochenbrechend in die Leiber der Lebenden einschlägt, man darf den Fokus nicht allein auf den großen imperialistischen Krieg richten, sondern auch auf die Tatsache, dass zu seiner Führung massenhaftes Elend der Arbeiterklassen aller beteiligten Staaten und auch weit darüber hinaus gehört und zu seiner Beendigung Bürgerkriege der

schrecklichsten Art notwendig sind. Es gibt also zweierlei Opfer zu beklagen: Die Millionen Toten, die der imperialistische Krieg mit sich bringt und die Toten, die die heroische Überwindung des imperialistischen Krieges nochmals erfordert.

Der Imperialismus lässt keinen Ausweg zum Weltfrieden zu. Das müssen wir uns immer vergegenwärtigen: es ist immer und überall notwendig, das freundliche Grinsen der bürgerlichen Politiker als volksfeindliche Masken zu entlarven, diese Maske zu durchlöchern, durchsichtig zu machen. Die bürgerlichen Politiker können nur auf getarnte, scheinbar volksfreundliche Art auftreten. Lenin lehrte uns, die bürgerlichen Politiker nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu beurteilen, die die Differenz von Frieden und Krieg widerspiegeln. Das ist die dünne Decke der bürgerlichen Herrschaft. Für das Proletariat erfüllen sich im imperialistischen Krieg zweierlei Aufgaben: In den Kriegsgräben zu verfaulen oder in den Werkstätten Massenvernichtungswaffen zu produzieren.

Im Zeitalter des Imperialismus sind Politik und imperialistischer Krieg Geschwister, und die Arbeiter sind die Zahlmeister dieser imperialistischen Kriege.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und damit auch der politischen Entwicklung des Imperialismus lässt einen universellen Frieden nicht zu. Es werden nicht auf einmal und auch nicht auf Geheiß der Mutter Gottes alle imperialistischen Kriege mitsamt aller imperialistischer Staaten vom Erdboden verschwinden.

Es gab einmal eine Zeit, da siegte die Oktoberrevolution, sie schlug die konterrevolutionären Interventionskriege zurück, gründete die Sowjetunion, organisierte deren Industrialisierung, siegte im II. Weltkrieg, in der Folge entstanden die sozialistischen Staaten Osteuropas und 1949 wurde die Volksrepublik China ausgerufen. Ein Drittel der Erdoberfläche war sozialistisch ausgerichtet.

Heute haben die Imperialisten gut lachen: der Kommunismus ist durch seine eigenen Fehler fast vollständig zugrunde gegangen.

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert, Frank Flegel: BRICS - die jüngsten Entwicklungen

Das Wirtschaftsbündnis BRICS ist dabei, zum strategischen Macht- und Wirtschaftsverbund des Globalen Südens und vielleicht auch mehr zu werden. Das Staatenforum BRICS bringt sich damit als imperialistische Konkurrenz zum US- und EU-Imperialismus in Stellung. Dabei setzt man dort auf neueste Technologien, gemeinsamen Handel, gemeinsame Lieferketten, ein gemeinsames Finanzsystem und eine gemeinsame Rückversicherungsbank zum Abfedern von staatlichen Zahlungsschwierigkeiten.

Das Bündnis „BRICS“, was ja namentlich „Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika“ meint, ist inzwischen über diese fünf Staaten hinausgewachsen. Ägypten, Äthiopien, der Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien sind Mitglieder geworden, und so genannte „Partnerstaaten“ sind Belarus, Bolivien, Cuba, Kasachstan, Malaysia, Nigeria, Thailand, Uganda, Usbekistan und Vietnam.

BRICS hat inzwischen eine Alternative zur Weltbank geschaffen, die Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte finanziert sowie einen Mechanismus zur finanziellen Unterstützung in Wirtschaftskrisen, der inzwischen mit dem Internationalen Währungsfonds konkurriert. Es sind die „New Development Bank“ und das „Contingent Reserve Arrangement“. Die „New Development Bank“ wurde als eine multilaterale Entwicklungsbank am 15. Juli 2014 von den fünf Gründungsstaaten des BRICS-Bündnisses gegründet. Die Schwesterorganisation „Contingent Reserve Arrangement“ agiert etwa wie eine Versicherung für Fälle von Zahlungsschwierigkeiten eines Mitgliedsstaates und wurde gleichzeitig gegründet - mit einem Anfangskapital von 100 Milliarden Dollar. Langfristiges Ziel ist eine „Ent-Dollarisierung“ des Welthandels- und des Weltfinanzsystems. Das ist aber im BRICS-Bündnis nicht so ganz einfach, denn neben Interessengleichheiten oder zumindest Interessenähnlichkeiten, die Kompromisse zulassen könnten, produziert der Kapitalismus auch immer Konkurrenz. In diesem Falle handelt es sich um die Konkurrenz zwischen Indien und China und so lehnt Indien ein einheitliches BRICS-Zahlungssystem bisher ab. Ohne ein solches wird die „Ent-Dollarisierung“ des Welthandels- und Finanzsystems jedoch nicht möglich sein.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Sonntag, 13. September 2026, trotzdem eine Reihe von Initiativen - von Künstlicher Intelligenz (KI) bis hin zum Handel - vorgestellt, um die Zusammenarbeit zwischen den aufstrebenden Volkswirtschaften der "Greater BRICS" zu vertiefen. Peking will den Staatenbund damit zu einer praktischen Plattform für die Entwicklung des Globalen Südens ausbauen. Damit soll BRICS von einem relativ lockeren Staatenforum zu einem verbindlichen Wirtschafts- und Technologieverbund weiterentwickelt werden.

XI Jinping weiter: Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit müssten natürlich Wirtschaft und Finanzen stehen, aber auch sicherheitspolitische und allgemeinpolitische Fragen seien wichtig. Der Erfolg der "Greater BRICS“ Initiative hänge davon ab, dafür eine solide Grundlage zu schaffen, sagte er auf dem jährlichen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, das in diesem Jahr am 12. bis 13. September in Indien, konkret in Neu Delhi stattfand. Die "Greater BRICS"-Staaten wollen ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen, die Stabilität der Industrie- und Lieferketten sichern und einen integrierten Markt aufbauen, sagte Xi bei der Abschlusssitzung des Gipfels.

Zuvor hatte er eine Partnerschaft für BRICS-Sonderwirtschaftszonen vorgeschlagen und kündigte an, dass China im kommenden Jahr ein BRICS-Forum für den Dienstleistungssektor ausrichten werde, um Handels- und Investitionsbeziehungen innerhalb des Staatenbundes zu stärken. Und er kündigte an, dass China die Initiative zur Einrichtung einer BRICS-Zone für offene KI anführen werde, um die Zusammenarbeit bei großen Sprachmodellen, beim Training von KI-Systemen und beim Aufbau eines offenen KI-Ökosystems zu fördern.

Der indische Premierminister Narandra Modi sagte, dass die Vorteile von Lösungen, die innerhalb der BRICS entwickelt werden, nicht auf die BRICS-Staaten beschränkt bleiben sollten. Sie sollten vielmehr so gestaltet werden, dass sie an die Bedürfnisse des Globalen Südens angepasst und dort zugänglich gemacht werden könnten.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete BRICS als eine starke treibende Kraft auf dem Weg zu einer neuen, gerechteren und multipolaren Weltordnung. Er forderte die Mitgliedstaaten auf, Wege zu finden, um die jeweiligen Wettbewerbsvorteile ihrer Volkswirtschaften miteinander zu verbinden.

Nun muss man bei all den hübschen Planungen und netten Worten sehr deutlich anmerken: Es handelt sich hier um ein Bündnis von inzwischen zehn Staaten, die mit den klassischen imperialistischen Führungsstaaten konkurrieren – um Rohstoffe, Energieträger, Handelsrouten, Einflusssphären und um den Banken- und Finanzsektor, wobei die Währungshoheit auf dem Weltmarkt von besonderer Bedeutung ist.

Sie sind aufstrebende kapitalistische Staaten, die alle das imperialistische Stadium erreicht haben, dies in unterschiedlicher Größenordnung, d.h. sie gehören entweder bereits zu den imperialistischen „Global Playern" oder sie sind starke imperialistische Regionalmächte mit durchaus weitergehenden Ambitionen. Mit irgendeinem gesellschaftlichen Fortschritt hat das genauso wenig zu tun wie das Ersetzen Großbritanniens als beherrschende imperialistische Weltmacht durch die USA in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die ökonomischen Gesetze bleiben die gleichen, es sind die Gesetze des Imperialismus.

TKP und KKE: Gemeinsame Erklärung zu den jüngsten Entwicklungen in den türkisch-griechischen Beziehungen

Die gefährlichen Entwicklungen in unserer Region lösen eine besorgniserregende Kettenreaktion im östlichen Mittelmeer, in der Ägäis und in den türkisch-griechischen Beziehungen aus. Unsere Region liegt nahe an den Frontlinien der imperialistischen Kriege und Pläne in der Ukraine und am Persischen Golf und ist unmittelbar von ihnen betroffen.

Der Grund dafür liegt darin, dass diese Beziehungen heute nicht nur von der Konkurrenz und den Strategien der herrschenden Bourgeoisien beider Länder geprägt werden, sondern zugleich die Interessen der Bourgeoisien anderer Länder und imperialistischer Mächte wie der USA, der NATO und der EU berühren. In diesem Zusammenhang wirken sich die Spannungen zwischen den Kapitalistenklassen der Türkei und Israels in jüngster Zeit immer deutlicher auf die türkisch-griechischen Beziehungen aus. Gleichzeitig birgt die Vertiefung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Griechenland und Israel Risiken für die Völker. Dieses Geflecht von Widersprüchen spiegelt den Kampf der herrschenden Klassen und Monopole insoweit wider, wie die Energieressourcen der Region

untereinander aufgeteilt, die Energie- und Handelsrouten bestimmt und ihre jeweiligen Positionen innerhalb des imperialistischen Weltsystems gestärkt werden sollen.

Diese Konkurrenz hat mit den Interessen der Arbeiterklassen und der Völker Griechenlands und der Türkei nichts zu tun! Die Arbeiter sitzen nicht mit der Kapitalistenklasse im selben Boot! Es sind die Arbeiter beider Länder, die die schweren Folgen der Kriegsvorbereitungen tragen und Gefahr laufen, in blutigen Konflikten geopfert zu werden, die im Interesse fremder Mächte sowie für die Profite und Interessen der Unternehmer, Kapitalisten und Monopole angeheizt werden können.

Als Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und Kommunistische Partei der Türkei (TKP), die die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes vertreten und für proletarischen Internationalismus und internationalistische Solidarität eintreten, kämpfen wir:

gegen Militärausgaben und Kriegsvorbereitungen, gegen Nationalismus und Rassismus, gegen Grenzverletzungen, gegen jeden Versuch, die internationalen Verträge infrage zu stellen, die die Grenzen in der Region festlegen, sowie gegen jede Form von Bedrohung.

Gleichzeitig verurteilen wir die Versuche, in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer durch den Einsatz militärischer Gewalt vollendete Tatsachen zu schaffen, ebenso wie das Wettrüsten, das den Boden für eine militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern bereitet.

Wir treten dafür ein, dass die bestehenden Grenzen und die Verträge, durch die diese Grenzen festgelegt wurden, nicht verändert werden.

Wir kämpfen dafür, dass sich beide Länder von den imperialistischen Plänen lösen und ihre Streitkräfte aus den Auslandseinsätzen der NATO und anderer imperialistischer Mächte zurückziehen.

Wir kämpfen für den Austritt unserer Länder aus imperialistischen Bündnissen wie der NATO und der EU, für die Beseitigung der US-amerikanischen und NATO-Stützpunkte aus unseren Ländern und dafür, dass beide Länder ihre Beziehungen zum Staat Israel beenden, der das palästinensische Volk massakriert.

Die Kommunistische Partei Griechenlands und die Kommunistische Partei der Türkei rufen die Arbeiterklasse und breite Teile der Bevölkerung zum gemeinsamen Kampf auf. Denn es ist unumgänglich geworden, den gemeinsamen Kampf beider Völker gegen die Pläne der Bourgeoisie und der imperialistischen Bündnisse zu stärken.

Wir fordern, den Willen der beiden benachbarten Völker sowie ihren Wunsch und ihre Forderung nach einem friedlichen Zusammenleben zu respektieren. Der gemeinsame Kampf beider Völker kann sie zu einer führenden Kraft machen und den Weg zur Überwindung der Ordnung von Ausbeutung und Krieg und zum Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft ebnen.

S. Weber: Wessen Staatsraison?

Staatraison

„Staatsraison ist ein Prinzip, das die Interessen des Staates über alle anderen (partikularen oder individuellen) Interessen stellt.

Nach diesem absolutistischen bzw. obrigkeitsstaatlichen Prinzip ist die Erhaltung der Macht, die Einheit und das Überleben des Staates ein Wert an sich und rechtfertigt letztlich den Einsatz aller Mittel, unabhängig von Moral oder Gesetz. Das Prinzip der S. wird heute noch von autoritären Regimen gepflegt.“[3]

Die Tatsache, dass dieser Begriff in der BRD positiv besetzt werden und als Begründung für Taten herhalten kann, die schon mal ein Nürnberg nötig machten, sagt Einiges über den Zustand der Intelligenz, der Medien, der Demokratie und leider auch der Arbeiterbewegung aus.[4]

Sie erklärt auch, weshalb es nie ein Problem für die Herrschenden und ihre Speichellecker war, faschistische Regime, Militärdiktaturen oder Völkermorde zu unterstützen – bei gleichzeitiger Heuchelei von Menschenrechten oder

[3]Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Dietz, 2020. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

[4]Zur Rolle der Medien vgl. Renate Dillmann: Medien. Macht. Meinung., PapyRossa, Köln oder Fabian Goldmann: Staatsräsonfunk, Manifest, Berlin

sogar Rufen von „Alerta antifascista!“ in Kombination mit „Slava Ukraini“ oder rassistischer Hetze gegen Palästinenser.[5]

Ignazio Silone sah es voraus: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘[6]

Staatsraison ist purer Egoismus der Herrschenden, auch gegenüber Israel. Benötigt werden die blutigen Erfahrungen der israelischen, ukrainischen usw. Streitkräfte und Geheimdienste, welche regelmäßig mit der Bundeswehr geteilt werden. Sie werden hier im Lande in die Aufstandsbekämpfung mit eingebaut.[7]

Der Hauptfeind steht schließlich auch für das Kapital im eigenen Land: „Erst die Sozialisten abschießen, köpfen, unschädlich machen – wenn nötig per Blutbad – und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.“[8] Geplant und geübt wird der Massenmord, sei es hier an der Bevölkerung der BRD, sollte sie sich gegen die Kriegsregierung stellen oder an widerständigen, besetzten Völkern in oder außerhalb der EU.

Atomwaffen für Deutschland

„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“[9]

Der deutsche Imperialismus strebte stets nach der Weltmacht und damit auch der Atombombe: Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß forderte z.B. bereits 1957 die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, Kanzler Adenauer versuchte 1958 bei Präsident de Gaulle damit durchzukommen. Auf die Angeberei des Generalmajors Trettner 1965: „Die Atombewaffnung unserer Armee

[5] *So z.B. Jamila Schäfer (B90/Die Grünen): bitchute.com/video/lamtpop63EX5/*

[6] *François Bondy: Pfade der Neugier: Portraits. Benziger, Einsiedeln 1988, S. 84*

[7] Newsletter von german-foreign-policy.com (gfp), u.a. 2026-09-28, -09-24, -08-27, -06-24

[8] Kaiser Wilhelm II. in einer Silvesterbotschaft 1905 an seinen damaligen Kanzler von Buelow; jungewelt.de/artikel/505103.erster-weltkrieg-einheitliche-gegnerschaft.html

[9] Kanzler Kohl, Regierungserklärung, 30.01.1991, zitiert nach Welt am Sonntag, 06.12.1992

ist nicht mehr aufzuhalten.“[10] folgte dann auch prompt die Reaktion der USA in Form eines Atomwaffensperrvertrags für die BRD. Wenngleich schließlich deutlich entschärft, wurde dieser Vertrag nicht ohne Grund von Franz-Josef-Strauß als ein „neues Versailles von kosmischen Ausmaßen“ bezeichnet.[11]

Somit war zwar ein offizieller Eigenbau in der BRD verhindert, doch wurde die Möglichkeit genutzt, für andere Länder durch deutsche Ingenieure Atomwaffen bauen zu lassen:

- für Israel ab ca. 1960, wo in Dimona eine entsprechende Anlage mit Hilfe der BRD erbaut wurde.[12]

- für die Militärdiktaturen in Argentinien und Brasilien ab ca. 1969

- für die Apartheitsregierung Südafrikas ab ca. 1974 – dort wurde dann auch, hauptsächlich Dank Siemens, am 22.9.1979 die erste westdeutsche Atombombe gezündet.[13]

Gleichzeitig wurden bereits in den 1970er Jahren für deutsche Raketentests große Gebiete in Zimbabwe aufgekauft und die eigenen Monopole massiv subventioniert für den Bau der riskanten, längst überholten Leichtwasserreaktoren und der Forschung an der Bombe.

Das Wissen ist also vorhanden, das Material ebenfalls. Waffenfähiges Uran liefern AKWs bei kurzem Hochfahren und einer darauffolgenden Schnellabschaltung der Reaktoren. Im westfälischen Gronau können jährlich 17 Tonnen waffenfähiges Uran angereichert werden. Das reicht für ca. 340 Sprengköpfe.[14]

[10]nach: P. Scheinost: Eigentum vernichtet – Atomenergie im Würgegriff der Konzerne, KHB, nachgedruckt in: Streitbarer Materialismus Nr. 30 (S. 115-192), Das Freie Buch, München 2012, S. 163

[11]nach: P. Scheinost: a.a.O., S. 165; sowie: Albert Norden: So werden Kriege gemacht, Dietz, Berlin 1968, Kapitel: Wem hilft die Große Koalition?, S. 356ff

[12]youtube.com/watch?v=rJClsenkrgA

[13]nach: P. Scheinost: a.a.O., S. 166ff

[14]Frankreich hat offiziell ca. 370 Stück, das Vereinigte Königreich ca. 225.

Das Uran wurde und wird außerdem für panzerbrechende Munition verwendet – die ersten Versuche dazu führte bereits die Wehrmacht durch, weiter geforscht wurde v.a. in Bayern.[15]

Weitere Stoffe wie Plutonium können in Karlsruhe (Forschungszentrum und Wiederaufbereitungsanlage) produziert werden. Garching (Forschungsreaktor mit hoch angereichertem Uran) und Jülich (Zentrifugen zur Anreicherung) gibt es auch noch.

Als Trägersysteme gibt es neben Tornados als modernen Ersatz die F35, von denen bereits unter Kanzler Schröder 35 Stück wurden. Atomwaffenfähige U-Boote werden von Thyssen-Krupp in Kiel produziert – aktuell für Israel. Die neue Luftfahrtstrategie seit 2024 plant tragfähige Raketen mit über 500 km Reichweite.[16]

Der III. Versuch

„Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind.“[17]

Parallel geht man offiziöse Wege: Mit Frankreich wurde eine Nuklear-Steuerungsgruppe eingerichtet, welche u.a. die Beteiligung an französischen Nuklearübungen enthält. Gleichzeitig nimmt die Bundeswehr wo sie kann an Nuklearmanövern der NATO (Steadfast Noon u.a.) teil.[18]

Mit der Krise jedoch entwickeln sich zunehmend die Konflikte auch innerhalb der Bündnisse. Die deutsch-französische Konkurrenz zeigt sich aktuell im deutschen Streben nach militärischer Autarkie. Gestrichen wurden dabei in letzter Zeit u.a. deutsch-französische Kooperationen wie das Kampfflugzeug FACS[19] und mit Drohnen vernetzte Kampfpanzer, das EU-Satellitenprojekt

[15]Über die Wirkung: Frieder Wagner: Todesstaub, ProMedia, Wien und youtube.com/watch?v=bNz_rxAL1K0

[16]Raketenmacht Deutschland, gfp, 2026-06-18

[17]Außenminister Kinkel, FAZ, 19.03.1993

[18]Im Zeitalter der Atomwaffen, gfp, 2026-07-20 und Luftwaffe übt Atombombenwerfen, jungeWelt, 2026-10-13, S.4

[19]donaukurier.de/nachrichten/regionale-wirtschaft/fcas-ende-als-befreiungsschlag-betriebsversammlung-bei-airbus-in-manching-21549716

zugunsten des SATCOMBw (Bw = Bundeswehr) und die Fregatte F 126 zugunsten von MEKO-Schiffen bei ThyssenKrupp. Außerdem versucht die BRD durch bilaterale Abkommen schwächere Länder wie Polen und die baltischen Staaten unter deutsches Kommando zu bekommen.[20]

In den Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen und dem US-Imperialismus hat letzterer seit 1949, v.a. aber seit 1990 immer wieder versucht, dem Emporkömmling Grenzen zu setzten oder aufzuzeigen. Dabei hat die „Nummer 1“ durchaus nicht nur die direkte Auseinandersetzung mit dem Herausforderer gesucht – sie hat sich auch hin und wieder ein schwächeres Opfer ausgewählt und von der BRD verlangt, dass sie sich beteiligt.[21]

In Deutschland von anderen Mächten stationierte Atombomben sind eine zweischneidige Sache. Einerseits hat der US-Imperialismus im Kalten Krieg relativ offen damit geplant, Deutschland im Falle eines Vormarsches des Warschauer Paktes in eine atomare Wüste zu verwandeln.[22] Warum nicht für einen „Unfall“ sorgen, wenn die BRD zu sehr aufmuckt? Andererseits wäre es für ein deutsches Überfallkommando möglich, im Handstreich auf deutschem Boden stationierte französische oder US-Waffen in die eigene Hand zu bekommen. Beide Aktionen wären durchaus auch von jeder Seite als False-Flag-Operation umsetzbar nach dem Motto: „der Russe … war es!“[23]

Während der deutsche Imperialismus von der Bedrohung z.B. durch Russland spricht, bereitet er wieder die eigene Aggression vor. Schon zu Beginn des 1. Weltkriegs sprach der Kaiser davon, dass Deutschland vom Feind überfallen werde. Jedoch bei den Versuchen, den deutschen Frieden zu erzwingen, starb kein einziger deutscher Soldat auf deutschem Boden. Die Gegenseite kennt diese Bestrebungen – nicht umsonst bleibt die Feindstaatenklausel der UNO in Kraft.[24]

---

[20]Die europäische NATO II, gfp, 2026-07-06

[21]dazu: offen-siv.net/wp-content/uploads/2022/10/offen-siv-7-2022-Das-Geheimnis-des-Krieges-1.pdf

[22]Jerzy Sawicki: Als sei Nürnberg nie gewesen..., Deutscher Zentralverlag, Berlin 1958, Kapitel: Die neue Strategie der Armee, S. 447ff

[23]Beispiele: Reichstagsbrand 1933, Gleiwitz 1939, Northwoods 1962, Tonkin 1964, Leipziger Drohne 2026...

[24]de-rtnews.com/international/292170-deutschland-als-feindstaat-nach-un

Was tun?

„Seid vor allem immer fähig, jede Ungerechtigkeit gegen jeden Menschen an jedem Ort der Welt im Innersten zu fühlen. Das ist die schönste Eigenschaft eines Revolutionärs.“[25]

Widerstand gegen die Bombe gab und gibt es – der Arbeitsausschuss „Kampf dem Atomtod“[26], der erfolgreiche Kampf gegen die WAA in Wackersdorf[27] oder gegen den NATO-Doppelbeschluss[28] sind einige der hoffnungsvollen Seiten in der BRD-Geschichte. Unvergessen sollte uns auch Rainer Rupp sein, für seinen Einsatz für den Frieden.[29] Auch der aktuelle Kampf gegen die Wehrpflicht[30] zeigt: es gibt nach wie vor B. Brechts „Anderes Deutschland“.[31]

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln (= die herrschende Staatsraison) braucht zu seiner Erneuerung wieder einmal millionenfache Blutopfer: „Die wirtschaftlichen Probleme müssen gelöst werden ... Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums ist dies nicht möglich.“[32] Für unser eigenes Überleben ist es notwendig, dass wir uns für ein Ende jeglicher vom eigenen Imperialismus unterstützten und geführten Kriege, für die Niederlage der eigenen Regierung in diesen Kriegen, für den Sturz des eigenen Imperialismus einsetzen – egal wer den Krieg begonnen hat.

Wir müssen im Kopf behalten, dass ein Staat nur ein Werkzeug der herrschenden Klasse zum Erhalt und zur Mehrung ihrer Macht darstellt. Die herrschende „Raison“ ist die Logik des verschmolzenen Bank- und Industriekapitals (= Finanzkapitals), denn die Ökonomie bestimmt die Politik und damit auch den Krieg.

---

[25]Che Guevara in einem Brief an seine Kinder; nach de.wikiquote.org/wiki/Che_Guevara

[26]Gerhard Dengler: Die Bonner Masche, Kongress, Berlin 1960, Kapitel: Die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung, S. 205ff

[27]bund-naturschutz.de/ueber-uns/erfolge-niederlagen/wiederaufarbeitungsanlage-wackersdorf-waa

[28]dfg-vk.de/ueber-pazifismus-und-antimilitarismus

[29]kundschafter-ddr.de

[30]schulstreikgegenwehrpflicht.com

[31]mlwerke.redflag.ps/br/br_004.htm

[32]Kanzler Hitler, zitiert nach: Albert Norden, a.a.O, S. 101f

Erst wenn die Politik die Ökonomie bestimmt und ein gesellschaftlicher Plan die Verteilung der Arbeit und ihrer Produkte regelt, wenn also die private Aneignung der gesellschaftlichen Arbeit ein Ende findet, dann finden auch Arbeitslosigkeit, Armut und Kriege ein Ende. Dann herrscht – so lange es nötig sein wird für den Übergang – die „Raison“ des Proletariats und seiner Partei. Wesentlicher Teil dieser Vernunft ist die internationale Solidarität, die Vereinigung des Proletariats aller Länder, denn: „ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann sich selbst nicht emanzipieren.“[33]

Konkret bedeutet dies für die Arbeiter z.B. die Weigerung Waffen zu bauen, Sabotage an den Waffen oder ihre Nutzung bei Betriebsbesetzungen, damit auch keine Streikbrecher die Arbeit machen können.

Für die Offiziere und Soldaten bedeutet dies nicht nur Verweigerung, sondern das Umdrehen der Gewehre, Entwaffnung und Neutralisierung derer, die bereit sind zum Völkermord oder den Befehl dazu geben, Zerstörung der Kriegs- und Atomlogistik, wo sie der Klassenfeind noch nutzen und den „Roten Knopf“ drücken könnte.

Fast jede Meuterei, sicher jede Revolution hat weniger Opfer gekostet als der bereitwillige Marsch zur Schlachtbank.[34]

Heinz Ahlreip: Kleine Lehren aus den beiden Weltkriegen

Was können wir aus der bisherigen Geschichte des Imperialismus ablesen, was können wir aus ihr lernen? Die Tatsache, dass die Menschheit heute wieder immer kriegsbesessener vor einem imperialistischen Weltkrieg steht, zeigt uns, dass die Fähigkeit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Menschen, der Intellektuellen und der so genannten Lebenskünstler, aus der Geschichte Lehren zu ziehen, unter kapitalistischen Bedingungen doch sehr begrenzt ist.

Heute steht die Menschheit in der Endphase des Imperialismus, das heißt, dass sie mehr vor sich hinvegetiert als dass sie lebt oder gar aufblüht. Die

[33]F. Engels, MEW 18, Dietz, Berlin, S. 527

[34]Hier ein paar schöne Beispiele vom Kulturverein Olmoo: storage.e.jimdo.com/file/c4a02d3d-2940-4330-a145-8bd810312f21/Kalenderr%C3%BCckseiten_neu.pdf

Menschheit steht vor einem Dritten Weltkrieg und wiederum vor Irrtümern, auf die die zwei vorherigen imperialistischen Weltkriege hinweisen.

Ein wichtiges Beispiel: Die imperialistische Kriegspropaganda wird die Dauer des Krieges wiederum falsch darstellen. Sie wird die Völker nicht nur im Dunkeln lassen über das, was ihnen an Grausamkeiten tatsächlich bevorsteht, nein man wird sie mit der harmlosen Perspektive eines Krieges von kurzer Dauer versuchen einzufangen. Denn man kann keinen Krieg, vor allem keinen imperialistischen Krieg, also einen Raubkrieg, ohne die Massen und ohne eine Massenbegeisterung führen, jedoch haben die Völker kein objektives, eigenes Interesse an einem Krieg, der ganz offen nur der Akkumulation der Kapitale, vor allem das Finanzkapitals dient. Man muss den Massen also vorgaukeln, dass das alles nicht so schlimm werden wird und dass auch sie, die Massen, etwas davon haben würden.

Erstes Beispiel: der Erste Weltkrieg:

Das Attentat von Sarajewo durch den bosnisch-serbischen Nationalisten Gavrilo Principe vom 28. Juni 1914 bot einen willkommenen Anlass für Österreich-Ungarn, den Krieg zu beginnen. Das Deutsche Reich trat schnell auf deren Seite in den Krieg ein und die deutsche Sozialdemokratie trug mit ihrer Burgfriedenspolitik *„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“ (Hugo Haase, 4. August 1914)* ihren nicht ganz unwesentlichen Teil dazu bei, dass Deutschland schnell zur Kriegspartei wurde. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges taumelten die kriegsbeteiligten Völker mit der Perspektive in das Kriegsgetümmel hinein, zu Weihnachten wieder zu Hause zu sein.

Zweites Beispiel: Der Zweite Weltkrieg:

Das faschistische Blitzkriegs-Konzept sah laut Generalstabschef Franz Halder den vom bisherigen Kriegsglück geblendeten Hitler in 14 Tagen als Souverän über ein Sechstel der Erdoberfläche. An Stelle der Stadt Moskau sollte ein großer See angelegt werden. Die Wehrmacht hatte keine Winterbekleidung im Gepäck.

In der Politik sind die Menschen immer Opfer von Betrug und Selbstbetrug. Diese Aussage von Lenin aus dem Jahr 1913 (“Drei Quellen und drei Bestandteile des Sozialismus“) hat Gültigkeit bis zum Kommunismus, bis zum

Ende der imperialistischen Konkurrenz, bis zum Ende aller Politikvarianten, bis zum Ende der weltweiten Klassenkämpfe und bis zur "Erlösung der Menschheit", wie es Lenin Mitte 1915 ausdrückte. (Vergleiche Lenin, Über die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg, Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin, 1960,279).

Schlussfolgerung:

Zu Beginn eines imperialistischen Krieges wird die bürgerliche Propaganda den Krieg in ein mildes Licht tauchen, aber mit der Zunahme der Grausamkeiten, der massiven barbarischen Ausfälle der imperialistischen Soldateska wird eine schmerzhafte Gegenbewegung der sich vom bürgerlichen Offizierspack freisetzenden Soldatinnen und Soldaten entstehen - bis hin zum Bürgerkrieg[35]. Das wird nicht in allen Ländern zum Durchbruch kommen, obwohl der imperialistische Krieg ohne Zweifel einen universellen Charakter aufweist. Aber die Selbsttätigkeit der Massen setzt einiges voraus.

Revisionismus in der UdSSR und darüber hinaus: Chruschtschow und Gorbatschow

Heinz Ahlreip: Wir müssen unsere Geschichte begreifen

Schon Chruschtschow, der Einfädler des Revisionismus, hatte von einem friedlichen Übergang zum Sozialismus geschwärmt und diesen favorisiert mit der Begründung, die Arbeiterklasse könne im Parlament eine solide Mehrheit erringen, somit das Parlament umformen von einem Instrument der Interessen der bürgerlichen Klasse zu einem Instrument in den Diensten des werktätigen Volkes. Diese Worte Chruschtschows waren nun die Köder für gute, friedliebende Menschen. Es begann nach 1956 im sozialistischen Weltlager die Phase des Hereinfallens auf den Schein.

[35] Siehe die Oktoberrevolution in Russland oder die Novemberrevolution in Deutschland.

Die chinesischen Genossinnen und Genossen kritisierten damals sehr scharf, Chruschtschow habe die sozialistische Planwirtschaft untergraben, das Prinzip des kapitalistischen Profits eingeführt, die freie kapitalistische Konkurrenz entwickelt und das sozialistische Eigentum des Volkes zerstört.[36] Inzwischen sind sie aber selbst auf diesem Kurs, das Prinzip des kapitalistischen Profits walten zu lassen, die freie kapitalistische Konkurrenz zu entwickeln und das sozialistische Eigentum des Volkes zu zerstören.

Betrachten wir die Ära Gorbatschow: Er brachte es bis zur Meisterschaft der süßen Worte: Die gesamte Produktion des Landes solle den sozialen Bedürfnissen untergeordnet sein. Seine Diagnose der Breschnew-Ära, die er als Zeitalter der Stagnation denunzierte sollte gut klingen, er wollte den Eindruck eines Aufbruchs erwecken, und er sammelte rasch innerhalb und außerhalb der Sowjetunion Anhänger. Aber er war nichts anderes als ein sehr kluger Revisionist. Hinter seinen Phrasen verbarg sich die Konterrevolution.

Am 25. Februar 1986 erstattete er als Generalsekretär des Zentralkomitees auf dem 27. Parteitag der KPdSU den grundlegenden Bericht, der sich als historisch herausstellte, insofern er den sogenannten Reformprozess einleitete, der unter den Bezeichnungen Perestroika (Umbau) und Glasnost (Offenheit) rasch Furore machte. Dieser Umbau und diese so genannte Offenheit kündigten sich als tiefgreifende Reform an und endeten im Sieg der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Ludo Martens hat in seinem Buch “Die UdSSR und die samtene Konterrevolution“ die Wortakrobatik, die Gorbatschow elegant zu bemühen verstand, auseinandergenommen.

Gorbatschow hatte gefordert, den Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus und deshalb auch der marxistisch-leninistischen Partei zu verwerfen. Damit war alles offen, Hinz und Kunz konnten sich im Namen des Marxismus-Leninismus oder auch ohne denselben verbal austoben. Gorbatschow weiter: Dogmatismus und Scholastik müssen überwunden werden. Er versuchte, mit dem marxistisch-leninistischen Prinzip der Praxisdominanz aufzutrumpfen - besonders in den Wissenschaften, womit er deren beliebige Ziellosigkeit förderte. Er prangerte den Bürokratismus, der in seinen Augen in sich Tyrannei

[36] Vergleiche: „Die Debatte über die Generallinie“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, 1965, S. 451 (französische Ausgabe).

enthalte, an. Gemeint hat er etwas anderes: die Abschaffung der gesellschaftlichen Planung der Produktion und die Einführung so genannter marktwirtschaftlicher Elemente, also des Kapitalismus. Das galt damals als „fortschrittlich“, wer am Marxismus-Leninismus festhalten wollte, war ein „ewig Gestriger“.

Eine Anekdote am Rande: Egon Krenz fragte Gorbatschow per Fax, was es mit dem Gerücht auf sich habe, dass er an einer amerikanischen Universität in der Türkei als sein Ziel ausgegeben habe, den Kommunismus zu zerstören. Krenz bekam nie eine Antwort auf dieses Fax[37].

Dies alles vollzog sich bereits am Zerfallsende des Sozialismus in der Sowjetunion und damit auch in Osteuropa. Aber gehen wir zurück zum direkten Handeln Gorbatschows: Demokratie und breite Information gehörten zusammen, sagte Gorbatschow 1986. Das sei die Bedingung für die Entfaltung der Demokratie für Millionen von Arbeitern, Kolchosbauern und Intellektuellen. Welche Demokratie, welche Informationen und welche Propaganda im Interesse welcher Klasse, das wurde dabei nicht erörtert. Was für ein grandioser Betrug!

Kuba

Marxistischer Arbeitskreis, Tim Schoenmakers: Ergänzende theoretische und empirische Betrachtungen zu den aktuellen Entwicklungen der kubanischen Ökonomie

Das Kuba-Sonderheft 4-2026 hat die wesentlichen Entwicklungen des Transformationsprozesses der kubanischen Ökonomie von einer ehemals sozialistischen hin zu einer kapitalistischen Ökonomie in einer Chronik ausgehend der 90er Jahre dargestellt. Da es nach wie vor Unklarheiten über den Charakter der sich herausgebildeten kubanischen Bourgeoisie gibt, die sich in Teilen der linken Bewegung entweder in Totschweigen der gegenwärtigen Situation oder

[37] Siehe: youtube: Egon Krenz, Über Die DDR, Gorbatschow und 1989.

in hörigen Solidaritätserklärungen für Kuba ausdrücken, wollen wir die Entwicklungen in Kuba in kommenden Beiträgen weiter analysieren und verfolgen. Nachfolgend sollen zwei Aspekte zur Chronik ergänzt werden:

1. Schlussfolgerungen der kubanischen Konterrevolution für den Begriff des Sozialismus.

2. Grundsätzliches zur Logik des Imperialismus anhand von ergänzenden Daten zum kubanischen Kapitalexport.

1. Schlussfolgerungen der kubanischen Konterrevolution für den Begriff des Sozialismus

Ein weit verbreiteter begriffslogischer Fehlschluss ist es, Kategorien des Kapitalismus wie zum Beispiel die Warenproduktion, das Wertgesetz, den Tausch, den Markt, den Handel oder das Geld als zeitweilige Bestandteile des Sozialismus zu betrachten. So heißt es dann zum Beispiel: Es könne das Wertgesetz „im Sozialismus" geben, der Sozialismus könne es „ausnutzen".

Eine solche Aussage hat eine grundsätzlich konterrevolutionäre Funktion. Denn die Voraussetzung für das Wertgesetz ist immer die Warenproduktion. Diese basiert wiederum auf voneinander unabhängigen, also individuell vollzogenen Privatarbeiten. Der Sozialismus hingegen ist begriffslogisch als Aufhebung des Kapitalismus gefasst. Also basiert er auf der direkten unmittelbaren gesellschaftlichen Gebrauchswertproduktion mit zentraler Planung. Betrachte als triviales Beispiel die Kartoffelernte: Wird die eben geerntete Kartoffel getauscht? Dann ist die Kartoffel dem Wertgesetz unterworfen und wird somit kapitalistisch produziert. Wird die Kartoffel kostenlos und nach einem gemeinschaftlichen Plan zugeteilt? Dann folgt die Distribution der Kartoffel gesamtwirtschaftlichen Kriterien und sie ist somit sozialistisch produziert. Dieses Beispiel zeigt: sozialistische und kapitalistische Produktion schließen sich gegenseitig qualitativ aus. Es gibt hier keine Zwischenräume. Entweder die eine - oder die andere Produktionsweise. Das Wertgesetz kann somit nicht „im Sozialismus" existieren – weder kurz- noch langfristig. Es fehlt die materielle Grundlage.

Doch was wird dann mit einer solchen Aussage über das „Wertgesetz im Sozialismus" bezweckt? Nichts anderes als die Beseitigung der sozialistischen Ökonomie. In dem Moment, wo führende kubanische Vertreter begannen zu

behaupten, dass der Sozialismus *„den Markt berücksichtigen"*[38] müsse, ist das nicht einfach ein „Irrtum", sondern organisierter Klassenkampf gegen den Sozialismus. Mit der Behauptung des Wertgesetzes als „Bestandteil" des Sozialismus – was wie oben gesehen begriffslogisch falsch ist – wird seine Existenz verteidigt. Und überall dort, wo das Wertgesetz existiert, ist der Sozialismus bereits abgebaut. Die praktischen Folgen dieses theoretischen Bruchs mit dem Sozialismusbegriff haben wir im Sonderheft zur Chronik der kubanischen Konterrevolution gesehen. Die Politische Ökonomie des Sozialismus ist daher von sämtlichen kapitalistischen Kategorien und sei es auch „nur" das Arbeitszertifikat, was ein Gesellschaftsmitglied zum Lebensmittelbezug im Tausch für seine individuelle Verausgabung von Arbeit erhalten soll, zu reinigen. Und das so schnell wie möglich. Der Sozialismus bricht mit solchen Kategorien grundsätzlich und richtet die Produktion auf dessen geplante Zuteilung nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen aus.

2. Grundsätzliches zur Logik des Imperialismus anhand von ergänzenden Daten zum kubanischen Kapitalexport

Wie das Sonderheft gezeigt hat, ist der Transformationsprozess der kubanischen Ökonomie abgeschlossen. Kuba hat die kapitalistische Produktionsweise angenommen. Das wiederum bedeutet: Kuba ist ein imperialistischer Staat. Dazu nachfolgend ein paar Bemerkungen zur Logik des Imperialismus.

Solange ein Staat dem Wertgesetz unterworfen ist, herrschen alle aus dem Doppelcharakter der Ware entspringenden gesetzmäßigen Entwicklungen vor. Kurz zusammengefasst:

Ware (Gebrauchswert, Wert) – Wertformen – Geld – Warenzirkulation – Schatzbildung – Kapital – Mehrwertproduktion – Kapitalreproduktion und -akkumulation – Tendenzieller Fall der Profitrate – Monopolkapital/Imperialismus.

[38] jW, 24.07.2013, „Besseren Sozialismus durch mehr Sozialismus", Interview mit Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, das Interview führte André Scheer. Zitiert nach: offen-siv 4-2026, S. 44.

Diese Kette stellt die innere Logik des Wertgesetzes dar, die auch die Bewegung des sich selbst verwertenden Werts genannt wird. Wohlgemerkt handelt es sich um eine *Logik* und nicht etwa um einen historischen Abriss. Auch im Mittelalter oder früheren Zeitabschnitten richtete die Ware, sobald sie existierte, denselben gesetzmäßigen kapitalistischen Schaden an. Deshalb ist der Imperialismus nicht als ein historisches oder vergangenes Phänomen darstellbar, was lediglich Anfang des 20. Jahrhunderts vorherrschte. Der Imperialismus ist Monopolkapitalismus mit permanenter Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, des Kapitalexports und der permanenten Neuaufteilung der Welt. Er ist dabei ein logisches und gesetzmäßiges Stadium des Kapitalismus. Es kann somit keinen kapitalistischen Staat mit nicht-imperialistischem Charakter geben. Das Wertgesetz macht die kapitalistischen Staaten notwendig zu imperialistischen Playern auf dem Weltmarkt, selbstverständlich in unterschiedlichen Größenordnungen, aber das macht keinen qualitativen Unterschied.

Was bedeutet Kapitalexport? Das ist Kapitalakkumulation im Ausland über Zweigstellen, Aktien, usw. Wer Kapital in ein anderes Land exportiert, tut das, damit sich das Kapital dort verwertet. Also muss derjenige, der Kapital exportiert, sei es ein Privatbetrieb, eine Aktiengesellschaft, ein Firmenkonsortium oder was auch immer ein imperialistisches Interesse daran entwickeln, wie die Verwertungsbedingungen in dem Staat seiner Investition aussehen, sprich Lohnhöhen, evtl. Regelungen des so genannten „Arbeitsmarktes", selbstverständlich über die Stärke der Gewerkschaften, die Gesetzgebung, die Steuerhöhen, die Bedingungen des Kapitalverkehrs, die Umweltstandards und über sonstige Auflagen, also Zölle, Währungs- und Devisenverhältnisse usw.

Schauen wir uns dazu genauer die uns zur Verfügung stehenden Daten zum kubanischen Kapitalexport an.

Daten zum kubanischen Kapitalexport

Volksrepublik China (Biotech Pharmaceutical Co. & ChangHeber): Der kubanische Konzern BioCubaFarma betreibt in China Joint Ventures zur Mehrwertaneignung, wie die Biotech Pharmaceutical Co. Ltd (BPL) in Peking und Changchun Heber. Das kubanische Kapital verwertet sich hier direkt auf dem asiatischen Markt. Gegenseitige Investitionen und Finanzierungen belau-

fen sich in diesem biopharmazeutischen Sektor auf Projekte im Wert von rund 200 Millionen US-Dollar.[39]

Großbritannien (BioFarma Innovations): Im August 2020 gründete BioCubaFarma zusammen mit der britischen SG Innovations Ltd das Joint Venture „BioFarma Innovations“ mit Sitz in Großbritannien.[40] Ziel ist die Kommerzialisierung patentgeschützter Produkte und die Generierung von Monopolrenten im hochentwickelten europäischen Markt.

Vietnam (BCF S.A.): Zur Marktdurchdringung in Südostasien schloss eine Tochtergesellschaft von BioCubaFarma (BCF S.A.) ein Joint Venture mit der vietnamesischen Genfarma Holdings ab.[41]

Wenn nun Kuba z.B. über Biotech Pharmaceutical Co. Ltd (BPL) Kapital nach China exportiert, beutet es nicht mehr nur die Arbeiterklasse bei sich aus, sondern nun auch in fremden Ländern. Gleichzeitig beeinflusst Kuba die Entwicklung der chinesischen Ökonomie. Dieses Beispiel zeigt eindeutig: Die Tendenz zum imperialistischen Agieren ist zwangsmäßig mit dem Wertgesetz verknüpft. Das Kapital muss sich immer auch außerhalb seiner nationalstaatlichen Grenzen verwerten, damit es die günstigsten Verwertungsbedingungen hat. Die Logik des Imperialismus gilt also unabhängig von den Ausmaßen der erfolgreichen Kapitalverwertung und besteht auch bei ökonomisch schwächeren Staaten wie beispielsweise Kongo, Burundi, Palästina oder eben Kuba.

Marxistischer Arbeitskreis, Tim Schoenmakers: Anhang:

Wir bringen hier die drei Meldungen, die der obigen Zusammenfassung über den Kapitalexport Kubas zugrunde liegen, im Originaltext, übersetzt ins Deutsche. Die drei Abkommen wurden im Zeitraum zwischen Mai und August 2026 getroffen.

---

[39] Vgl.: https://ensaiosclinicos.gov.br/news/335

[40] Vgl.: https://misiones.cubaminrex.cu/en/articulo/biofarma-innovations-new-joint-en-terprise-created-biocuba farma-and-sg-innovations-limited-0

[41] Vgl.: https://cubaminrex.cu/en/cuba-and-vietnam-set-biopharmaceutical-joint-venture

Kuba und China bauen Biotechnologie-Partnerschaft mit neuem Forschungsinstitut aus.

Die Eröffnung des Biopharmazeutischen Forschungsinstituts, das Ergebnis des Joint Ventures Biotech Pharmaceutical zwischen Kuba und China, wurde vom kubanischen Vizepremier Eduardo Martínez Díaz als Meilenstein für die gemeinsame Forschung beider Länder bezeichnet. Ziel der Initiative ist die Entwicklung innovativer Immuntherapien gegen Krebs sowie neurodegenerative und Autoimmunerkrankungen, die chinesische Technologie und kubanisches wissenschaftliches Fachwissen kombinieren.

Bei einem Besuch der Einrichtungen gab Martínez Díaz bekannt, dass Kuba vom asiatischen Land Unterstützung in Höhe von rund 200 Millionen US-Dollar erhalten habe. Die Mittel wurden hauptsächlich für den Kauf von Rohstoffen verwendet, die für die Herstellung von Medikamenten auf der Insel bestimmt waren, sowie zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten.

Gemeinsame Produktion und kontinuierliche Innovation

Nach Angaben des stellvertretenden Premierministers stellen in China bereits mehr als zehn Produktionseinheiten —einige in chinesischem Besitz, andere gemischt— Genprodukte her, die in der kubanischen Grundmedikamentenlinie verwendet werden. Darüber hinaus wurden neue Kooperationsfelder in den Bereichen Abfallwirtschaft, Telekommunikation und Telemedizin eröffnet. In der nächsten Phase der Partnerschaft ist die Installation des ersten digitalen Krankenhauses Kubas geplant.

Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez, der die Anlage in Peking ebenfalls besuchte, lobte die Leistung von Biotech Pharmaceutical. “Dies ist ein Unternehmen, das nie aufhört, das ständig innovativ ist, das immer Ergebnisse erzielt”, erklärte er.

Wachstum und Neuinvestitionen

Der chinesische Direktor des Joint Ventures, Bai Xianhong, stellte fest, dass sich der Umsatz des Unternehmens seit 2015 trotz starker Konkurrenz auf dem chinesischen biopharmazeutischen Markt fast vervierfacht habe. Er kündigte außerdem an, dass neue Investitionen die Produktionskapazität verdreifachen und jährlich 4 Millionen Flaschen erreichen sollten.

Biotech Pharmaceutical vertreibt bereits innovative kubanische Medikamente an rund 2.000 chinesische Krankenhäuser. Zu den Höhepunkten der klinischen Forschung zählen Nimotuzumab bei verschiedenen Krebsarten, Itolizumab beim akuten Atemnotsyndrom und CIMAVax zur Behandlung von Lungenkrebs. Ein weiterer Fortschritt ist die Entwicklung des jy09-Proteins für Typ-2-Diabetes.

Gesundheit und Diplomatie im Einklang

Für Mayda Mauri Pérez, Präsidentin der Unternehmensgruppe BioCubaFarma, stellt Biotech Pharmaceutical ein Modell bilateraler Zusammenarbeit dar, das den Menschen in Kuba und China direkt zu Gute kommt.

Díaz-Canel bekräftigte, dass die nächste Herausforderung darin bestehe, die Exporte auf andere Märkte auszuweiten, darunter ASEAN, die Eurasische Wirtschaftsunion sowie Länder in Lateinamerika, der Karibik und Afrika.

“Wir müssen groß denken. Diese Partnerschaft stärke nicht nur unsere Gesundheitssysteme, sondern eröffne Kuba auch den Raum, neue Nischen auf dem wettbewerbsintensiven globalen Biopharma-Markt zu besetzen”, erklärte der Präsident.

HTTPS://VERMELHO.ORG.BR/TAG/BIOFARMACEUTICA/,
HTTPS://VERMELHO.ORG.BR/TAG/CHINA/
HTTPS://VERMELHO.ORG.BR/TAG/CIENCIA/,
HTTPS://VERMELHO.ORG.BR/TAG/CUBA-2/

BioFarma Innovations, ein neues Gemeinschaftsunternehmen, das von BioCubaFarma und SG Innovations Limited gegründet wurde

Die kubanische BioCubaFarma Enterprise Group und das britische Unternehmen SG Innovations Limited haben die Gründung eines neuen Unternehmens namens BioFarma Innovations angekündigt, dessen Schwerpunkt auf der Beschleunigung der Entwicklung neuer Medikamente und ihres Vertriebs in Europa und dem britischen Commonwealth liegt, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die Granma zur Verfügung gestellt wurde.

Ziel der neuen Partnerschaft ist es, einen breiteren Zugang zum patentgeschützten Portfolio biopharmazeutischer Produkte von BioCubaFarma zu er-

möglichen, das von der Pharma- und Biotechnologieindustrie in Kuba entwickelt wurde.

Angesichts der globalen Krise und der Bedrohungen für die öffentlichen Gesundheitssysteme wird BioFarma Innovations seine Vertriebsnetze ausbauen und den weltweiten Zugang zu kubanischen Produkten verbessern, darunter auch zu Produkten, die zur Bekämpfung von COVID-19 eingesetzt werden.

Klinische Studien mehrerer von BioCubaFarma entwickelter Produkte zur Behandlung des neuen Coronavirus haben in mehreren Ländern vielversprechende Ergebnisse gezeigt.

Der strategische Ansatz von BioFarma Innovations basiert auf der Entwicklung und Vermarktung eines Portfolios patentierter biopharmazeutischer Produkte in Europa und dem Commonwealth, der Bereitstellung eines weltweiten Zugangs zum Fachwissen von BioCubaFarma und der Förderung von Investitionen in die Entwicklung neuer Produkte, einschließlich klinischer Studien und der Einführung neuer Medikamente.

BioFarma Innovations wird seinen Sitz in Großbritannien haben und Lord David Triesman, der die Rolle des CEO des neuen Unternehmens übernehmen wird, verfügt über mehr als 40 Jahre Erfahrung beim National Health Service.

Dr. Eduardo Martínez Díaz, Präsident von BioCubaFarma, kommentierte die neue Partnerschaft wie folgt: “Im Einklang mit unserer Mission, der öffentlichen Gesundheit Priorität einzuräumen, bieten wir einen dynamischen, offenen Ansatz für die Zusammenarbeit mit globalen Pharmaunternehmen und öffentlichen Gesundheitsbehörden in ganz Europa und dem Commonwealth, der von der Lizenzierung bis hin zu gemeinsamen Entwicklungs- und Forschungsvereinbarungen reicht.”

(www.dviajeros.mittrans.grb.cu/inicio)

Havanna, 20. Mai 2025 – Kuba und Vietnam haben am Montag ein Abkommen unterzeichnet, mit dem ein Joint Venture zwischen der

kubanischen BCF SA, einer Tochtergesellschaft von BioCubaFarma, und dem vietnamesischen Unternehmen Genfarma Holdings gegründet wird.

Die Unterzeichnung erfolgte in Anwesenheit von Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Präsident von Kuba, und Do Xuan Tuyen, stellvertretender Gesundheitsminister von Vietnam. Der Veranstaltung ging ein Treffen der beiden Staatschefs voraus, bei dem Díaz-Canel betonte, dass die Gründung des Unternehmens einen bedeutenden Erfolg im Bereich der Geschäfts- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern darstelle.

Bei der Unterzeichnung des Abkommens erklärte Mayda Mauri Pérez, die Geschäftsführerin von BioCubaFarma, dass sich das Joint Venture auf den Transfer kubanischer Technologien für biologische und pharmazeutische Produkte sowie auf die Förderung von Forschung und Entwicklung biologischer Produkte und innovativer Medikamente in Vietnam konzentrieren werde.

Sie sagte außerdem, dass die Partnerschaft den Export von in Kuba hergestellten Waren ermöglichen würde mit dem Ziel, Einnahmen zu generieren, die für die Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln für die kubanische Bevölkerung verwendet werden könnten. Daher liegt es im besten Interesse beider Parteien, dass das Unternehmen global präsent ist und in verschiedene Länder in Asien und darüber hinaus exportiert.

Darüber hinaus betonte sie, dass die Unterzeichnung dieser Dokumente den Beginn einer neuen Phase in der gemeinsamen Entwicklung von Projekten auf den Gebieten der Biotechnologie und der Pharmazie markiert.

(Cubaminrex-Radio Habana Kuba)

Deutsches Büro zur Förderung von Außenhandel und Investitionen in Kuba: Reformpaket: Außenhandel und ausländische Investitionen im Fokus

Im Rahmen des tiefgreifenden Umbaus seiner Wirtschaft misst die kubanische Regierung dem Außenhandel und ausländischen Investitionen „besondere Bedeutung“ bei. Das betonten die stellvertretenden Minister für Außenhandel

und Auslandsinvestitionen, Carlos Jorge Méndez und Déborah Rivas Saavedra, im kubanischen Fernsehen.

Ausländische Investitionen seien nicht länger nur eine Ergänzung, sondern müssten eine tragende Säule der kubanischen Wirtschaft sein, erklärte Méndez. Zudem sei die Beteiligung von im Ausland lebenden Kubanern, die den Privatsektor unterstützen können, dabei unerlässlich. Das im Juni verabschiedete 176-Punkte-Reformpaket zum Umbau der Wirtschaft habe das Hauptziel, alle Ressourcen des Landes für die Generierung von Einkommen, Devisen und Entwicklung nutzbar zu machen. Um dies zu erreichen, müsse das Land attraktivere Bedingungen für ausländische Investoren schaffen. Dies umfasse sowohl Infrastrukturverbesserungen als auch die Anpassung des Rechtsrahmens, sagte Méndez.

Zahlreiche Veränderungen

Zu den Neuerungen gehören die Zulassung von privatem und ausländischem Kapital an privaten Unternehmen und Genossenschaften, die Erlaubnis für private Akteure, Außenhandel zu betreiben, sowie die Möglichkeit für ausländische Unternehmen, Personal direkt einzustellen, ohne eine staatliche Arbeitsvermittlung nutzen zu müssen. Auch können kubanische Unternehmen oder Firmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung künftig Bankkonten im Ausland eröffnen und ausländische Investoren dürfen frei über ihre Deviseneinnahmen verfügen sowie direkt auf den Devisenmarkt zugreifen.

Ausländisches Kapital soll am Erhalt von Immobilien in denkmalgeschützten Gebieten, wie etwa der Altstadt von Havanna, beteiligt werden; vorgesehen ist zudem eine Verlängerung der Laufzeit für die Gewährung von Baurechten (Oberflächenrechten) auf bis zu 90 Jahre und von Nießbrauchsrechten auf über 50 Jahre für ausländische Investoren – stets unter dem Grundsatz, dass Kuba nicht das Eigentum am Land aufgibt, sondern lediglich Nutzungsrechte einräumt. Eine weitere Neuerung ist die Genehmigung für im Land ansässige Niederlassungen ausländischer Unternehmen, Außenhandelsgeschäfte zu tätigen – eine Tätigkeit, die zuvor untersagt war.

Gestraffte Verfahren

Die Genehmigungsverfahren für ausländische Direktinvestitionen sollen durch geringere Dokumentationsanforderungen und kürzere Bearbeitungszeiten gestrafft werden, sagte Méndez. Darüber hinaus habe das Außenhandelsministerium im Sinne des Ziels, Bürokratie abzubauen, ein flexibles operatives System entwickelt, erläuterte seine Kollegin Rivas Saavedra. Dieses System umfasst unter anderem die Einrichtung einer spezialisierten Arbeitsgruppe, die für die tägliche Nachverfolgung und regelmäßige Berichterstattung an die Regierung zuständig ist. Die „One-Stop-Shop"-Verfahren für ausländische Investitionen und Außenhandel (auf Spanisch: Ventanilla Única de Inversión Extranjera y la de Comercio Exterior) sollten voraussichtlich Ende Juli bzw. Anfang August (dieses Jahres, d. Red) mit der Annahme und Bearbeitung von Anträgen beginnen.

„Wir werden einen sehr dynamischen Prozess für die Bearbeitung und Nachverfolgung etablieren, um eine rasche Umsetzung zu gewährleisten und dem Bedarf des Landes an einem günstigen Investitions- und Geschäftsklima gerecht zu werden", unterstrich Rivas Saavedra. Beziehungen zu strategischen Partnern sowie zu Ländern, die eine größere wirtschaftliche Komplementarität bieten, würden bevorzugt behandelt, so die Vizeministerin.

Ein Blick auf die Geschichte Italiens

Gerhard Feldbauer: Vor 110 Jahren wurde der spätere christdemokratische Parteiführer Italiens, Aldo Moro, geboren

In den 1970er Jahren schloss er mit PCI-Generalsekretär Enrico Berlinguer gegen die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung ein „Compromesso storico" genanntes Bündnis der Regierungszusammenarbeit

Lehren und Erfahrungen für die deutsche Gegenwart

Am 16. September 1916 wurde der spätere Führer der Christdemokratischen Partei Italiens (Democrazia Cristiana – DC) Aldo Moro geboren. In den 1970er Jahren schloss er mit PCI-Generalsekretär Enrico Berlinguer das „Compromesso storico" genannte Regierungsbündnis, um der drohenden Gefahr einer Machtübernahme durch die Faschisten Einhalt zu gebieten. Angesichts der von der faschistischen Alternative für Deutschland (AfD) nach den Wahlsiegen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wachsenden Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wäre es angebracht gewesen, einmal Lehren und Erfahrungen des Zusammengehens Aldo Moros mit Berlinguer und ihres Scheiterns darzulegen. In deutschen linken Medien war dazu jedoch nichts zu finden, Ich war während meiner Zeit als Korrespondent für „ADN", die Nachrichtenagentur der DDR, und die Zeitung „Neues Deutschland" in Rom von 1973 bis 79 Zeitzeuge der Ereignisse und melde mich als solcher zu Wort.

An die gespenstigen Szenen, die ich auf dem Parteitag der faschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) Mitte Januar 1977 erlebte, erinnere ich mich noch heute. In dem düsteren Kongresssaal des luxuriösen Midas-Hotels in Rom hatten sich rund 1.200 Faschisten des MSI versammelt. Vor dem Parteisymbol, einem schwarzen Sarg, über dem eine Flamme in den Farben der italienischen Trikolore aufstieg, hatte die MSI-Führung mit Giorgio Almirante und Pino Rauti an der Spitze an einem mit schwarzem Tuch überzogenen langen Tisch Platz genommen. Die Flamme sollte – so die Interpretation – symbolisieren, dass Mussolinis Seele aus dem Sarg emporsteigt, um seine Nachfolger zu ermutigen. Als Almirante sich in wüsten antikommunistischen Ausfällen erging und den Vorsitzenden der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, als Philokommunisten, der das Land den Roten ausliefere, diffamierte, schien in der Tat der Geist Mussolinis über dem Saal zu schweben. Während Almirante Pinochet feierte, [42] brachen die Teilnehmer in frenetischen Beifall aus, sprangen von den Plätzen, rissen den rechten Arm zum Führergruß empor, schrien Eja, eja, alala, den dem deutschen

[42] Pinochet hatte in einem Militärputsch in Chile im September 1973 den sozialistischen Präsidenten Allende, der dabei ums Leben kam, gestürzt und ein faschistisches Regime errichtet.

Hipp Hipp Hurra vergleichbaren Schlachtruf, mit dem sich Mussolini einst begrüßen ließ, und skandierten »Pinochet, Pinochet«.

Es dauerte Minuten, bis die Menge innehielt und Almirante, immer wieder von tosendem Beifall unterbrochen, weitersprach. Der neue „Duce“ forderte eine „chilenische Lösung“ für Italien und rief zum Studium der Erfahrungen Pinochets auf.

Beim MSI handelte es sich um die schon im Dezember 1946 als Nachfolger der verbotenen Nationalen Faschistischen Partei Mussolinis gegründeten Partei, zu der Almirante als ihr Führer gewählt wurde. Almirante hatte als Staatssekretär des „Duce“ einen Genickschusserlass gegen Partisanen und Widerstandskämpfer unterzeichnet. Pino Rauti, die Nummer Zwei der Bewegung und Chef der nach SS-Vorbild aufgebauten Terrororganisation „Ordine Nuovo“[43] und überhaupt aller schwarzen Terrorbanden, verlangte, die politische und wirtschaftliche Krise „zum Sturz der Regierung“ und „zur Erhebung gegen das Regime“ zu nutzen.

Das Massenelend in Süditalien, die Ausweglosigkeit der Arbeitslosen und das Schicksal der perspektivlosen Jugendlichen sollten als „Pulverfass“ dienen, „in das man ein Streichholz werfen“ müsse. Er erinnerte an die Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen 1969 in Reggio di Calabria, die einem faschistischen Putsch des Kriegsverbrechers Valerio Borghese den Weg bereiten sollten. Damals „konnten wir früh, mittags und abends in aller Ruhe jeden umbringen“, führte er unter erneuten Beifallsstürmen aus und fügte hinzu, „solche Beispiele müssen wiederholt werden“. In seinem Schlusswort erteilte Almirante Pressestimmen, die solche Ausführungen als „Übertreibungen“ verharmlosten, eine klare Absage. „Wir haben nicht gescherzt, und wir werden auch in Zukunft nicht scherzen.“[44]

Nach „chilenischem Vorbild“

[43] In demagogischer Weise führte die „Neue Ordnung“ den Namen der von Antonio-Gramsci 1919 geschaffenen kommunistischen Organisation und Zeitung, des Vorläufers der IKP-Gründung.

[44] *„MSI-Treffen entwarf eine faschistische Strategie. Ehemaliger Staatssekretär des `Duce´ forderte `chilenische Lösung´.“* Beitrag des Autors im „ND“, 25. Januar 1977.

Bereits Ende 1973 und nochmals 1974 hatten Armee- und Geheimdienstkreise zusammen mit der CIA, der NATO und den MSI-Faschisten versucht, ein Regime nach „chilenischem Vorbild“ zu installieren. Antifaschistische und demokratische Kräfte enthüllten die Pläne, bevor sie in Gang gesetzt werden konnten. Unter den Putschisten befanden sich 15 Generäle und Dutzende weitere hohe Offiziere, darunter fünf Geheimdienstgeneräle mit dem Chef des Servizio Informazioni Difesa (SID), Vitorio Miceli, an der Spitze. Miceli wurde beschuldigt, „eine Geheimorganisation von Militär und Zivilpersonen mit dem Ziel gegründet zu haben, einen bewaffneten Staatsstreich auszulösen“, um „die Beseitigung der gegenwärtigen Staatsordnung und der Regierung Italiens unter Verwendung eines Teils der Streitkräfte“ herbeizuführen.[45]

PCI mit 34,4 % stärkste Partei

In den 1960er und 1970er Jahren waren die Stimmen der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) von Wahl zu Wahl kontinuierlich angestiegen: Von 22,7 Prozent 1958 stiegen sie bei der Wahl vom 21./22. Juni 1976 auf 34,4 Prozent in der Abgeordnetenkammer und 33,8 Prozent im Senat. Die der DC lagen in der Kammer mit 28,7 Prozent sogar hinter denen der Kommunisten. Nur im Senat behaupteten sie mit 38,9 Prozent noch einen Vorsprung.

Nach den Wahlen schlug Berlinguer (PCI) Moro (DC) vor, gegen die faschistische Gefahr einen „Historischen Kompromiss“ zu schließen, ein Bündnis auf Regierungseben. Moro stimmte zu. Für die Verhandlungen befand sich die IKP in einer starken Position. Als zweitstärkste Fraktion belegte sie in der Abgeordnetenkammer 227 Sitze und stellte den Präsidenten, im Senat den Stellvertreter. Sieben Kommunisten leiteten Parlamentsausschüsse. In den Regionen beteiligte sich die Partei an fast der Hälfte der Regierungen. In allen Großstädten von Mailand über Rom bis nach Neapel war sie die stärkste Fraktion in den Stadtparlamenten und regierte mit den Sozialisten zusammen. In 1.362 von 8.068 Städten stellte sie den Bürgermeister. Die Vertretung der IKP und der ISP auf der Ebene von den Gemeinden bis zu den Landesparlamenten entsprach 52,8 % der Wähler.[46]

[45] „Paese Sera“, Rom, 1. Nov. 1974.

[46] Almanacco PCI, Rom 1976, S. 30.

Moro war als führender Repräsentant des linken Flügels der Democrazia Christiana (DC) bekannt. In Moros Bewusstsein hatte sich das gesamtnationale Handeln während der Resistenza tief niedergeschlagen. Oberstes Gebot war für ihn, durch den Ausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen in seiner Partei deren einheitliches Handeln zu gewährleisten. Während seiner Regierungszeit und als DC-Vorsitzender ging es ihm darum, seiner Partei und damit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem eine stabile Regierungsmehrheit zu verschaffen. Das hielt er nur durch die Einbeziehung zunächst der Sozialisten und später der Kommunisten für möglich.[47]

Gegner der NATO

Als Gegner der NATO hatte er im März 1949 demonstrativ nicht an der Parlamentssitzung teilgenommen, die den Beitritt beschloss. De Gasperi schloss ihn deswegen aus dem Kabinett aus. Während De Gasperi nach der schweren Wahlniederlage 1953 abdanken musste, kehrte Moro in die Politik zurück und 1955 in die Regierung. Als er 1963 den ersten Auftrag zur Regierungsbildung erhielt, setzte er die erste apertura à sinistra (Öffnung nach Links) durch und nahm die1947 von De Gasperi aus der Regierung vertriebenen Sozialisten wieder in das Kabinett. Als die Parlamentswahlen 1976 die DC erneut in eine schwere Krise stürzten, begann Moro die Kommunisten in die Regierungszusammenarbeit einzubeziehen. Gegen die von 12,6 Millionen Italienern gewählte IKP konnte das Land, so Moros Meinung, nicht mehr regiert werden.[48]

Moro ging von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Basis der Regierungszusammenarbeit aus, für die er soziale und ökonomische Reformen für erforderlich hielt. In seinen Aufzeichnungen, die er im „Volksgefängnis“ der Roten Brigaden niederschrieb, ging er später so weit, ernste Zweifel an der Lebensfähigkeit des von der DC verwalteten Gesellschaftssystems zu äußern und sagte, „das Regime korrumpiert sich mehr und mehr und frisst sich selbst auf“, während er gleichzeitig den Kommunisten den Willen nach „Klarheit und Sauberkeit“ bestätigte, der „nicht mehr durch die Democrazia Cristiana

[47] Moro: Scritti e Discorsi, Rom 1990, S. 458 f., Felice La Rocca: Eredita perduta, Aldo Moro e la Crisi italiana, Catanzaro 2001, S. 23 ff.

[48] Moro, “La Repubblica”, 14. Okt. 1978, S. 3160

blockiert werden kann.“[49] Wie in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik war Moro auch in der Innenpolitik ein entschiedener Gegner der massiven Einmischung Washingtons in die italienischen Angelegenheiten und trat für die Wiederherstellung der nach 1945 verlorengegangenen nationalen Souveränität ein. Eine seiner gemeinsamen Interessenlinien mit Berlinguer war, die italienischen Entscheidungen in der IKP unabhängig von Moskau zu treffen, und die in der DC und damit in der italienischen Politik unabhängig von Washington.[50]

„Eine regelrechte Mordhetze“

Moros zweite Öffnung nach links stieß in den USA auf unvergleichlich stärkeren Widerstand als die erste gegenüber den Sozialisten. Er war erbitterten Angriffen ausgesetzt, die immer öfter in einer regelrechten Mordhetze gipfelten. Während er sich 1974 als Außenminister in Begleitung Staatspräsident Giovanni Leones in Washington befand, wurde offen gedroht, „Italien in ein zweites Chile“ zu verwandeln. Präsident Gerald Ford verteidigte die Rolle der USA beim Militärputsch Pinochets, dessen Diktatur die Faschisten in Rom als „Vorbild für Italien“ feierten. „Wir haben dort getan, was die Vereinigten Staaten tun, um ihre Interessen im Ausland zu verteidigen“, erklärte Ford. Außenminister Kissinger rechtfertigte zur gleichen Zeit vor dem Kongress die Maßnahmen zur Verhinderung der „Beteiligung der Kommunisten an der Machtausübung in Italien oder anderen Ländern Westeuropas“.[51]

Moros Frau Eleonore sagte während der parlamentarischen Untersuchung zum Mord an ihrem Mann aus, dass ihm in Washington gedroht worden war, wenn er seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht aufgebe, werde er es „teuer bezahlen“. Ein hoher Beamter habe in Anspielung auf die Ermordung John F. Kennedys gedroht, dass es sonst „eine Jaqueline in der Zukunft

[49] Gino Doni: Mein Blut komme über Euch. Moro oder die Staatsraison, München 1978. Fransceso Biscione (Hg): Il Memoriale di Aldo Moro rivenuto in Via Monte Nevoso a Milano, Rom 1993.

[50] La Rocca, S. 37 ff. , “Espresso”, 6. Sept. 1978.

[51] Sergio Flamigni: La Tela del Ragno. Il Delito Moro, Mailand 1993, S. 11 f., “Unita”, 28. Sept. 1974.

(Italiens) geben“ werde.[52] Kissinger äußerte nach der Abreise der Italiener unmissverständlich, dass die CIA „Realitäten zu schaffen“ habe. Deren früherer Vize-Direktor und Leiter des zum Geheimdienst gehörenden „Center of Strategic and International Studies“, Ray Cline, bekräftigt in der „New York Times“, dass die „Situation in Italien durch die Geheimaktivitäten der CIA gelöst werden wird“. Wie später ans Licht kam, war eine Tagung des Instituts im April 1976 sich einig, dass es höchste Zeit sei, „entschiedener in Italien einzugreifen“, um einen Regierungseintritt der Kommunisten zu verhindern.[53]

Der „Allende Italiens“

Kissinger verschärfte seine Angriffe auf Moro, wertete dessen Politik als „äußerst negativ“, nannte ihn den „Allende Italiens“, der „Italien in kommunistische Abhängigkeit“ steuere. Immer öfter war gezielt von Italien als einem „zweiten Chile“ die Rede. Kissingers Botschafter in Rom, John Volpe, bezeichnete eine Regierungsbeteiligung der IKP „in grundsätzlichem Widerspruch zur NATO“ stehend. Volpes Nachfolger, Richard Gardner, nannte Moro noch nach dessen Entführung den „gefährlichsten Politiker Italiens“.[54]

PCI zerstritten

Die PCI war jedoch in der Haltung zur Regierungszusammenarbeit mit der DC zerstritten. Durch den Wahlerfolg erhielt die Anfang der 70er Jahre in der Partei entstandene sozialdemokratische Strömung Auftrieb und gewann Einfluss auf die Gestaltung des Historischen Kompromisses. Ihre politisch-ideologische Grundlage bildete der sogenannte Eurokommunismus.

Diese als revisionistisch eingeschätzte Strömung entstand in einigen KPs der westlichen Länder (vor allem Italiens, Spaniens, Frankreichs, der Linkspartei Kommunisten Schwedens).

Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carillo kaum über Deklarationen hinauskam und der PCF unter Georges Marchais zunehmend wieder auf Distanz ging, gewann sie in der PCI an Boden und ihre

---

[52] “Osservatore Politico”, Rom, 13. Sept. 1975; Flamigni, S. 112.

[53] Regine Igel: Andreotti -Politik zwischen Geheimdienst und Mafia, München 1997, S. 155, 136.

[54] Flamigni, S. 114 ff.

Anhänger traten für die Anerkennung der kapitalistischen „Marktwirtschaft“ und der Spielregeln des bürgerlichen Staatsmodells ein, das sie durch „demokratische Transformationen“ verändern wollten. Sie waren für einen „italienischen Weg zum Sozialismus“, für den die NATO „unter bestimmten Voraussetzungen“ ein „Schutzschild“ sein sollte.[55] Berlinguer setzte dagegen auf die kämpferische Basis der Partie, versuchte, die reformistische Strömung unter Kontrolle zu halten und wäre diesen Weg, wie Giorio Galli in seiner „Storia del PCI“, Mailand 1976, einschätzte, nie gegangen. [56]

Genau in dem Augenblick, da Moro und Berlinguer ihren Historischen Kompromiss verwirklichen wollten, wurde das in Washington seit langem geplante Komplott gegen den DC-Vorsitzenden eingeleitet. An seiner Inszenierung und Ausführung wirkten Politiker mit wie USA-Außenminister Kissinger, der italienische Ministerpräsident Andreotti, die CIA und die NATO-Geheimtruppe Gladio, außerdem italienische Geheimdienst- und Armeekreisen in Komplizenschaft mit den Faschisten des Landes. [57] Als Werkzeug dazu ließen sich die von Polizei und Geheimdienst-Agenten unterwanderten und entsprechend manipulierten linksextremen „brigate rosse“ (BR) missbrauchen. Am 16. März 1978, dem Tag der Amtseinführung der Regierung des „historischen Kompromisses“ entführte ein BR-Kommando, flankiert von wenigstens einem hochqualifizierten Militärspezialisten Moro und ermordete ihn 55 Tage später.[58] Andreotti lehnte von den Entführern geforderte Verhandlungen - bis dahin immer geführt und auch danach wieder gängige Praxis - ab und lieferte seinen Partei-Vorsitzenden dem sicheren Tod aus.

Wichtige Dokumente über Moro werden bis heute nicht freigegeben, so dass auch nicht eingeschätzt werden kann, ob es den Tatsachen entspricht, dass ihm eine Finnlandisierung Italiens vorschwebte, er Moskau den Austritt Po-

---

55 ? “Corriere della Séra”, 15. Juni 1976;

56 Giorgio Galli, “Storia dell PCI”, Mailand 1973, S. 266 f.

57 Gerardo Serravalle, “Gladio”, Rom 1991.

58 ? Sergio Flamigni, S. 41. Neue Beweise dazu legte die PRC-Zeitung „la Liberazione“ in einem Beitrag „Der Oberst des SISMI in der Via Fani“ (Ort der Entführung Moros) am 14. Mai 2002 vor. In einer weiteren, am 12. März 2003 veröffentlichten Recherche „Der Fall Moro - die Aufdeckung der Wahrheit“ wurde u. a. die Beteiligung von Gladio am Komplott gegen Moro nachgewiesen.

lens aus dem Warschauer Vertrag vorgeschlagen habe, als Gegenleistung Italiens Austritt aus der NATO bewerkstelligen wollte. [59]

Fest steht, dass er für realisierbar hielt, Blockkonfrontation und internationale Spannungen abzubauen, für Rüstungsbegrenzung und friedliche Koexistenz einzutreten. Deshalb favorisierte er die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR, wie sie Agnelli mit seinem FIAT-Konzern betrieb, und trat für eine politische Annäherung an Moskau ein. Wie in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik war Moro auch in der Innenpolitik ein entschiedener Gegner der massiven Einmischung Washingtons in die italienischen Angelegenheiten und trat für die Wiederherstellung der nach 1945 verlorengegangenen nationalen Souveränität ein. Eine seiner gemeinsamen Interessenlinien mit Berlinguer war, die italienischen Entscheidungen in der IKP unabhängig von Moskau zu treffen - und die Entscheidungen in der DC und damit in der italienischen Politik unabhängig von Washington.[60]

Seitens der IKP sah Moro, ausgehend von deren ideologischen Wandlungen und der Abkehr von Moskau, keine Gefahr einer „kommunistischen Machtergreifung“ oder einer kommunistisch dominierten Linksregierung. Gleichzeitig hoffte er, dass ähnlich wie vorher bei der ISP, ihre in den Massen wurzelnde Überlegenheit abnehmen und sich das in einem Wählerrückgang niederschlagen werde, was seiner Partei zu Gute kommen sollte. In einem Interview für „La Repubblica“ verdeutlichte er am 18. Februar 1978 indessen, das Ziel könne nicht darin bestehen, die IKP als politischen Faktor auszuschalten und wies damit Spekulationen auch im linken Flügel seiner eigenen Partei zurück. Mit großer Rationalität plädierte Moro dafür, die IKP solle ihre „ideologische Herkunft“ nicht zu sehr verleugnen, womit er nachgerade vor ihrer zu starken Sozialdemokratisierung warnte. Er ging davon aus, dass zwei Dinge geschehen könnten: „Ein beträchtlicher Teil ihrer Anhänger würde sie verlassen oder sie würde - mehr oder weniger - ihre jetzige Stärke behalten. Im ersten Fall wäre sie nicht eine wirkliche Alternative zur DC, im zweiten Fall würde sie

[59] Diese Fragen wurden auch auf einer Konferenz der ARCI zu „Politik und Terrorismus in Italien“ im September 2002 (an welcher der Autor mit einem Ko-Referat teilnahm) erörtert. Siehe “24 Ore”; Per lo Storico Feldbauer IServizi avevano degli infiltrati anche nelle BR,15. Settembre 2002, “junge Welt”, 28./29. Sept. 2002.

[60] La Rocca, S. 37ff, “Espresso”, 6. Sept. 1978.

auch weiterhin trotz aller ideologischen Revisionen, nicht allein ein westeuropäisches NATO-Land regieren können. (...) Aber mit uns und anderen (...) an der Regierung - das ist möglich, sogar notwendig.“ Moro räumte offen ein, dass die DC allein das Land nicht mehr „halten“ könne und betonte: „Wir müssen dafür sorgen, dass sich die IKP während dieses langsamen Annäherungsmarsches nicht zu sehr schwächt, aber vor allem müssen wir uns darum kümmern, dass die DC nicht zu schwach wird“.[61]

Gerhard Feldbauer schrieb in „offensiv“ die Kriminalgeschichte nach Tatsachen „Die Recherchen des Commissario Palotta: Warum Aldo Moro sterben musste“, Heft 4/2008.

DKP und KPD

Reiner Kotulla: DKP und KPD – Zwei kommunistische Parteien zwischen gemeinsamer Tradition und politischer Abgrenzung. Versuch einer vergleichenden Betrachtung[62]

Prolog

Bei einem Podiumsgespräch anlässlich des einhundertsten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Berlin regte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) Gespräche mit dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei Deutschlands (DKP) über ein Zusammenfinden beider Parteien an. Der Vorsitzende der DKP erklärte dazu, dass ein Zusammenwachsen beider Parteien von unten nach oben hin erfolgen müsse.

[61] Die Veröffentlichung des Interviews war nach der Regierungsbildung vorgesehen. Nach der Entführung und folgenden Ermordung Moros verzichtete die „Repubblica“ zunächst auf eine Veröffentlichung, brachte es erst am 14. Oktober 1978. Es ist im „Europaarchiv“ 22/1979 wiedergegeben.

[62] Dankend übernommen aus „Rotinfo Sonneberg“, September 2026

Daraufhin hat die Grundorganisation Sonneberg der DKP auf einer Mitgliederversammlung 2022 einstimmig den Beschluss gefasst, die Arbeitsgemeinschaft *la commune´22* zu gründen.

Die folgende Arbeit spiegelt im Wesentlichen die Ergebnisse dieser Arbeitsgemeinschaft wider. In ihrer vierjährigen Tätigkeit stand im Mittelpunkt stets die Frage „Was trennt, und was verbindet uns Thüringer Kommunisten?“ So unvollständig diese unsere Überlegungen auch sein mögen, können sie eine Diskussionsgrundlage weiterer gemeinsamer Arbeit bilden.

Deshalb treten wir Sonneberger Kommunisten für eine Weiterführung der Arbeitsgemeinschaft *la commune´22* ein, mit der Fragestellung, wie das uns Trennende überwunden werden kann?

Vorwort

Während in der Bundesrepublik Deutschland die KPD am 17. August 1956 verboten und verfolgt wurde, verlief die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR anders. 1946 vereinigten sich KPD und SPD zur SED - eine Lehre aus dem Hitlerfaschismus, dem Zweiten Weltkrieg und der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften leitete sie den Aufbau des Sozialismus in der DDR. Nach der Konterrevolution 1989/90 und der Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse wurde die KPD im Januar 1990 in der DDR neu gegründet. Dies geschah aus der Erkenntnis der reformistischen Entwicklung der PDS. Die neu gegründete KPD knüpft bewusst an die revolutionären und antifaschistischen Traditionen der Thälmannschen KPD an. Sie steht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und kämpft für den Sozialismus. Ein Verbot trifft sie nicht, da sie durch den Einigungsvertrag als legale Partei eingestuft und als gesamtdeutsche legale Partei auftreten kann.

Die Geschichte der im Januar 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ist untrennbar mit einer der tiefsten Zäsuren in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verbunden. Ihre Gründung fiel in jene Zeit, in denen die gesellschaftlichen Grundlagen der DDR erschüttert wurden und sich schließlich die Beseitigung der sozialistischen Eigentums- und Machtverhältnisse sowie die Annexion der DDR die Bundesrepublik vollzogen.

Es stellte sich deshalb die Frage, wie unter diesen Bedingungen versucht wurde, eine ausdrücklich am Marxismus-Leninismus orientierte kommunistische Partei zu erhalten beziehungsweise neu zu formieren. Die Geschichte der KPD seit 1990 ist damit zugleich ein Teil der Geschichte des Ringens um die Fortführung kommunistischer Politik nach der Niederlage des Sozialismus in der DDR und den anderen europäischen sozialistischen Staaten.

Eine Beschäftigung mit dieser Geschichte darf sich jedoch nicht auf die chronologische Darstellung von Parteitagen, Programmen, Beschlüssen und personellen Entwicklungen beschränken. Von entscheidender Bedeutung sind die politischen und theoretischen Fragen, die sich hinter diesen Ereignissen verbergen. Wie erklärt die KPD die Niederlage des Sozialismus? Welche Rolle schreibt sie dem Revisionismus, inneren Fehlentwicklungen und dem äußeren Druck der kapitalistischen Staaten auf die Entwicklung in der DDR zu? Wie bewertet sie die Geschichte und die gesellschaftlichen Errungenschaften der DDR? Welche Schlussfolgerungen zieht sie für den weiteren Kampf um eine sozialistische Gesellschaft?

Ebenso wichtig ist die Frage nach der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Neben der KPD bestehen mit der DKP und weiteren marxistischen beziehungsweise kommunistischen Organisationen andere Kräfte, die ebenfalls den Anspruch erheben, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Dennoch gelang es nach 1990 nicht, eine gemeinsame kommunistische Partei zu bilden. Die Ursachen dieser Zersplitterung, die programmatischen Gemeinsamkeiten und die teilweise erheblichen theoretischen und politischen Gegensätze gehören deshalb notwendig zu einer Geschichte der KPD.

Eine marxistische Geschichtsbetrachtung verlangt, gesellschaftliche und politische Entwicklungen in ihren konkreten historischen Bedingungen zu untersuchen, Ursachen und Wirkungen voneinander zu unterscheiden und Erfahrungen kritisch auszuwerten.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der KPD ist daher kein Selbstzweck und keine bloße Rückschau. Geschichte kann für eine kommunistische Bewegung nur dann von Nutzen sein, wenn aus ihr Erfahrungen gewonnen werden. Dazu gehören Erfolge ebenso wie Niederlagen, richtige Entscheidungen ebenso wie Irrtümer und nicht verwirklichte Möglichkeiten.

Die Geschichte der 1990 gegründeten KPD wirft damit eine bis heute aktuelle Grundfrage auf: Wie kann eine marxistisch-leninistische Partei nach einer historischen Niederlage ihre theoretischen Grundlagen bewahren, zugleich aus den Ursachen dieser Niederlage lernen und unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen eine politische Perspektive entwickeln?

Die folgenden Kapitel sollen einen Beitrag dazu leisten, diese Entwicklung nachzuzeichnen und die damit verbundenen politischen und theoretischen Auseinandersetzungen verständlich zu machen.

Die Gründung der KPD auf dem Boden der DDR

Die Gründung – von der Partei selbst als „Wiedergründung" der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bezeichnet – am 31. Januar 1990 in Berlin (DDR) lässt sich nur vor dem Hintergrund des Zerfalls der SED und der konterrevolutionären Umwälzungen in der DDR 1989/90 verstehen. Die KPD entstand noch als Partei nach DDR-Recht und auf dem Staatsgebiet der DDR, also mehr als acht Monate vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Das Gründungsdatum 31. Januar 1990 wird auch von der Bundeswahlleiterin bestätigt.

Ausgangslage: Die KPD war 1946 in der SED aufgegangen.

Die historische KPD hatte nach der Befreiung vom Faschismus 1945 ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In der Sowjetischen Besatzungszone vereinigten sich KPD und SPD im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Damit bestand in der späteren DDR keine eigenständige KPD mehr.

Als im Herbst 1989 die politische Krise der DDR eskalierte, geriet auch die SED in eine Existenzkrise. Auf dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 erfolgte eine grundlegende politische und personelle Neuorientierung. Aus der SED wurde zunächst die SED-PDS, später die PDS und schließlich DIE LINKE.

Gerade dieser Wandel wurde von einem Teil der bisherigen SED-Mitglieder nicht mitgetragen. Sie waren der Auffassung, dass die Partei dabei ihre marxistisch-leninistische Grundlage und letztlich ihren Charakter als kommunistische Partei aufgebe. Diese Überlegungen bildeten den unmittelbaren politischen Hintergrund für die Entstehung einer neuen KPD. Auch zeitgenössische

bzw. spätere Darstellungen charakterisieren ihre Gründer als ehemalige SED-Mitglieder, die den programmatischen Wandel zur PDS ablehnten.

Bildung eines „Komitees zur Wiedergründung der KPD“

In dieser Situation fanden sich Kommunisten zusammen, die eine eigenständige kommunistische Partei schaffen wollten. Sie bildeten ein „Komitee zur Wiedergründung der KPD“.[63]

---

[63] Wer gründete die KPD 1990 wieder?
Nach der Selbstdarstellung der heutigen KPD entstand sie aus einem Kreis von Kommunisten, die mit der politischen Entwicklung der SED zur SED-PDS/PDS nicht einverstanden waren. Besonders aufschlussreich ist das 2023 veröffentlichte Interview der KPD-Jugend mit Werner Schleese, der seit der Wiedergründung Mitglied war und später viele Jahre Vorsitzender der KPD wurde.
Schleese beschreibt, dass bereits vor dem SED-Sonderparteitag im Dezember 1989 Gespräche mit Delegierten geführt wurden. Die marxistisch-leninistisch orientierte Gruppe schlug nach seiner Erinnerung vor, Kommunisten und Sozialdemokraten innerhalb der SED organisatorisch zu trennen und auf dem Parteitag eine kommunistische Partei zu konstituieren. Es habe dazu auch Zusammenkünfte gegeben. Der Versuch scheiterte jedoch: Die gewünschte Spaltung kam nicht zustande.)
Das ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Hinweise überhaupt, wenn man die Entstehungsgeschichte der KPD aus ihrer eigenen Sicht rekonstruieren möchte.
Von der Auseinandersetzung in der SED zur eigenen Partei
Nur wenige Wochen später wurde die Bildung einer eigenständigen KPD konkret.
Eine zeitgenössische Quelle bestätigt diesen Vorgang. Das Neue Deutschland berichtete unter Berufung auf ADN über ein bereits bestehendes „Gründungskomitee der KPD“. Dieses hatte eine Gründungsversammlung in Berlin-Weißensee, Parkstraße 22, angekündigt. Als Grund wurden ausdrücklich die fortschreitenden Auflösungstendenzen der SED-PDS genannt. Im Mittelpunkt sollten eine programmatische Erklärung und die Bildung eines arbeitsfähigen Parteivorstandes stehen.
Das ist bedeutsam, weil wir damit neben der späteren Erinnerung Schleeses eine zeitgenössische Quelle aus dem Januar 1990 besitzen.
Ein Problem mit dem genauen Datum
Hier ist allerdings Vorsicht notwendig.
Die heutige KPD nennt eindeutig den 31. Januar 1990 als Tag ihrer Wiedergründung und veröffentlicht eine entsprechende „Urkunde zur Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands“.

[i]Am 31. Januar 1990 wurde schließlich in Berlin die Kommunistische Partei Deutschlands auf dem Territorium der DDR gegründet. Eine zeitgenössische ADN-Meldung bezeichnete den Vorgang ausdrücklich als Wiedergründung. Die Gründungsurkunde wurde von acht Mitgliedern des Komitees zur Wiedergründung der KPD unterzeichnet. In der damaligen Meldung wurden als Grundsätze unter anderem Humanismus, Frieden und soziale Gerechtigkeit genannt.

Die zeitgenössische ADN/ND-Meldung verweist jedoch auf eine Gründungsversammlung bereits am 23. Januar 1990.
Deshalb würde ich für eine historische Arbeit derzeit nicht einfach behaupten, die eigentliche Gründungsversammlung habe am 31. Januar stattgefunden. Vielmehr muss geklärt werden, was genau am 23. Januar und was am 31. Januar geschah. Denkbar ist etwa eine Unterscheidung zwischen Gründungsversammlung, formeller Konstituierung und Ausstellung bzw. Unterzeichnung der Wiedergründungsurkunde.
Gerade diese Differenz wäre für Ihre Untersuchung interessant.
Wer waren die führenden Personen?
Hier muss ich ebenfalls etwas korrigieren: Werner Schleese war offenbar nicht der erste Vorsitzende.
Die verfügbare Sekundärliteratur nennt als ersten Vorsitzenden Klaus Sbrzesny, danach Ekkehard Uhlmann, anschließend Hans Wauer und erst später Werner Schleese.
Schleese selbst sagt über die schwierige Anfangszeit:
„In den ersten zwei Jahren hatten wir drei Vorsitzende."
Er schildert anschließend, dass einer zum Berliner Senat gegangen sei, eine weitere Person weggezogen sei und ein Dritter sich beruflich neu orientiert habe. Namen nennt er an dieser Stelle allerdings nicht.
Deshalb sollten wir zwischen Gründern, Mitgliedern des ersten Parteivorstandes und Parteivorsitzenden unterscheiden. Eine vollständige Namensliste des Gründungskomitees beziehungsweise der Teilnehmer der Gründungsversammlung habe ich in den bisher gefundenen KPD-Quellen noch nicht gefunden.
Das politische Motiv aus Sicht der Beteiligten
Besonders deutlich formulierte Werner Schleese die Position später anlässlich des zehnten Jahrestages. Die Wiedergründung sei aus Sicht der KPD eine notwendige Antwort auf die politischen Umwälzungen gewesen. Sie verstand sich als Sammlung jener Kräfte, die weiterhin am Marxismus-Leninismus festhalten wollten. Eine Quelle dokumentiert Schleeses damalige Aussage, die Wiedergründung sei bewusst als notwendige Reaktion „auf Imperialismus und Revisionismus" verstanden worden.

Die KPD selbst bewahrt eine Abbildung dieser Gründungsurkunde auf und datiert sie ebenfalls auf den 31. Januar 1990 in Berlin.[64]

Warum „Wiedergründung“?

Die Bezeichnung ist politisch und historisch bedeutsam. Die Gründer verstanden ihre Organisation nicht einfach als eine völlig neue kommunistische Partei, sondern stellten sich bewusst in die Tradition der historischen KPD von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann und Wilhelm Pieck.

In seinem späteren Interview beschreibt Schleese den Ausgangspunkt ähnlich. Nach seiner Darstellung stand vor der Wiedergründung die Erkenntnis, dass die bisherige sozialistische Ordnung ihre politische Niederlage erlitten hatte.
Damit ergibt sich aus der KPD-eigenen Perspektive ungefähr folgende Entwicklung:
Krise der DDR 1989 → Auseinandersetzungen innerhalb der SED → SED-Sonderparteitag Dezember 1989 → Versuch, innerhalb bzw. aus der SED eine eigenständige kommunistische Organisation zu bilden → Scheitern dieses Vorhabens → Bildung eines KPD-Gründungskomitees → Gründungsaktivitäten im Januar 1990 → formelle Wiedergründung am 31. Januar 1990 → Registrierung durch die DDR am 26. Februar 1990.
Die Registrierung durch die DDR ist durch das von der KPD veröffentlichte Originaldokument belegt.
Warum „Wiedergründung“ und nicht „Neugründung“?
Hier wird die politische Absicht noch deutlicher.
Die neue Organisation wollte sich nicht als völlig neue kommunistische Kleinpartei verstehen. Sie erhob vielmehr einen Kontinuitätsanspruch zur historischen KPD. Das zeigt sich auch daran, dass sie später Anspruch auf das Karl-Liebknecht-Haus und weitere Vermögenswerte der früheren KPD erhob. Schleese berichtet, ihnen sei juristisch entgegengehalten worden, dass ein Vermögensanspruch möglicherweise anders zu beurteilen gewesen wäre, wenn sich die KPD unmittelbar durch eine Spaltung der SED konstituiert hätte.
Auch die Fortsetzung der Parteitagszählung der historischen KPD ist Ausdruck dieses Anspruchs. Die 1990 entstandene Partei begann ihre Parteitage also nicht einfach wieder mit einem „1. Parteitag“.

[64] Erklärung zum 35. Jahrestag der Wiedergründung der KPD Die konterrevolutionäre Situation und die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse in der DDR in den Monaten Oktober/November 1989, die Demonstrationen in verschiedenen Städten, die plötzliche unkoordinierte Öffnung der Staatsgrenzen zur BRD und die Zerschlagung der gewählten Leitung der SED, führten zu Unverständnis bei vielen Bürgern

Die heutige KPD bezeichnet sich deshalb selbst als Nachfolgerin dieser historischen Partei. In ihrer eigenen Geschichtsdarstellung begründet sie ihre Entstehung damit, dass die SED/PDS sich vom Marxismus-Leninismus entfernt habe und deshalb wieder eine eigenständige marxistisch-leninistische kommunistische Partei erforderlich geworden sei.

Allerdings ist diese so bezeichnete historische Nachfolge das Selbstverständnis der Partei und nicht mit einer allgemein anerkannten rechtlichen Identität mit der 1918/19 gegründeten KPD gleichzusetzen.

Gleichzeitig bekannte sie sich zu den marxschen Vorstellungen einer kommunistischen Gesellschaft und verstand sich als Teil der demokratischen Bewegung.

Anerkennung noch durch die DDR

Von besonderer Bedeutung ist der rechtliche Zeitpunkt. Die KPD wurde nicht erst nach der deutschen Vereinigung gegründet, sondern innerhalb des noch bestehenden Staates DDR.

Am 26. Februar 1990 wurde die KPD durch die zuständigen DDR-Stellen registriert; die Partei dokumentiert eine entsprechende Registrierung durch die Volkskammer der DDR.

---

der DDR, besonders bei den Mitgliedern der SED, die einen festen Klassenstandpunkt vertraten. Schnell fand sich eine Gruppe revisionistischer Parteifunktionäre und Mitglieder der SED, unter Führung des Rechtsanwaltes Gregor Gysi und des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED Dresden Hans Modrow, die die Partei umwälzen wollten und so dem Opportunismus freien Lauf ließen. Sie benannten auf einem inszenierten Sonderparteitag die SED in SED/ PDS um. Daraus wurde dann kurze Zeit später die PDS. Zahlreiche ehrliche Mitglieder und Funktionäre der SED wurden ausgestoßen oder schieden aus der Partei aus, da sie in ihr nicht mehr eine Partei der Arbeiterklasse erkannten und den Verrat an der Klasse verabscheuten. Aus diesem Grund trat am 31.Januar 1990 eine Anzahl Kommunisten in Berlin zusammen, welche die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wiedergründeten. Die KPD wurde als Partei am 26. Februar 1990 von der damals noch bestehenden Regierung der DDR anerkannt und in das Parteienregister des Präsidenten der Volkskammer der DDR aufgenommen. Mit dem Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD wurde sie als rechtmäßige Partei in die Bundesrepublik überführt und vom Bundeswahlleiter bestätigt.

Damit existierte sie bereits als legale politische Organisation, als am 18. März 1990 die Volkskammerwahl stattfand. Sie beteiligte sich an dieser Wahl, obwohl ihr organisatorischer Aufbau nach eigener damaliger Darstellung noch nicht abgeschlossen war.

Verhältnis zur deutschen Einheit

Ein wichtiger Bestandteil der damaligen Position war die Verteidigung der staatlichen Souveränität der DDR. Die KPD gehörte also nicht zu den politischen Kräften, die auf einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik drängten[65]. **ii** Ihre Wiedergründung war vielmehr auch eine Reaktion auf die zunehmende Aussicht, dass sowohl die sozialistische Gesellschaftsordnung als auch die DDR als eigenständiger Staat verschwinden könnten.

Damit lässt sich die Gründung auf einen einfachen politischen Gegensatz zuspitzen: Während sich die SED-PDS/PDS vom bisherigen Selbstverständnis der SED und vom klassischen Marxismus-Leninismus entfernte, wollten die Gründer der KPD gerade an einer eigenständigen kommunistischen, marxistisch-leninistischen Partei festhalten.

Eine zusätzliche Besonderheit ergab sich nach dem 3. Oktober 1990: Die Partei war bereits legal in der DDR entstanden. Die KPD vertritt deshalb die Auffassung, dass das KPD-Verbot des Bundesverfassungsgerichts von 1956 auf sie nicht anzuwenden sei. Tatsächlich kann die 1990 gegründete KPD nach dem Anschluss der DDR an die BRD weiter als Partei tätig sein und an Wahlen teilnehmen. Insofern war der 31. Januar 1990 ein sehr spezielles historisches Zeitfenster: Zwischen dem politischen Zusammenbruch der alten SED-

[65] Aus dem Programm der KPD: Nach der Annexion der DDR im letzten Zehntel des vergangenen Jahrhunderts, der sogenannten Wiedervereinigung, ist die heutige BRD um ein Drittel des Territoriums und um 17 Millionen Menschen größer geworden. Die Konterrevolution hat der Monopolbourgeoisie in der BRD, besonders dem Finanzkapital, soviel Gewinn eingebracht, daß nunmehr die BRD aus dem Zustand des „ökonomischen Riesen und politischen Zwerg“ (Strauß) in ein höheres Stadium, das ganze gesellschaftliche Leben durchdringend, gelangen konnte. Da so in Europa mit internationaler Wirkung das Kräfteverhältnis zu Gunsten der seit je her aggressivsten und reaktionärsten Kreise verändert werden konnte, ist dies den Lebensinteressen unseres Volkes diametral entgegengesetzt.

Strukturen und dem Ende der DDR entstand auf DDR-Boden noch einmal eine eigenständige KPD – gegründet von Kommunisten, die weder den politischen Kurs der sich wandelnden SED/PDS noch den Übergang zur bundesdeutschen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mittragen wollten.

Dass sich die 1990 in der DDR gegründete KPD und die bereits seit 1968 in der Bundesrepublik bestehende DKP nach dem 3. Oktober 1990 nicht zusammenschlossen, wirkt zunächst tatsächlich überraschend. Beide berufen sich auf Marx, Engels und Lenin, beide verstehen sich als kommunistische Parteien und beide stehen dem Zusammenschluss von DDR und BRD von 1990 ablehnend gegenüber. Dennoch bestehen erhebliche politische, historische und organisatorische Unterschiede.

Zwei Parteien mit völlig unterschiedlicher Vorgeschichte

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) konstituierte sich 1968 in der Bundesrepublik neu. Sie versteht sich politisch als Fortsetzung der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland.

Die KPD von 1990 entstand dagegen, wie wir zuvor gesehen haben, am 31. Januar 1990 auf dem Staatsgebiet der DDR. Ihr Ausgangspunkt war die Krise

und Transformation der SED. Ihre Gründer wollten wieder eine eigenständige kommunistische Partei schaffen.[66] **iii**

Nach dem 3. Oktober 1990 standen deshalb zwei kommunistische Parteien nebeneinander, deren Mitglieder sehr unterschiedliche politische Erfahrungen mitbrachten.

DKP: jahrzehntelange kommunistische Opposition innerhalb der kapitalistischen Bundesrepublik.

---

[66] Erklärung zur Wiedergründung der KPD vor 20 Jahren Die Konterrevolution und die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse in den Monaten Oktober/November 1989, die Demonstrationen in verschiedenen Städten der DDR, die plötzliche Öffnung der Staatsgrenzen zur BRD und die Zerschlagung der SED, führten zu Unverständnis bei vielen Bürgern der DDR, besonders bei den Mitgliedern der SED, die einen festen Klassenstandpunkt vertraten. Einer Gruppe revisionistischer Funktionäre und Mitglieder der SED gelang es, die Partei umzuwälzen und so dem Opportunismus freien Lauf zu lassen. Sie benannten auf einem Sonderparteitag die SED in SED/PDS um. Daraus wurde dann kurze Zeit später die PDS. Zahlreiche ehrliche Mitglieder und Funktionäre der SED wurden ausgestoßen bzw. traten aus dieser umbenannten Partei aus, da sie in ihr nicht mehr eine Partei der Arbeiterklasse erkannten und den Verrat an der Klasse verabscheuten. Mit der überraschend für Viele in Ost und West veröffentlichten Losung „Deutschland einig Vaterland“ war der Verrat an der DDR besiegelt. So trat am 31. Januar 1990 eine Anzahl Kommunisten in Berlin zusammen, welche die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wiedergründeten. Die KPD wurde als Partei am 26. Februar 1990 von der damals noch bestehenden Regierung der DDR anerkannt und in das Parteienregister des Präsidenten der Volkskammer der DDR aufgenommen. Mit dem Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR wurde sie als rechtmäßige Partei in die Bundesrepublik überführt und vom Bundeswahlleiter gemäß dem Parteiengesetz bestätigt. Seit ihrer Wiedergründung 1990 in der DDR setzt sich die KPD nachdrücklich für eine einheitliche Kommunistische Partei Deutschlands auf der Basis des Marxismus-Leninismus sowie für ein umfassendes Bündnis aller linken Kräfte zur Schaffung einer breiten antiimperialistisch/antifaschistischen demokratischen Volksfront ein. Entsprechend ihrer Tradition kämpft die KPD insbesondere für die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter sowie aller vom Kapitalismus Ausgebeuteten und Benachteiligten. Sie kämpft gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Entschieden wendet sich die KPD gegen die Verfolgung und Diskriminierung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften in der BRD und gegen den Rachefeld-

KPD: überwiegend Erfahrungen innerhalb der sozialistischen DDR und mit deren Zusammenbruch.

Dieser Unterschied prägt die weitere Entwicklung erheblich.

Das Verhältnis zur DDR ist ähnlich – aber nicht identisch

Die DKP hatte die DDR jahrzehntelang grundsätzlich unterstützt und betrachtete sie als sozialistischen Staat. Das unterschied sie deutlich von den westdeutschen Parteien.

Aber die DKP musste sich nach 1989/90 mit der Frage auseinandersetzen, warum die DDR und die übrigen sozialistischen Staaten Europas zusammengebrochen waren. Dabei entstanden innerhalb der DKP erhebliche Kontroversen. Ein Teil wollte stärker an der bisherigen marxistisch-leninistischen Orientierung festhalten. Andere Mitglieder forderten eine wesentlich kritischere Aufarbeitung des Sozialismus und eine Erneuerung kommunistischer Politik.

Die KPD entwickelt dagegen zunehmend eine andere Interpretation: Die DDR sei nicht in erster Linie an den grundlegenden sozialistischen Eigentumsverhältnissen gescheitert. Als wesentliche Ursachen werden vielmehr Revisionismus, Abkehr vom Marxismus-Leninismus und schließlich Konterrevolution angesehen.

Das klingt zunächst nach einem theoretischen Detail, hat aber weitreichende Konsequenzen.

Ein zentraler Streitpunkt: Stalin

Besonders deutlich werden die Unterschiede bei der Bewertung Joseph W. Stalins.

---

zug gegen ehemalige DDR-Bürger. Der 20. Jahrestag der Wiedergründung der KPD sollte für alle diejenigen, die noch keine politische Heimat in einer marxistisch-leninistischen Partei gefunden haben, Anlaß sein, sich mit dem Programm und Statut der KPD vertraut zu machen, Kontakt mit den Regional- bzw. Landesorganisationen für persönliche Gespräche aufzunehmen und danach ihre Entscheidung zu treffen. (*Berlin, 12. Dezember 2009 Die Delegierten des 26. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands.)*

Die DKP hatte sich bereits vor 1989 von wesentlichen Teilen der Politik J.W. Stalins distanziert. Nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus wurde diese kritische Auseinandersetzung noch wichtiger. Die KPD entwickelte dagegen eine deutlich positivere Stalin-Bewertung. Stalin wurde stärker als Verteidiger und Aufbauender des Sozialismus sowie als Führungsfigur im Kampf gegen den Faschismus hervorgehoben.

Das war für Teile der DKP nicht akzeptabel.

Allerdings muss man auch hier vorsichtig sein: Die DKP besitzt keine völlig einheitliche Stalin-Bewertung. Auch innerhalb der DKP existieren unterschiedliche kommunistische Strömungen.

Unterschiedliche Beurteilung der Sowjetunion nach Stalin

Dahinter steckt eine noch grundsätzlichere theoretische Frage:

Wann begann die Fehlentwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion?

Für Positionen, die in der KPD erheblichen Einfluss gewannen – war der XX. Parteitag der KPdSU 1956 unter Nikita Chruschtschow ein entscheidender Wendepunkt. Chruschtschows Abrechnung mit Stalin wird als Beginn oder wesentliche Beschleunigung des Revisionismus interpretiert.

Die DKP übernahm diese Interpretation in dieser Form nicht als einheitliche Parteilinie.

Damit unterscheiden sich auch die Erklärungen für 1989/91:

Die KPD legt wesentlich stärker eine Entwicklungslinie nahe: XX. Parteitag 1956 → Revisionismus → zunehmende Abkehr vom Marxismus-Leninismus → Gorbatschows Perestroika → Konterrevolution → Untergang von DDR und Sowjetunion.

Die DKP analysiert den Zusammenbruch komplexer und bezieht beispielsweise wirtschaftliche Probleme, politische Fehlentwicklungen und Defizite sozialistischer Demokratie stärker ein.

Unterschiedliche Parteikonzeptionen

Hinzu kommt eine organisatorische Frage.

Die KPD vertritt ein stärker am klassischen Leninismus orientiertes Verständnis der kommunistischen Kader- und Kampfpartei und des demokratischen Zentralismus.

Die DKP versteht sich ebenfalls als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und beruft sich auf Marx, Engels und Lenin. Gleichzeitig entwickelte sich in ihr eine breitere innerparteiliche Diskussion über unterschiedliche kommunistische Positionen.

Dadurch entstand nach 1990 ein paradoxes Verhältnis:

Beide Parteien waren sich in vielen Grundfragen näher als jeweils der PDS, aber sie unterschieden sich darin, wie die kommunistische Partei selbst beschaffen sein sollte.

KPD und DKP – Zur Frage der Diktatur des Proletariats

Ein wesentlicher Punkt beim Vergleich der Programmatik von KPD und DKP ist ihre Haltung zur Diktatur des Proletariats. Dabei zeigt sich sowohl eine grundsätzliche Gemeinsamkeit als auch ein deutlicher Unterschied in der theoretischen und politischen Formulierung.

Beide Parteien gehen davon aus, dass der kapitalistische Staat nicht über den gesellschaftlichen Klassen steht. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse sind nach ihrer Auffassung wesentlich durch das Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln bestimmt. Sozialismus setzt deshalb für beide Parteien die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse und die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten voraus. Eine bloße schrittweise Reform des Kapitalismus zum Sozialismus reicht nach dieser Auffassung nicht aus.

Die KPD, die sich 1990 auf dem Gebiet der DDR konstituierte, hält dabei ausdrücklich am klassischen marxistisch-leninistischen Begriff der Diktatur des Proletariats fest. Sie betrachtet deren Errichtung als notwendige Voraussetzung für die Sicherung des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Der Begriff „Diktatur“ wird dabei nicht im heute üblichen Sinne einer persönlichen oder militärischen Willkürherrschaft verstanden. Er bezeichnet im marxistischen Verständnis den Klassencharakter der Staatsmacht. Marx und Le-

nin gingen davon aus, dass auch die bürgerliche Demokratie eine bestimmte Klassenherrschaft darstellt, weil die Bourgeoisie aufgrund ihrer Verfügung über die entscheidenden Produktionsmittel eine beherrschende gesellschaftliche Stellung besitzt. Nach der sozialistischen Revolution soll diese Klassenherrschaft durch die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ersetzt werden. In diesem Sinne versteht die KPD die Diktatur des Proletariats als politische Form der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Die DKP hält ebenfalls daran fest, dass Sozialismus einen grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen voraussetzt. Auch sie spricht von der Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen und von der Überführung der entscheidenden Produktionsmittel, Finanzinstitutionen und Naturressourcen in gesellschaftliches Eigentum.

Dennoch besteht ein bemerkenswerter programmatischer Unterschied. Die DKP gebraucht den Begriff „Diktatur des Proletariats“ nicht. Stattdessen verwendet sie Formulierungen wie politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten beziehungsweise politische Macht des arbeitenden Volkes. Gleichzeitig betont sie stärker die Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten, demokratische Massenaktionen sowie die aktive Beteiligung der Bevölkerung am sozialistischen Umgestaltungsprozess.

Damit unterscheiden sich KPD und DKP weniger in der grundsätzlichen Feststellung, dass die kapitalistische Klassenmacht überwunden und durch eine politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ersetzt werden müsse. Der Unterschied liegt vor allem darin, wie diese neue Macht theoretisch bezeichnet und politisch beschrieben wird.

Die KPD hält unmittelbar an der traditionellen marxistisch-leninistischen Terminologie fest: Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse in der Übergangsperiode ist für sie die Diktatur des Proletariats. Die DKP beschreibt einen vergleichbaren gesellschaftlichen Machtwechsel dagegen überwiegend mit Begriffen wie Arbeiter- und Volksmacht, demokratische Beteiligung und politische Macht des arbeitenden Volkes.

Dieser Unterschied ist nicht lediglich sprachlicher Natur. Er verweist auf unterschiedliche Akzentsetzungen innerhalb der Programmatik beider Parteien.

Die KPD betont stärker die Kontinuität zur klassischen marxistisch-leninistischen Staats- und Revolutionstheorie und zu den historischen Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus. Die DKP verbindet die Forderung nach Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft stärker mit der Frage, wie gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen und demokratische Rechte und Beteiligungsformen im Kampf um und beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft entwickelt werden können.

Für einen Vergleich lässt sich daher zusammenfassen:

KPD und DKP stimmen darin überein, dass Sozialismus die Überwindung der politischen und ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse und die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten voraussetzt. Die KPD bezeichnet diese neue Klassenmacht ausdrücklich mit dem klassischen marxistisch-leninistischen Begriff der Diktatur des Proletariats und betrachtet sie als notwendige Form der Übergangsperiode. Die DKP hält ebenfalls an der politischen Macht der Arbeiterklasse und an einem revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen fest, beschreibt die sozialistische Staatsmacht jedoch nicht mit dem Begriff Diktatur des Proletariats, sondern betont Arbeiter- und Volksmacht, demokratische Massenaktionen, Mehrheitsgewinnung und gesellschaftliche Beteiligung.

Gerade an dieser Frage wird damit ein charakteristischer Unterschied zwischen beiden Parteien sichtbar: Die KPD bewahrt die traditionelle marxistisch-leninistische Begrifflichkeit deutlicher, während die DKP wesentliche Inhalte dieser Tradition in einer stärker auf demokratische Mehrheitsbildung und gesellschaftliche Beteiligung ausgerichteten Sprache formuliert.

Es gab durchaus Bemühungen um Zusammenarbeit

Man darf sich das Verhältnis deshalb nicht als völlige Feindschaft vorstellen.

KPD und DKP arbeiteten bei verschiedenen politischen Aktionen und in Bündnissen zusammen. Darüber hinaus gab und gibt es Diskussionen über die Einheit der Kommunisten in Deutschland.

Gerade die KPD hat die Existenz mehrerer kommunistischer Organisationen immer wieder als problematisch bezeichnet und die Herstellung kommunistischer Einheit thematisiert.

Aber dabei taucht sofort die entscheidende Frage auf:

Einheit, auf welcher programmatischen Grundlage?

Ein organisatorischer Zusammenschluss allein hätte die politischen Differenzen nicht beseitigt.

Ein weiteres Hindernis: Wer sollte sich wem anschließen?

Das darf man bei Parteifusionen nicht unterschätzen.

Die DKP existiert seit 1968 und besitzt eine eigene Führung, Parteistruktur, Zeitung, Bezirks- und Kreisorganisationen sowie jahrzehntelange politische Traditionen.

Die KPD wiederum betrachtete sich ausdrücklich als Wiedergründung der historischen KPD.

Damit entstand eine schwierige Legitimationsfrage.

Aus Sicht der KPD konnte man fragen:

Warum sollten wir uns einer anderen Partei anschließen, wenn wir die Kommunistische Partei Deutschlands sind?

Aus Sicht der DKP konnte umgekehrt gefragt werden:

Warum sollten wir eine seit Jahrzehnten bestehende kommunistische Partei auflösen und uns einer sehr kleinen, erst 1990 gegründeten Organisation anschließen?

Allein diese unterschiedlichen historischen Selbstverständnisse erschwerten eine Fusion erheblich.

Hinzu kam die Rechtsgeschichte des KPD-Verbots. Die historische KPD war 1956 in der Bundesrepublik vom Bundesverfassungsgericht verboten worden. Die DKP hat sich 1968 ausdrücklich neukonstituiert. Die KPD von 1990 entstand legal auf dem Staatsgebiet der DDR, bevor die DDR der Bundesrepublik beitrat.

Dadurch konnte sie nach dem 3. Oktober 1990 weiterbestehen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte später im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an Bundestagswahlen, dass die 1990 gegründete KPD nicht automatisch mit der 1956 verbotenen Organisation gleichgesetzt werden kann.

Für das Selbstverständnis der KPD war das von erheblicher Bedeutung: Sie konnte unter dem historischen Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ auftreten.

Dahinter steckt letztlich ein Grundproblem der deutschen kommunistischen Bewegung

Nach 1990 gibt es nicht nur DKP und KPD. Daneben bestehen kommunistische Kräfte innerhalb der PDS, DIE LINKE, insbesondere die Kommunistische Plattform sowie weitere kleinere marxistische und marxistisch-leninistische Organisationen.

Sie können sich häufig auf Marx, Engels und Lenin einigen. Schwieriger wird es bei der Interpretation der Geschichte des realen Sozialismus:

War Stalin hauptsächlich Verteidiger und Aufbauender des Sozialismus oder stehen seine Herrschaftsmethoden für grundlegende Fehlentwicklungen?

War der XX. Parteitag der KPdSU 1956 notwendige Korrektur oder Beginn des Revisionismus?

War die Niederlage von 1989/91 wesentlich Ergebnis eigener struktureller Probleme des Sozialismus oder Folge einer langen revisionistischen Entwicklung und schließlich einer Konterrevolution?

Wie muss eine kommunistische Partei heute organisiert sein?

Solange diese Fragen unterschiedlich beantwortet werden, reicht die gemeinsame Berufung auf den Marxismus-Leninismus für eine organisatorische Vereinigung nicht aus.

Deshalb ist es treffender zu sagen: KPD und DKP trennt weniger das erklärte Endziel einer sozialistischen Gesellschaft als die Bewertung des Weges, den die kommunistische Bewegung im 20. Jahrhundert genommen hat – und die daraus gezogenen Konsequenzen für eine kommunistische Partei der Gegenwart.

Wenn man nicht die Einschätzungen von Verfassungsschutz, Historikern oder politischen Gegnern, sondern möglichst die eigenen Grundsatzdokumente von DKP und KPD zugrunde legt, ergibt sich ein differenzierteres Bild. In wesentlichen Grundfragen stehen sich beide Parteien sogar erstaunlich nahe. Die Un-

terschiede liegen vor allem in der Bewertung der Geschichte des Sozialismus, des Revisionismus und Stalins sowie teilweise im Parteiverständnis.

Als Grundlage nehme ich vor allem das geltende DKP-Parteiprogramm von 2006 sowie bei der KPD ihr Programm Statut und die 2024 beschlossenen programmatischen Leitlinien.[67]

KPD und DKP nach ihren eigenen Grundsatzdokumenten

[67] Programmatische Leitlinien der der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) auf der Grundlage der wissenschaftlichen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus: I. II. III. IV. V. VI. Die kommunistische Partei ist die Partei der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse. Ihre historische Mission besteht in der Überwindung des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die sozialistische Revolution möglich. Das bedeutet die Errichtung der Herrschaft der organisierten Arbeiterklasse. Sie nutzt diese Herrschaft, um das Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben und diese in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Mit dem Aufbau des Sozialismus, der Aufhebung der Klassen und der planmäßigen Weiterentwicklung der sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft werden die Voraussetzungen für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, geschaffen. Die kommunistische Partei ist eine revolutionäre Partei des Klassenkampfes. Sie beherrscht alle Formen des Kampfes, den sie gezielt in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht führt. Sie lehnt die Gedanken des Reformismus und der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus ab. Trotzdem kämpft sie für positive Reformen im Interesse der Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei ist eine konsequent antiimperialistische Partei. Sie steht gegen das imperialistische Weltsystem, welches die Erde in imperialistische Hauptmächte und abhängige Länder teilt. Abhängige Länder, also die vom Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Die kommunistische Partei verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen imperialistische und neokoloniale Versklavung, setzt sich für nationale Souveränität und Unabhängigkeit ein und unterstützt antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sie bekämpft die verschiedenen nationalen Imperialismen, seien es der USA-Imperialismus oder die im imperialistischen Bündnis der Europäischen Union zusammengefaßten Mächte. Die kommunistische Partei ist eine internationalistische Partei. Sie ist Teil einer weltweiten revolutionären Bewegung und leistet in ihrem eigenen Land ihren Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Sie pflegt den brüderlichen Kontakt und Austausch mit den kommunistischen und Arbeiterparteien an-

(Red. offen-siv: Im Original ist dieser Teil der Arbeit absatzweise tabellarisch dargestellt nach Grundfragen wie „Theoretische Grundlage, Produktionsmittel, Arbeiterklasse, Revolution“ usw. Wir mussten aus Gründen des Lay-Out-Programmes der offen-siv auf eine absatzweise statt der tabellarischen Darstellung gehen, was am Inhalt aber nichts verändert hat.)

Theoretische Grundlage:

DKP: Theorie von Marx, Engels, Lenin.

---

derer Länder. Sie erklärt ihre Solidarität mit den bestehenden sozialistischen Staaten. Die kommunistische Partei ist eine antifaschistische Partei. Sie bekämpft vehement den Faschismus, ob er nun in Form faschistischer Gruppierungen oder über die Faschisierung des Staates droht. Sie unterstreicht den Charakter des Faschismus als besondere Herrschaftsform der monopolistischen Bourgeoisie, als offene und terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Teile des Monopol- und Finanzkapitals.VII. Die kommunistische Partei hat als Organisationsform den demokratischen Zentralismus. Sie ist daher nach den Prinzipien der Demokratie, der zentralen Leitung, der Kontrolle, der Einheitlichkeit und Verbindlichkeit, der Disziplin, der Kollektivität und Verantwortung sowie der Kritik und Selbstkritik organisiert. VIII. Die kommunistische Partei ist eine marxistisch-leninistische Partei. Das gesamte Wirken der kommunistischen Partei basiert auf den theoretischen Erkenntnissen von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, sowie anderer Theoretiker mit ihren Werken der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, sowie den Erfahrungen des geschichtlichen Kampfes der revolutionären Arbeiterklasse um die Eroberung der Macht und den Aufbau des Sozialismus. Hierauf gründen sich Analyse, Programmatik und Strategie der kommunistischen Partei. IX. Die kommunistische Partei hat eine revolutionäre Vergangenheit. Sie steht in den besten Traditionen der revolutionären und marxistischen Arbeiterbewegung, des Bundes der Kommunisten, der Internationalen Arbeiterassoziation, der frühen II. Internationale und der Kommunistischen Internationale. Sie bekennt sich zur revolutionären und positiven Rolle und zur historischen Bedeutung des Sozialismus des 20. Jahrhunderts in der UdSSR und dem sozialistischen Teil Europas, also dem sozialistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit. Dabei stellen wir als deutsche Kommunisten fest, dass die Deutsche Demokratische Republik das Beste war, was die revolutionäre Arbeiterklasse in Deutschland in ihrer Geschichte hervorgebracht hat. Die kommunistische Partei sieht im Opportunismus und Revisionismus und in seiner Hauptkampfform, dem Antistalinismus, die Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab. Sie verzichtet aber nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen. Sie gewinnt Erkennt-

KPD: ausdrücklich Marxismus-Leninismus; Marx, Engels, Lenin.

Gesellschaftliches Endziel:

DKP: Sozialismus und Kommunismus
KPD: Sozialismus und Kommunismus

Kapitalismus reformierbar?

DKP: Nein, letztlich ist ein revolutionärer Bruch mit kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen erforderlich
KPD: Nein; Reformismus und schrittweise Transformation werden ausdrücklich abgelehnt.

Produktionsmittel:

DKP: Gemeineigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln
KPD: Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und Überführung in gesellschaftliches Eigentum.

Arbeiterklasse:

DKP: zentrale gesellschaftliche Kraft der sozialistischen Veränderung
KPD: „einzige revolutionäre Klasse“ und Trägerin der sozialistischen Revolution.

Revolution:

DKP: revolutionäre Überwindung kapitalistischer Eigentums und Machtverhältnisse.
KPD: sozialistische Revolution ausdrücklich als einziger Weg zur Überwindung des Kapitalismus.

---

nisse für die Gegenwart, indem sie das Gute bewahrt und aus Fehlern lernt. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, den Marxismus-Leninismus anzuwenden, schöpferisch weiterzuentwickeln und gegen den Revisionismus und „linken Radikalismus” zu verteidigen. X. Die kommunistische Partei ist die Partei der Zukunft. Ihre Existenz ist von zentraler Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung. Ohne sie wird es nicht möglich sein, den zerstörerischen Kapitalismus effizient zu bekämpfen und zu besiegen. Sie ist eine Notwendigkeit, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Die kommunistische Partei gibt die orientierende Antwort auf die Fragestellung: Sozialismus oder Barbarei.

Reformen:

DKP: notwendig als Bestandteil des Kampfes und zur Veränderung der Kräfteverhältnisse.
KPD: Kampf für positive Reformen aber Ablehnung des Reformismus.

Parlamentarismus:

DKP: parlamentarischer Kampf ist Teil umfassender gesellschaftlicher Kämpfe, aber kein parlamentarischer Weg allein zum Sozialismus.
KPD: ebenfalls Nutzung verschiedener Kampfformen; parlamentarische Tätigkeit ersetzt den Klassenkampf nicht.

Imperialismus:

DKP: Orientierung an Lenins Imperialismustheorie, Deutschland wird als imperialistische Macht verstanden.
KPD: ausdrücklich antiimperialistisch; USA und EU-Staaten werden als imperialistische Mächte betrachtet.

DDR:

DKP: Sozialistischer Staat und historische Alternative zur kapitalistischen BRD, zugleich Untersuchung ihrer Fehler und Widersprüche.
KPD: ausgesprochen positive Bewertung: die DDR sei „das Beste“ gewesen, was die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse hervorgebracht habe.

1989/1990:

DKP: „Niederlage“ bzw. „Zerstörung“ des Sozialismus in Europa, innere und äußere Ursachen.
KPD: Niederlage des Sozialismus; zentrale Ursachen seien Opportunismus, Revisionismus und Antistalinismus.

Stalin:

DKP: Keine entsprechende positive Stalinfestlegung im Parteiprogramm.
KPD: ausdrückliche Verteidigung seiner historischen Rolle; Antistalinismus wird grundsätzlich bekämpft.

XX. Parteitag der KPdSU:

DKP: nicht als genereller Beginn der Zerstörung des Sozialismus festgelegt.

KPD: entscheidender Wendepunkt; Chruschtschows Politik wird als Beginn eines revisionistischen „Generalangriffs“ bewertet.

Gorbatschow/Perestroika:

DKP: Bestandteil der kritischen Untersuchung der Ursachen der Niederlage.
KPD: Teil der revisionistischen Entwicklung, die schließlich zur Konterrevolution führte.

Demokratischer Zentralismus:

DKP: kommunistisches Parteiverständnis; kollektive Willensbildung und verbindliches gemeinsames Handeln.
KPD: ausdrücklich demokratischer Zentralismus, Parteidisziplin sowie verbindliche Mehrheitsbeschlüsse.

Einheit der Kommunisten:

DKP: Zusammenarbeit und Sammlung kommunistischer Kräfte.
KPD: ausdrücklich Herstellung einer einheitlichen gesamtdeutschen KP auf marxistisch-leninistischer Grundlage.

Die Gemeinsamkeiten sind also größer, als die Existenz zweier getrennter Parteien vermuten lässt.

1. Beide wollen den Kapitalismus nicht nur „sozialer machen“

Das ist zunächst die wichtigste Gemeinsamkeit.

Die DKP erklärt in ihrem Programm ausdrücklich, dass letztlich nur der „revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen“ die Ursachen kapitalistischer Ausbeutung beseitigen könne. Die neue Gesellschaft soll auf Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruhen.

Die KPD formuliert das noch kategorischer. In ihren 2024 beschlossenen Leitlinien heißt es, die Überwindung des Kapitalismus sei „nur durch die sozialistische Revolution möglich“. Das Privateigentum an Produktionsmitteln soll aufgehoben und durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt werden.

Hier besteht also kein grundsätzlicher Gegensatz.

2. Auch die DKP ist keine sozialdemokratische Reformpartei

Die DKP geht zwar ausführlicher als die KPD auf Reformkämpfe, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und sogenannte antimonopolistische Umwälzungen ein. Daraus folgt aber nicht, dass sie einen allmählichen parlamentarischen Übergang zum Sozialismus vertritt.

Ihr Programm sagt ausdrücklich:

„Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen“ erreicht werden.

Erforderlich seien tiefgreifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Die KPD formuliert ganz ähnlich, lehnt aber bereits den Gedanken einer „schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus“ ausdrücklich als Reformismus ab. Gleichzeitig erklärt auch sie, für Reformen im Interesse der Arbeiterklasse zu kämpfen.

3. Marx, Engels und Lenin sind für beide maßgebend

Auch hier ist die Trennlinie geringer, als man vermuten könnte.

Die DKP erklärt, ihr wissenschaftliches Fundament liege in der Theorie von Marx, Engels und Lenin, die auf die heutigen Kampfbedingungen angewandt und weiterentwickelt werden müsse.

Die KPD bezeichnet sich ausdrücklich als „marxistisch-leninistische Partei“. Ihre Analyse, Programmatik und Strategie basieren auf Marx, Engels und Lenin sowie den historischen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung.

4. Hier erscheint J.W. Stalin als wesentliche Trennlinie

Bei der KPD ist Stalin ausdrücklich Bestandteil der theoretisch-historischen Traditionsbildung.

Das KPD-Statut verpflichtet die Mitglieder sogar dazu, Kenntnisse des Marxismus-Leninismus insbesondere durch das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und anderen Marxisten-Leninisten zu erwerben.

Noch deutlicher wird das im KPD-Programm. Dort wird der XX. Parteitag der KPdSU von 1956 ausgesprochen negativ beurteilt. Chruschtschows „Geheimrede“ habe die Leistungen Stalins und darüber hinaus die Errungenschaften des Sozialismus diskreditiert. Die KPD weist deshalb den Antistalinismus zurück.

Eine vergleichbare programmatische Festlegung findet sich im DKP-Programm nicht.

Das bedeutet nicht automatisch, dass sämtliche DKP-Mitglieder Stalin in gleicher Weise ablehnen. Innerhalb der DKP existieren unterschiedliche Einschätzungen. Aber die Partei macht eine positive Bewertung Stalins nicht zu einer programmatischen Voraussetzung ihrer kommunistischen Identität.

Hier liegt ein echter Unterschied.

5. Noch wichtiger ist möglicherweise Chruschtschow

Denn hinter dem Stalin-Streit steckt eine wesentlich größere Frage:

Wann und warum begann die Entwicklung, die schließlich 1989–1991 zur Niederlage des europäischen Sozialismus führte?

Die KPD gibt darauf eine ziemlich eindeutige Antwort.

In ihrem Programm bezeichnet sie den XX. Parteitag der KPdSU von 1956 als Ausgangspunkt eines revisionistischen Angriffs auf den Sozialismus und bewertet Chruschtschows Politik entsprechend äußerst negativ.

Ihre 2024 verabschiedeten Leitlinien führen diese Interpretation fort: Opportunismus und Revisionismus sowie deren „Hauptkampfform der Antistalinismus“ werden dort als Hauptursache für die Niederlage des Sozialismus bezeichnet.

Damit besitzt die KPD eine relativ geschlossene historische Erklärung: XX. Parteitag 1956 - Revisionismus - schrittweise Schwächung sozialistischer Strukturen - weitere Entwicklung - 1989/91 Niederlage bzw. Konterrevolution.

So eindeutig legt sich die DKP nicht fest.

6. Die DKP sucht stärker nach mehreren Ursachen der Niederlage

Auch die DKP betrachtet 1989/90 keineswegs als Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus.

Ihr Programm bezeichnet die Zerstörung des Sozialismus in Osteuropa vielmehr als die bis dahin tiefste Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung.

Sie zieht daraus aber nicht die KPD-Schlussfolgerung, dass Antistalinismus und der XX. Parteitag von 1956 die zentrale Ursache gewesen seien.

Die DKP stellt stärker die Frage, welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme innerhalb der sozialistischen Staaten selbst bestanden und welche Lehren eine künftige sozialistische Gesellschaft daraus ziehen müsse. Ihre theoretischen Materialien betonen ausdrücklich, aus der Niederlage von 1989/90 lernen zu müssen.

Hier liegt vermutlich einer der tiefsten theoretischen Unterschiede zwischen beiden Parteien.

7. Bei der DDR liegen sie dagegen wieder näher zusammen

Die DKP bewertet die DDR wesentlich positiver als beispielsweise die heutige Linkspartei. Ihr Programm bezeichnet die DDR ausdrücklich als sozialistischen Staat, der vier Jahrzehnte eine gesellschaftliche Alternative zur kapitalistischen Bundesrepublik dargestellt habe.

Die KPD geht allerdings erheblich weiter. Ihre programmatischen Leitlinien von 2024 erklären: „die Deutsche Demokratische Republik [war] das Beste“ was die revolutionäre Arbeiterklasse in Deutschland hervorgebracht habe.

Der Unterschied lautet also nicht: DKP gegen DDR – KPD für DDR.

Vielmehr: Beide verteidigen den sozialistischen Charakter und wesentliche Errungenschaften der DDR; die KPD identifiziert sich jedoch wesentlich vorbehaltloser mit der DDR und ihrer historischen Entwicklung.

8. Beim Parteiverständnis ist die KPD strenger

Die KPD beschreibt sich ausdrücklich als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse und beruft sich auf Lenins Konzept der „Partei neuen Typus“.

Ihr Programm und Statut betonen demokratischen Zentralismus, Parteidisziplin, Kritik und Selbstkritik sowie die Verbindlichkeit gefasster Beschlüsse.

Die DKP versteht sich ebenfalls als Partei der Arbeiterklasse und revolutionäre kommunistische Organisation. Sie formuliert ihr Parteiverständnis in ihrem

Programm aber weniger stark mit den klassischen Begriffen der historischen kommunistischen Kaderpartei.

Hier zeigt sich erneut: Die KPD orientiert sich enger an der traditionellen leninistischen Parteikonzeption.

Warum also keine Vereinigung?

Wenn man ausschließlich die Grundsatzdokumente betrachtet, lässt sich die Antwort jetzt genauer formulieren als zuvor:

Am gesellschaftlichen Endziel scheitert die Einheit kaum.

Beide wollen Sozialismus und Kommunismus. Beide sehen die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftliche Kraft. Beide verlangen gesellschaftliches Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln. Beide halten den Kapitalismus nicht durch Reformen für überwindbar und beide sehen letztlich einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen als notwendig an.

Die entscheidenden Differenzen liegen vielmehr in der historisch-theoretischen Bilanz des Sozialismus des 20. Jahrhunderts.

Die KPD verlangt eine wesentlich eindeutigere Verteidigung der historischen kommunistischen Tradition einschließlich Stalins und interpretiert Revisionismus und Antistalinismus als Hauptursachen der Niederlage des Sozialismus.

Die DKP zieht diese Schlussfolgerung in ihrem Parteiprogramm nicht.

Das führt zu einem bemerkenswerten Ergebnis:

KPD und DKP sind programmatisch beim angestrebten Sozialismus näher beieinander als bei der Erklärung, warum der bisherige Sozialismus untergegangen ist.

Und genau diese Geschichtsfrage ist für kommunistische Parteien keine bloße Diskussion über die Vergangenheit. Aus ihrer jeweiligen Antwort leiten sie ab, wie eine zukünftige sozialistische Gesellschaft und vor allem eine kommunistische Partei organisiert sein müsste, damit sich die Niederlage von 1989/91 nicht wiederholt.

Das erklärt wesentlich besser, weshalb die Forderung der KPD nach einer „einheitlichen gesamtdeutschen Kommunistischen Partei auf der Basis des

Marxismus-Leninismus“ bis heute nicht einfach in einer Fusion mit der DKP aufgegangen ist. Die KPD formuliert dieses Einheitsziel selbst ausdrücklich.[68]

Wie äußern sich die Gegensätze zwischen DKP und KPD in der praktischen Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien in der täglichen Politik?

Betrachtet man nicht nur die Programme, sondern das praktische politische Handeln, erscheinen die Unterschiede zwischen DKP und KPD weniger als ständige offene Konfrontation denn als unterschiedliche politische Arbeitsweise. In Friedensfragen, Antifaschismus oder Sozialpolitik können beide durchaus gemeinsam oder parallel auftreten. Der Konflikt wird besonders bei Bündnispolitik, kommunistischer Einheit, Geschichtsverständnis und der Frage sichtbar, wie weit man mit nichtkommunistischen Linken zusammenarbeiten soll.

1. Der praktisch wichtigste Unterschied: Bündnispolitik

Die DKP verfolgt eine ausgesprochen breite Bündnisstrategie. Ihr Programm fordert die Mitarbeit in Gewerkschaften, Friedensbewegung, antifaschistischen Bündnissen, Bürgerinitiativen und anderen sozialen Bewegungen. Dabei akzeptiert sie ausdrücklich die politische und organisatorische Selbständigkeit ihrer Bündnispartner. Sie hält die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten oder Mitgliedern anderer nichtkommunistischer Parteien bei gemeinsamen konkreten Zielen für möglich.

Dahinter steht eine bestimmte Vorstellung: Menschen sollen zunächst durch gemeinsame praktische Kämpfe zusammengeführt werden. Die DKP muss von ihren weitergehenden kommunistischen Zielen deshalb nicht abrücken, verlangt aber nicht, dass ein Bündnis diese übernimmt.

Die KPD befürwortet ebenfalls Aktionseinheit. Ihr Programm fordert ausdrücklich die Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen und sozialistischen Parteien, linken Organisationen und besonders Gewerkschaften. Sie formu-

[68] Parteiprogramm der DKP, Programmatische Leitlinien der KPD von 2024, Programm der KPD

liert diese Zusammenarbeit jedoch stärker als „Aktionseinheit“ auf antiimperialistischer und sozialistischer Grundlage.

Praktisch bedeutet das tendenziell:

DKP: möglichst breite Bewegung für ein erreichbares gemeinsames Tagesziel.

KPD: möglichst gemeinsame Aktion, dabei aber stärkere Betonung einer eindeutigen marxistisch-leninistischen und antiimperialistischen Orientierung.

Das ist keine absolute Trennung, sondern eine unterschiedliche Gewichtung.

2. Ein konkreter Konflikt: „Einheit der Kommunisten“

Hier lässt sich die Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien unmittelbar nachweisen.

Die KPD versucht seit Jahren, Gespräche und Treffen zur Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Partei zu organisieren. Besonders deutlich wurde der Konflikt beim bundesweiten Treffen von Kommunisten 2017.

Die KPD warf der DKP-Führung vor, einer organisatorischen Vereinigung auszuweichen. Sie fasste die Haltung des DKP-Vorsitzenden mit der Formel zusammen:

„Zusammenarbeit ja, Einheit nein!“

Die KPD kritisierte ausdrücklich, dass zwar einzelne DKP-Mitglieder an Einheitsinitiativen teilgenommen hätten, die DKP-Führung aber keine Verschmelzung zu einer gemeinsamen Partei anstrebe. Gleichzeitig erklärte die KPD, Kontakte zur DKP-Basis und Möglichkeiten gemeinsamen Auftretens weiterhin suchen zu wollen.

Hier wird der Unterschied ganz praktisch.

Für die KPD ist die Existenz verschiedener kommunistischer Parteien selbst ein zu überwindendes Problem.

Die DKP geht dagegen davon aus, dass Zusammenarbeit nicht voraussetzt, dass die beteiligten Organisationen ihre organisatorische Selbständigkeit aufgeben. Dieses Prinzip vertritt sie auch grundsätzlich in ihrer Bündnispolitik.

3. Gewerkschaftsarbeit

Auch hier zeigen sich unterschiedliche Akzente.

Die DKP misst den bestehenden Einheitsgewerkschaften eine sehr große strategische Bedeutung bei. Kommunisten sollen innerhalb der vorhandenen Gewerkschaften arbeiten, auch wenn deren Führungen sozialdemokratisch oder reformistisch geprägt sind. Ihre Bündniskonzeption bezeichnet die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaften ausdrücklich als Kern breiter gesellschaftlicher Bewegungen.

Die KPD fordert ebenfalls die Arbeit in den Gewerkschaften. Sie verbindet diese jedoch stärker mit dem Ziel, dort Klassenbewusstsein und Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu entwickeln.

In der alltäglichen Arbeit können deshalb ein DKP-Mitglied und ein KPD-Mitglied durchaus in derselben Gewerkschaft für dieselbe Lohnforderung demonstrieren. Unterschiedlich ist eher, welche längerfristige politische Strategie sie mit diesem Kampf verbinden.

4. Friedenspolitik: viel Gemeinsamkeit

Bei einem der wichtigsten aktuellen Politikfelder treten die Gegensätze weniger hervor.

Beide Parteien wenden sich grundsätzlich gegen NATO, Aufrüstung und deutsche Kriegspolitik und beteiligen sich an Friedensaktionen.

Die Unterschiede zeigen sich eher darin, mit wem man dabei Bündnisse eingeht und wie politische Konflikte interpretiert werden.

Die KPD formuliert internationale Konflikte ausgesprochen konsequent über ihre Imperialismusanalyse und beschreibt insbesondere USA, NATO und Bundesrepublik als imperialistische Kräfte. Russland und China werden demgegenüber nicht einfach auf dieselbe Ebene gestellt. Eine entsprechende Argumentation findet sich beispielsweise in ihren Parteitagsdokumenten.

Die DKP arbeitet ebenfalls mit einer leninistischen Imperialismusanalyse, verbindet ihre praktische Friedenspolitik jedoch stärker mit dem Versuch, möglichst breite Antikriegsbündnisse zu schaffen.

Das kann in einer Demonstration dazu führen, dass beide Parteien dieselbe Forderung – beispielsweise gegen NATO-Aufrüstung – unterstützen, aber bei

der Zusammensetzung und politischen Ausrichtung des Bündnisses unterschiedliche Vorstellungen haben.

5. Zusammenarbeit mit der Linkspartei

Hier wird der Unterschied ebenfalls anschaulich.

Die DKP schließt eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei in konkreten Bewegungen ausdrücklich nicht grundsätzlich aus. In ihren Materialien zur Bündnispolitik wird diese Frage sogar ausdrücklich behandelt.

Das bedeutet keineswegs politische Übereinstimmung. Die DKP kritisiert reformistische Vorstellungen, hält aber gemeinsame Aktionen beispielsweise gegen Sozialabbau, Privatisierung oder Aufrüstung trotzdem für möglich.

Dahinter steht die klassische Unterscheidung zwischen: politischer Kritik an einer Organisation und gemeinsamer Aktion bei einer konkreten Forderung.

Auch die KPD arbeitet mit anderen linken Kräften zusammen. Ihre Texte legen aber größeren Wert darauf, dass dabei revolutionäre Positionen nicht durch reformistische verwischt werden.

6. Stalin und DDR: im Tageskampf selten unmittelbar relevant – politisch aber folgenreich

Bei einer Demonstration gegen Betriebsschließungen spielt die Frage, wie Stalin zu beurteilen ist, normalerweise keine Rolle.

Trotzdem wirkt dieser historische Gegensatz indirekt in die Tagespolitik hinein.

Ein interessantes Beispiel findet sich sogar innerhalb des DKP-Umfeldes. Dort wurde einerseits Kurt Gossweilers These veröffentlicht, die Überwindung des Antistalinismus sei Voraussetzung kommunistischer Einheit; andererseits dokumentiert die DKP auch die Gegenposition von Willi Gerns und Robert Steigerwald unter dem Titel „Weder ‚Anti-Stalinismus' noch ‚Stalinismus'".

Das zeigt etwas Wichtiges: Die Grenze zwischen KPD und DKP verläuft bei einzelnen theoretischen Fragen nicht sauber zwischen allen Mitgliedern beider Parteien.

Es gibt innerhalb des kommunistischen Milieus unterschiedliche Strömungen, und manche DKP-Mitglieder können bestimmten KPD-Positionen näherstehen als andere DKP-Mitglieder.

7. Deshalb gibt es keinen täglichen „KPD-DKP-Kampf“

Das wäre wahrscheinlich die wichtigste Korrektur eines möglichen falschen Eindrucks.

KPD und DKP bekämpfen sich im politischen Alltag nicht hauptsächlich gegenseitig. Beide betrachten Kapitalismus, Imperialismus, Militarisierung und gesellschaftliche Rechtsentwicklung als ihre eigentlichen Gegner.

Sie können deshalb bei einer Friedensdemonstration, einem antifaschistischen Gedenken, einer Gewerkschaftsaktion oder einer Veranstaltung zur DDR-Geschichte durchaus nebeneinander auftreten.

Der Konflikt beginnt eher bei der Frage: Was soll aus dieser gemeinsamen Aktion politisch folgen?

Die DKP setzt stärker auf langfristige Arbeit in breiten Bewegungen und Bündnissen, auch mit reformistischen Kräften.

Die KPD betont stärker ideologische Klarheit, marxistisch-leninistische Geschlossenheit und die Zusammenführung der Kommunisten in einer einheitlichen kommunistischen Partei.

Der eigentliche praktische Gegensatz

Man könnte den Unterschied deshalb in zwei Sätzen zuspitzen:

Die DKP fragt häufiger: *Mit welchen gesellschaftlichen Kräften können wir heute für eine konkrete Verbesserung gemeinsam kämpfen?*

Die KPD fragt stärker: *Wie können diese Kämpfe zugleich zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse und letztlich zur Einheit einer marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei beitragen?*

Beides schließt sich nicht vollständig aus. Aber die unterschiedliche Gewichtung erklärt, weshalb gemeinsame Demonstrationen und politische Aktionen möglich sind, ohne dass daraus eine gemeinsame Partei entsteht. Besonders aufschlussreich ist dabei der dokumentierte Konflikt von 2017: Selbst die KPD räumt ein, dass eine klassische Vereinigung damals wegen der „politisch-ideologischen Unterschiede“ nicht realistisch sei, wollte aber die praktische Zusammenarbeit mit DKP-Mitgliedern ausdrücklich fortsetzen.

Das ist eigentlich ein ziemlich gutes Abbild des gesamten Verhältnisses:

Aktionseinheit ist möglich – Parteieinheit bislang nicht.

i

ii

iii